



KONRAD
ADENAUER
STIFTUNG



UN LIAISON
OFFICE
NEW YORK



Der Weg nach **KOBLENZ:**

Internationale Gerechtigkeit durch die Ausübung
des Weltrechtsprinzips in Deutschland

Author

Dr. Mónica Castillejos-Aragón

2024



Impressum

Konrad-Adenauer-Stiftung, New Yorker Büro

kas.de

Bildnachweis: Thomas Frey/dpa Pool/dpa/Alamy Live News.

© Koblenz, Deutschland, 13. Januar 2022: Die Syrerin Fadwa Mahmoud kommt aus dem Gebäude des Oberlandesgerichts Koblenz und hält ein Bild ihres Partners und ihres Sohnes, die beide seit 2012 in den Gefängnissen des Assad-Regimes verschwunden sind.

2012.

ISBN: 978-1-7369528-5-6

Die in diesem Papier geäußerten Ansichten und Meinungen sind die der Autorin und spiegeln nicht notwendigerweise die offizielle Politik oder Position der Konrad-Adenauer-Stiftung wider.

Der Text dieser Publikation ist unter der Creative-Commons-Lizenz veröffentlicht:

„Creative Commons Attribution-ShareAlike 4.0 International“,

CC BY-SA 4.0

(<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)

Zitation dieser Publikation:

Castillejos-Aragón, Mónica. The Road to Koblenz: Pathways for International Justice through the Exercise of Universal Jurisdiction in Germany (New York: Konrad Adenauer Foundation, 2024).

Design:

Before® Studio | +52 33 1512 2001 / @before.mx

Der Weg nach Koblenz:

Pathways for international justice through the exercise of universal jurisdiction in Germany.

2024

Author

Dr. Mónica Castillejos-Aragón



Inhaltsverzeichnis / Übersicht

Geleitwort	04	Zusammenfassung	08
<p>Dieses bedeutende Gesetzgebungswerk hat zur Strafverfolgung mehrerer Personen geführt, die an der Begehung Schwerer Verbrechen beteiligt waren – darunter das historische Urteil des Oberlandesgerichts Koblenz Gegen zwei syrische Staatsangehörige wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Folter, Mord Schwerer Körperverletzung und sexualisierter Gewalt...</p>		<p>Die Ergebnisse dieser Studie zeigen, dass Deutschland ein aussergewöhnliches System geschaffen hat, das hier als „deutsches System der Weltgerichtsbarkeit“ bezeichnet wird. Dieses System hat Deutschland zu einem der weltweit führenden juristischen Foren gemacht, um Täter internationaler Verbrechen zur Verantwortung zu ziehen...</p>	
Vorwort	06	Über die Stiftung	11
<p>Warum hat es zwei Jahrzehnte gedauert? Doch noch wichtiger: Warum ist es letztlich dazu gekommen, dass ein neues Kapitel in der Durchsetzung des Völkerstrafrechts aufgeschlagen wurde? In diesem „neuen deutschen Geist“ verabschiedete der Bundestag einstimmig das VStGB, um den nationalen Pfeiler des entstehenden globalen Systems der internationalen Strafgerichtsbarkeit zu schaffen. Das VStGB trat im Sommer 2002 in Kraft – parallel zum Römischen Statut des IStGH...</p>		<p>Über die Autorin</p> <p>12</p>	
			
Danksagungen		14	

Einführung

Der Weg nach Koblenz:
Internationale Gerechtigkeit durch die Ausübung des Weltrechtsprinzips in Deutschland



Abschnitt 01

Der Kultur der Straflosigkeit endlich ein Ende setzen



Abschnitt 02

Deutschlands Streben nach Universalität in Rom

Abschnitt 03

Die historische Verabschiedung des Gesetzbuches über die Verbrechen gegen das Völkerrecht (VStGB)



Abschnitt 04

Vom Gesetz auf dem Papier zur Anwendung durch die Oberlandesgerichte

Abschnitt 05

Rechenschaft und Gerechtigkeit im transnationalen Kontext: Deutschland vor den Vereinten Nationen

Abschnitt 06

Eine Analyse des deutschen Systems der universellen Jurisdiktion

- 1) Solider rechtlicher Rahmen
- 2) Finanzielle Mittel der Regierung und politische Unterstützung
- 3) Präzedenzfälle zugunsten der Verantwortlichkeit

- a. Verzicht auf die Doktrin der „legitimierenden Verbindung“e
- b. Nichtanwendung des Grundsatzes der funktionalen Immunität
- c. Urteil zum gleichberechtigten Zugang zu Gerichtsverfahren

- 4) Innovative Rechtsbehelfe des deutschen Generalbundesanwalts

- a. Strukturelle Ermittlungen
- b. Kumulative Strafverfolgung

- 5) Internationale und regionale Zusammenarbeit
- 6) Brücken bauen im Kampf gegen Straffreiheit: Die Rolle der zivilgesellschaftlichen Organisationen
- 7) Unabhängige Medienberichterstattung im Gerichtssaal
- 8) Unabhängigkeit der Justiz

Schlussfolgerung

“Neutralität hilft stets dem Unterdrücker, niemals dem Opfer, Schweigen ermutigt immer den Peiniger, niemals den Gepeinigten. Mitunter müssen wir eingreifen. Wenn Menschenleben bedroht sind, wenn die Menschenwürde auf dem Spiel steht, werden nationale Grenzen und Empfindlichkeiten bedeutungslos [...]”



„Wer Verbrechen begeht, muss zur Rechenschaft gezogen werden“.

Geleitwort

Im Allgemeinen ist dieser einfache, aber wesentliche Grundsatz im nationalen Recht unumstritten und sichert das Vertrauen in die Justizsysteme. Leider genießen Rechtsgrundsätze im internationalen Bereich nicht das gleiche Maß an Verbindlichkeit. Dies liegt vor allen Dingen an dem Spannungsverhältnis, dass es auf der einen Seite an einer obersten Autorität fehlt, geltendes Recht durchzusetzen und die Interessen der einzelnen Staaten auf der anderen Seite. Daher sind die Einhaltung und Durchsetzung des Völkerrechts durch die Staaten oft eine *politische Entscheidung*. Staaten, die sich zu den Regeln und Grundsätzen des Völkerrechts bekennen, demonstrieren damit ihre Bereitschaft, eine Hobbes'sche Ordnung der internationalen Beziehungen und das reine Recht des Stärkeren zu überwinden. Auch wenn sich die Wahrnehmung und der Geltungsbereich des Völkerrechts in den letzten Jahrzehnten erheblich gewandelt haben, sind wir von dem Ideal einer vorherrschenden internationalen Rechtsstaatlichkeit noch weit entfernt. Trotz Rückschlägen – wie zuletzt erlebt beim russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine – gibt es auch Zeichen der Hoffnung und des Fortschritts. Ein wichtiger Fortschritt in diesem Bereich war die Errichtung des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) im Juli 2002. Als eine der treibenden Kräfte hinter dem Römischen Statut hat Deutschland – neben vielen anderen Staaten – die *politische Entscheidung* getroffen, dessen Regeln durchzusetzen und sich zu seinen Grundsätzen zu bekennen. Allerdings erfolgte Deutschlands Bekenntnis nicht unmittelbar. Es dauerte Jahre, bis nationale Behörden ein neues Verständnis für derartige internationale Regeln im Allgemeinen und die praktische Anwendung des Römischen Statuts in ihrer nationalen Gerichtsbarkeit entwickelten.

Trotz dieses wachsenden Verständnisses beschloss die deutsche Regierung, das Weltrechtsprinzip im nationalen Recht anzuerkennen, um Völkerstraftaten wie Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen zu verfolgen. Dies geschah durch die Verabschiedung des Völkerstrafgesetzbuchs (VStGB). **Diese große gesetzgeberische Leistung führte zur strafrechtlichen Verfolgung einer Reihe von Personen, die an der Begehung schwerer Verbrechen beteiligt waren. Darunter ist das historische Urteil des OLG Koblenz gegen zwei syrische Staatsangehörige wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Folter, Mord, gefährlicher Körperverletzung und sexueller Gewalt.** Diese Studie wird zeigen, dass die Anwendung des Weltrechtsprinzips innerhalb der nationalen Rechtsprechung ein wichtiger Schritt ist, um sicherzustellen, dass diejenigen, die abscheuliche Verbrechen begehen, zur Verantwortung gezogen werden. Deutschland ist bei diesen Bemühungen nicht allein. Es gibt andere Nationen, die sich ebenfalls zu einem solchen Engagement entschlossen haben. In der Tat ist das deutsche Modell, wie es in dieser Studie erörtert wird, weit davon entfernt, perfekt zu sein, aber es ist ein bemerkenswertes Beispiel für den politischen Willen, die in den Rom-Verhandlungen gemachten Zusagen zu erfüllen.

Thomas Tödtling

Konrad-Adenauer-Stiftung, Büro New York

Direktor



Vorwort

„Un procès historique“

So bezeichnete die französische Vertreterin in einer nach der Arria-Formel abgehaltenen Sitzung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen zur Verantwortlichkeit in der Arabischen Republik Syrien im Jahr 2021 den Prozess gegen einen ehemaligen Mitarbeiter des Sicherheitsapparates von Präsident Bashar al-Assad vor dem Oberlandesgericht (OLG) Koblenz. Dieser hatte im Februar 2021 zu einer Verurteilung wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit geführt. Die französische Delegierte hatte Grund zur Emphase: Das Urteil des OLG Koblenz war das erste Urteil eines nationalen Gerichts weltweit, das Assads gewaltsames Vorgehen gegen die eigene Bevölkerung als Verbrechen gegen die Menschlichkeit qualifizierte. Der Fall ist ein leuchtendes Beispiel für den Nutzen des Weltrechtsprinzips in Verbindung mit der Anerkennung einer völkergewohnheitsrechtlichen Ausnahme von der funktionalen Immunität in einer Situation, in der weder ein internationales noch ein nationales Strafgericht des Angeklagten bereitsteht, um die Zuständigkeit über die Völkerstraftaten auszuüben.

In der Geschichte des Völkerstrafrechts deutete lange Zeit wenig darauf hin, dass Deutschland jemals eine solche Rolle spielen könnte. In der Zwischenkriegszeit fasste ein deutscher Wissenschaftler die vorherrschende Stimmung wie folgt zusammen:

Fast unbeachtet von der deutschen Öffentlichkeit ist seit dem Ende des Weltkriegs eine Bewegung im Gange, eine internationale Strafgerichtsbarkeit zu errichten. Die deutsche Zurückhaltung erklärt sich aus der ursprünglich engen Verbindung dieser Bestrebungen mit der Behauptung von der deutschen Schuld am und im Kriege, die dem Deutschen eine positive Befassung mit ihr unmöglich machte.

Der „deutsche Vorbehalt“ sollte noch viele Jahrzehnte fortbestehen. Die deutschen Angriffskriege und die im Zuge dieser Kriege begangenen deutschen Gräueltaten bildeten die Grundlage für den grundlegenden völkerrechtlichen Präzedenzfall des Nürnberger Urteils von 1946, und es dauerte lange, bis Deutschland seinen Frieden mit diesem Meilenstein der Rechtsprechung schloss. Noch 1980, zwei Jahre nachdem die Völkerrechtskommission ihre Arbeit an den Nürnberger Prinzipien wieder aufgenommen hatte, sprach sich Deutschland in den Vereinten Nationen ohne große diplomatische Umschweife gegen das Völkerstrafrecht aus: Die deutsche Delegation äußerte ernsthafte Zweifel an der Sinnhaftigkeit einer Wiederaufnahme der Diskussion über die Nürnberger Prinzipien. Es wurde für fraglich befunden, ob es möglich sein werde, völkerstrafrechtliche Regeln zu verkünden, die die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft erlangen könnten. Erst im unmittelbaren Vorfeld der 1998 abgehaltenen Konferenz von Rom zur Errichtung des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) änderte sich die offizielle deutsche Position entscheidend, und zwar so grundlegend, dass William R. Pace, der amerikanische Koordinator der weltweiten Koalition von Nichtregierungsorganisationen für einen internationalen Strafgerichtshof, folgendes Urteil fällte:

Kein Land kann stolzer auf seine Beteiligung am und Unterstützung des IStGH sein als Deutschland. Die deutsche Weigerung zu akzeptieren, was man einen „Alibi-Gerichtshof“ nannte, und der deutsche Widerstand gegen die öffentlichkeitswirksamen Drohungen der Vereinigten Staaten gegenüber deutschem Führungspersonal während der Konferenz in Rom verdienen große Anerkennung durch die Weltgemeinschaft.

In diesem „neuen deutschen Geist“ verabschiedete der Bundestag einstimmig das Völkerstrafgesetzbuch (VStGB), um hiermit einen Beitrag zur nationalen Säule des entstehenden globalen Systems der Völkerstrafrechtspflege zu leisten. Das VStGB trat im Sommer 2002 zeitgleich mit dem IStGH-Statut in Kraft. Dies bedeutete eine grundlegende Veränderung der deutschen Rechtslandschaft, aber in der Praxis passierte auf Jahre hin nicht wirklich viel. Tatsächlich dauerte es fast zwei Jahrzehnte, bis das OLG Koblenz dem VStGB Leben einhauchte.



Die Diplomatische Konferenz der Bevollmächtigten zur Errichtung eines Internationalen Strafgerichtshofs tagte vom 15. Juni bis 17. Juli 1998 in Rom. UN-Generalsekretär Kofi Annan sprach bei einer Zeremonie zur Eröffnung der Unterzeichnung des Vertrages über die Errichtung eines Internationalen Strafgerichtshofs in Rathaus („Il Campidoglio“) in Rom, Italien.

@ UN Photo.

Warum hat es diese zwei Jahrzehnte gedauert? Oder noch wichtiger: Warum wurde schließlich doch ein neues Kapitel in der Durchsetzung des Völkerstrafrechts aufgeschlagen? Dies ist der Kern einer bemerkenswerten Geschichte, die in der folgenden Studie von Dr. Mónica Castillejos-Aragón, einer angesehenen internationalen Menschenrechtsanwältin mit reicher institutioneller Erfahrung, erzählt wird. Auf der Grundlage sorgfältiger Recherchen erklärt Dr. Castillejos-Aragón, dass der Weg nach Koblenz und darüber hinaus durch die schrittweise Einführung des, wie sie es nennt, „deutschen Systems der Weltrechtspflege“ möglich wurde – ein Rahmen, der Raum für positive Wechselwirkungen einer Reihe von normativen und institutionellen Faktoren eröffnet hat. Es liegt auf der Hand, dass es für den Aufbau und das Funktionieren des Systems überzeugter Akteure auf allen Ebenen bedurfte. Glücklicherweise belässt es Dr. Castillejos-Aragón nicht bei einer abstrakten Feststellung des letzten Punktes. Vielmehr hat sie im Laufe ihrer Arbeit eine große Zahl der maßgeblichen Personen ausfindig gemacht, um deren Stimmen in ihre Darstellung einzubeziehen. So gelingt es Dr. Castillejos-Aragón in dieser Studie aufzuzeigen, wie mehrere Generationen einer weit verzweigten deutschen Familie von Völkerstrafrechtlern (einer Familie, die zu groß ist, als dass sich alle persönlich kennengelernt hätten) in Erscheinung traten, und wie jeder von seinem Platz aus, im Dienst eines übergeordneten Ziels tätig wurde, gewissermaßen geleitet von einem unsichtbaren, in dieser Studie erstmals sichtbar gemachten, roten Faden. Durch diese Erzähltechnik hat Dr. Castillejos-Aragón ihrem Bericht einen hohen Grad an Authentizität verliehen, und aus demselben Grund wird ihr Text zu einer faszinierenden Lektüre.

Dr. Castillejos-Aragón verdient Anerkennung dafür, ein Dokument von erheblichem zeithistorischem und rechtssoziologischem Wert geschaffen zu haben. Vielleicht noch wichtiger ist, dass Dr. Castillejos-Aragón die deutschen Erfahrungen auch Lesern außerhalb von Deutschland zugänglich macht, die darüber nachdenken, wie sie ihr jeweiliges nationales System mit der bestmöglichen Infrastruktur versehen können. Zu Recht stellt Dr. Castillejos-Aragón das deutsche System nicht als „perfekt“ dar. Vielmehr ergibt sich aus ihrer Studie das Bild einer pulsierenden deutschen Baustelle für Gerechtigkeit. Es ist die starke politische Kernbotschaft von Dr. Castillejos-Aragón, dass diese Baustelle inzwischen so weit fortgeschritten ist, dass sie den Bauarbeiten in anderen Ländern, so sehr diese natürlich in die jeweilige nationale Rechtskultur eingebettet werden müssen, wichtige Anregungen vermitteln könnte. Dies wiederum könnte dazu beitragen, dass die Strafjustizsysteme in diesen Staaten in den Stand versetzt würden, ihren Beitrag zur dringend benötigten weltweiten solidarischen innerstaatlichen Durchsetzung des *ius puniendi* der internationalen Gemeinschaft als Ganzes in Bezug auf Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und das Verbrechen der Aggression zu verstärken.

Prof. Dr. Claus Kress

Direktor des Institute for International Peace and Security Law an der Universität zu Köln

Professor für Internationales Recht und Strafrecht

Zusammenfassung

Die Konrad-Adenauer-Stiftung, Büro New York (KAS), hat eine historische und weitsichtige Analyse der Voraussetzungen vorgenommen, die es Deutschland ermöglicht haben, die Zuständigkeit für Kernverbrechen, die die internationale Gemeinschaft als Ganzes betreffen, nach dem Weltrechtsprinzip auszuüben.

Das OLG Koblenz hat zwei symbolische Fälle nach dem Weltrechtsprinzip entschieden. Im Februar 2021 stellte das Gericht nach 108 Verhandlungstagen fest, dass im syrischen Geheimdienstgefängnis al-Khatib Mord, Folter und sexuelle Gewalt begangen worden waren. Damit mussten sich erstmals Angehörige des Regimes von Präsident Bashar al-Assad für Verbrechen in Syrien verantworten. Dies war auch das erste Gericht weltweit, dass das gewaltsame Vorgehen Assads gegen sein Volk als Verbrechen gegen die Menschlichkeit anerkannte. Im Oktober 2019 hat die deutsche Bundesanwaltschaft zwei syrische Männer wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeklagt. Der Prozess, der im April 2020 in Koblenz begann, konzentrierte sich auf die beiden Angeklagten *Eyad A. und Anwar R.*, ehemalige Mitarbeiter von Assads Sicherheitsapparat. Im Februar 2021 verurteilte das OLG Koblenz *Eyad A.* zu viereinhalb Jahren Haft. *Anwar R.* wurde zwei Jahre später, im Januar 2022, ebenfalls verurteilt. Diese Urteile stellen ein beispielloses staatliches Vorgehen gegen die Straflosigkeit der unter dem Assad-Regime begangenen Grausamkeiten dar. Verschiedene Oberlandesgerichte in ganz Deutschland haben jedoch ähnliche wegweisende Entscheidungen nach dem Weltrechtsprinzip getroffen und damit das Verständnis des Völkerstrafrechts und seiner Anwendung im Rahmen der nationalen Gerichtsbarkeit weltweit erheblich erweitert. Nach Aussage der für diese Studie befragten Expertinnen und Experten hat Deutschland in den letzten Jahrzehnten eine Vorreiterrolle bei der Verfolgung schwerster Völkerrechtsverbrechen eingenommen.

Wie kommt es zu diesem selbstbewussten Vorgehen der Staatsanwaltschaften und Gerichte in Deutschland? Unter welchen Bedingungen sind eine solche Prozessführung und Strafverfolgung vor deutschen Gerichten möglich? Die herrschende Meinung bietet mindestens zwei Antworten auf diese Fragen. Erstens der noch recht neue deutsche Rechtsrahmen, der die Ausübung des sog. „reinen“ Weltrechtsprinzips beinhaltet, und zweitens die Investition erheblicher staatlicher Ressourcen für die Ermittlung und Verfolgung von Völkerrechtsverbrechen im Inland. Diese Studie bietet jedoch weitere Erkenntnisse, um besser zu verstehen, warum sich Deutschland zu einer führenden Anlaufstelle für die Opfer internationaler Gräueltaten entwickelt hat. Die Studie konzentriert sich nicht auf die materiellen Ergebnisse der Rechtsprechung, sondern auf die verschiedenen rechtlichen, institutionellen und strukturellen Bedingungen, die den Weg zur Entscheidung des OLG Koblenz im Jahr 2021 ebneten. Die Ergebnisse dieser Studie zeigen, dass Deutschland ein außergewöhnliches System geschaffen hat, das die Autorin hier als „Das deutsche System der Weltrechtspflege“ bezeichnet. Dieses System hat Deutschland zu einem der weltweit führenden juristischen Foren gemacht, um Täterinnen und Täter für Völkerrechtsverbrechen zur Verantwortung zu ziehen. Das deutsche Weltrechtspflege-System besteht aus acht Elementen. Erst eine gesamtheitliche – und nicht isolierte – Betrachtung dieser Elemente ermöglicht ein vertieftes Verständnis der zentralen Rolle Deutschlands bei der Verfolgung von Völkerrechtsverbrechen und ihres Gesamtbeitrags zum Bestreben nach Gerechtigkeit und Übernahme von Verantwortung (Abbildung 1).

Diese Elemente sind:

- 1.** Solider rechtlicher Rahmen – Völkerstrafgesetzbuch (VStGB).
- 2.** Finanzielle Mittel der Regierung und politische Unterstützung.
- 3.** Entwicklung einer die Verantwortlichkeit begünstigenden Rechtsprechung, angefangen von Oberlandesgerichten bis hin zu Bundesgerichtshof und Bundesverfassungsgericht, einschließlich der Abwendung von der „Doktrin des legitimierenden Zusammenhangs“; die Entscheidung, die die Nichtanwendung des Grundsatzes der funktionalen Immunität in Fällen von Völkerstraftaten bestätigt und die Anerkennung des Rechts der Medien auf gleichberechtigten und tatsächlichen Zugang zu Gerichtsverfahren.
- 4.** Innovative Rechtsbehelfe der Generalbundesanwaltschaft.
- 5.** Gemeinsame Zusammenarbeit auf regionaler und internationaler Ebene.
- 6.** Führen von Rechtsstreitigkeiten und „advocacy“ [strategische Interessensvertretung] durch Organisationen der Zivilgesellschaft.
- 7.** Unabhängige Medienberichterstattung.
- 8.** Unabhängige Justizbehörden.



Wie in dieser Studie festgestellt, verlief der Prozess der Konzeption, der Schaffung und der Erprobung des Systems in den letzten zwei Jahrzehnten nicht ohne diplomatische, politische und institutionelle Herausforderungen; dennoch ist dieser Prozess auch durch die gewonnenen Erkenntnisse und die positive Resonanz der involvierten Akteurinnen und Akteure geprägt – derjenigen Architektinnen und Architekten, die an diesem herausragenden Prozess beteiligt waren. Der beispiellose Wandel der institutionellen und rechtlichen Kultur in Deutschland während dieser Zeit ermöglicht es uns, den bemerkenswerten Beitrag Deutschlands im Inland besser zu verstehen. Diese Studie ist umso relevanter in Anbetracht der Tatsache, dass die deutsche Regierung am 1. November 2023 einen vom Justizministerium vorgelegten Entwurf zur Änderung und Erweiterung des VStGB gebilligt hat. Der Entwurf wurde an den federführenden Rechtsausschuss überwiesen, dessen Beratung sowie Analyse offiziell im ersten Quartal 2024 beginnen wird. Im Falle einer Verabschiedung werden diese Reformen das deutsche Strafrechtssystem ein zweites Mal umgestalten und das VStGB, das deutsche Strafgesetzbuch und die Strafprozessordnung ändern.

Die Autorin erhofft sich vor allem, dass die vorliegende Studie als Richtschnur dienen und andere Rechtsordnungen auf der ganzen Welt dazu ermutigen wird, ein entsprechendes Modell auf der Grundlage dieser rechtlichen und institutionellen Rahmenbedingungen zu entwickeln und die internationalen und nationalen Bemühungen zur Bekämpfung der Straflosigkeit fortzusetzen, zu einem Zeitpunkt, zu dem die Welt sie am meisten braucht.

Über die Stiftung



Denkmal für Konrad Adenauer in der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin.

@Shutterstock

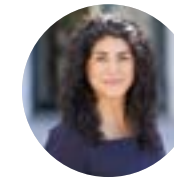
Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind die Grundprinzipien der Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS). Als politische Stiftung setzt sich die KAS für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, die Vision eines vereinten Europas, der sozialen Marktwirtschaft, einer multilateralen, regelbasierten Ordnung und einer konsequenten Ausrichtung der deutschen Außenpolitik an der transatlantischen Wertegemeinschaft ein.

Das KAS-Büro in New York dient als Bindeglied zwischen den mehr als 100 KAS-Büros weltweit für Expertinnen und Experten, lokale Partner und den Vereinten Nationen sowie für nationale und internationale Think Tanks, NGOs und Universitäten mit Sitz in New York und anderswo.

Über die Autorin

Dr. Mónica Castillejos-Aragón ist eine internationale Menschenrechtsanwältin. Seit 2018 leitet sie das Rechtsstaats- und internationale Justizportfolio des New Yorker Büros der Konrad-Adenauer-Stiftung, wo sie umfassende Erfahrungen in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit, Friedenskonsolidierung, internationale Justiz und UN-Projekte gesammelt hat. Sie ist Geisteswissenschaftlerin und hat einen Dokortitel im Bereich der Rechtswissenschaften (J.S.D.) und einen Master of Laws (LL.M.) der Berkeley School of Law der Universität von Kalifornien, wo sie 2008 zu dem renommierten „Mellon Sawyer Seminar on the Dilemmas of Judicial Power in Comparative Perspective“ am Center for the Study of Law and Society eingeladen wurde.

Sie hat ihre Karriere damit verbracht, sich weltweit für den Zugang zu Recht und die Rechtsstaatlichkeit einzusetzen, mit dem Schwerpunkt auf Gerichten, internationalen Tribunalen und einer auf den Menschen ausgerichteten Justiz aus vergleichender Perspektive. Sie hat als juristische Beraterin für unabhängige UN-Expertinnen und Experten gearbeitet, unter anderem für den UN-Sonderberichterstatter für die Unabhängigkeit von Richterinnen und Richtern sowie Anwältinnen und Anwälten. Sie war fünf Jahre für ihn tätig und wirkte an der Ausarbeitung zahlreicher thematischer Berichte über die aktuellen Herausforderungen für die Unabhängigkeit der Justiz weltweit mit. Sie arbeitete vier Jahre als Justizbeamtin am Obersten Gerichtshof von Mexiko und war anschließend bei der Generalstaatsanwaltschaft tätig. Sie hat für verschiedene Menschenrechtsorganisationen gearbeitet und sich für den Zugang zur Justiz und die Verantwortlichkeit für Verbrechen eingesetzt, die in internationalen und nicht-internationalen Zusammenhängen begangen wurden. Sie ist Dozentin für Rechtsvergleichung und Völkerstrafrecht an der University of California, Berkeley School of Law.



Dr. Mónica Castillejos-Aragón
Program Manager Rule of Law



Image Credit:
Oberlandesgericht Koblenz

Danksagungen

“In dieser Legislaturperiode hatten wir viele Kontroversen in Fragen der Rechtspolitik. Das Bekenntnis Deutschlands zu einer internationalen Ordnung des Strafrechts und der Straffjustiz war jedoch nie umstritten und bildet vielmehr eine feste gemeinsame Grundlage der deutschen Rechts- und Aussenpolitik.”

Norbert Röttgen, Mitglied des Deutschen Bundestages äusserte diese bedeutsame Aussage während der abschliessenden Lesung des VStGB im Bundestag im Jahr 2002

Diese Studie basiert auf Sekundärforschung, die in den Vereinigten Staaten und Deutschland durchgeführt wurde. Sie stützt sich im Wesentlichen auf wissenschaftliche Arbeiten führender deutscher Rechtswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler, Rechtspraktikerinnen und -praktiker und ehemaliger Richterinnen und Richter des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH), darunter **Dr. Hans-Peter Kaul**; Regierungsbeamte, Diplomaten und Wissenschaftler, die das Römische Statut, mit dem der IStGH geschaffen wurde, mitverhandelt haben; Expertinnen und Experten, die sich für das Völkerstrafgesetzbuch (VStGB) eingesetzt und es ausgearbeitet haben; Aussagen von Beamten und Beamten der Ständigen Vertretung Deutschlands bei den Vereinten Nationen in New York (UN).

Die Analyse profitierte in hohem Maße von Gesprächen mit klugen, scharfsinnigen und mit ihrer Zeit großzügigen Rechtsexpertinnen und -experten zu diesem Thema, die in verschiedenen Bereichen und Funktionen in Deutschland und im Ausland tätig sind. Dazu gehört die ehemalige Justizministerin **Dr. Herta Däubler-Gmelin**, die den Prozess der Ausarbeitung und Verabschiedung des deutschen corpus juris zur vollständigen Umsetzung des Römischen Statuts des IStGH in das nationale Recht initiiert und geleitet hat, u.a. durch das bedeutsame deutsche Völkerstrafgesetzbuch.

Die Autorin führte auch ausführliche Interviews mit prominenten akademischen Expertinnen und Experten sowie Autorinnen und Autoren, die auch als deutsche Delegierte bei den Verhandlungen zum Römischen Statut und als Mitglieder der Arbeitsgruppe entsandt worden sind, die das Justizministerium im Oktober 1999 mit der Ausarbeitung des VStGB beauftragte. Hierzu gehören Prof. **Dr. Claus Kreß**, Direktor des Instituts für Friedens- und Sicherheitsrecht an der Universität zu Köln, Prof. **Dr. Thomas Weigend**, emeritierter Professor für Völker- und Strafrecht an der Universität zu Köln, und Prof. **Dr. Andreas Zimmermann**, Professor für Völker- und Europarecht an der Universität Potsdam.

In Anbetracht des bedeutenden Beitrags zu dem in dieser Studie vorgestellten Modell dankt die Autorin Frau **Dr. Ute Hohoff**, Richterin am Bundesgerichtshof, die für allgemeine Revisionssachen in Verfahren nach dem deutschen Völkerstrafgesetzbuch zuständig ist, sowie Frau **Dr. Corinna Diesel**, Richterin am OLG Koblenz, **Dr. Laurent Lafleur**, Richter am OLG München und Leiter der Pressestelle für Strafsachen, und **Dr. Bianca von Arnim**, Richterin am OLG Frankfurt, für ihre großzügige Zeit und Bereitschaft, mit der Autorin das Weltrechtsprinzip aus juristischer Sicht zu reflektieren.

Die Autorin führte auch ausführliche virtuelle Gespräche mit führenden Mitgliedern der deutschen Wissenschaft: Prof. **Dr. Stefanie Bock**, Professorin für Strafrecht, Strafprozessrecht, Völkerstrafrecht und Rechtsvergleichung an der Philipps-Universität Marburg und Co-Direktorin des Internationalen Forschungs- und Dokumentationszentrums für Kriegsverbrecherprozesse; Prof. **Dr. Julia Geneuss**, Professorin für Deutsches und Völkerstrafrecht, Strafprozessrecht und Rechtsvergleichung an der Universität Bremen und führende Expertin für die Verfolgung von Völkerrechtsverbrechen sowie mit Prof. **Dr. Florian Jeßberger**, der den Lehrstuhl für Strafrecht, Strafprozessrecht, Völkerstrafrecht und Neuere Rechtsgeschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin innehat und Direktor des Franz von Liszt-Instituts für Internationales Strafrecht ist.

Die Autorin möchte auch den folgenden Expertinnen und Experten dafür danken, dass sie ihre Erfahrungen aus erster Hand bei der Prozessführung, der Vertretung und der Berichterstattung über Fälle nach dem Weltrechtsprinzips zur Verfügung gestellt haben: **Dr. Wolfgang Kaleck**, Generalsekretär des European Center for Constitutional Rights and Human Rights (ECCHR); **Dr. Andreas Schüller**, Direktor des ECCHR-

Programms für Völkerrechtsverbrechen und gegen Straffreiheit; **Roger Lu Philips**, juristischer Direktor des Syria Justice and Accountability Center in Washington, D.C., **Dr. Markus Sehl**, Rechtsanwalt und stellvertretender Chefredakteur der Legal Tribune Online, und **Dr. Silke Voss-Kyeck**, einer erfahrenen Menschenrechtsanwältin, Forscherin und politischen Beraterin des Deutschen Instituts für Menschenrechte in Berlin.

Die Autorin ist auch dankbar für die aufschlussreichen Gespräche mit Herrn **Michael Hasenau**, Rechtsberater an der Ständigen Vertretung Deutschlands bei den Vereinten Nationen in New York, und Frau **Laetitia Husson**, Senior Legal Officer und Leiterin der Abteilung für Unterstützung und Austausch beim Internationalen, unparteiischen und unabhängigen Mechanismus für Syrien (IIIM). Ein großer Dank geht auch an **Philo K. Holland**, Student der Rechtswissenschaften an der Universität Würzburg, der in Deutschland juristische Recherchen durchführte und Kontakte herstellte, und ferner an Isabel Vicaría Barker, Referendarin beim KAS Rechtsstaatsprogramm Lateinamerika, sowie Hartmut Rank, dem Leiter des KAS Rechtsstaatsprogramms Lateinamerika, welche die Studie ins Deutsche übersetzten.

Besonderer Dank gilt **Thomas Tödtling**, dem Leiter des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) in New York, **Andrea E. Ostheimer**, Leiterin des Auslandsbüros der KAS in Genf und **Dr. Franziska Rinke**, Referentin für Rechtsstaatsdialog und Völkerrecht bei der KAS, die die Voraussetzungen für die Recherche, den Prozess der Fertigstellung und Raum für weitere Reflexionen geschaffen haben.

Um die laufenden Reformbemühungen des VStGB zu verstehen, wurden in dieser Studie die Ausführungen von Expertinnen und Experten in der hybriden öffentlichen Veranstaltung „Kein sicherer Hafen für Kriegsverbrecher“ berücksichtigt, die der Deutsche Bundestag am 26. Juni 2023 in Berlin veranstaltete. Die Autorin verfolgte die Diskussion virtuell.

Die Autorin führte die Interviews virtuell über Zoom und per Telefon. Alle Expertinnen und Experten waren damit einverstanden, zitiert zu werden und stimmten den in dieser Studie enthaltenen Ausführungen zu. Die Konrad-Adenauer-Stiftung in New York dankt den Expertinnen und Experten für ihre Großzügigkeit und Offenheit bei der Erörterung der bahnbrechenden Beiträge Deutschlands bei der Ausübung des Weltrechtsprinzips.



EINFÜHRUNG

Der Weg nach Koblenz: Internationale Gerechtigkeit durch die Ausübung des Welt- rechtsprinzips in Deutschland

Am 6. März 2021 veröffentlichte die Washington Post einen spannenden Artikel mit dem Titel „Warum Deutschland zur Anlaufstelle für Gerichtsverfahren über die Verbrechen der Welt wird“. Darin erklärte Andreas Schüller, Programmleiter Völkerstraf-taten am European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR) in Ber- lin, dass Deutschland „**im Moment [...] der Ort [ist], an den man sich weltweit wendet.**“¹ Der Artikel beschreibt mindestens zwei wesentliche Gründe, um die Frage „Warum Deutschland?“ zu beantworten. Erstens, der neuartige Rechtsrahmen des Landes, der die Ausübung des sogenannten weiten oder reinen Weltrechtsprinzips umfasst, und zweitens die Investition erheblicher staatlicher Ressourcen für die Er- mittlung und Verfolgung internationaler Verbrechen im Inland. Die vorliegende Ana- lyse bietet jedoch zusätzliche Einblicke, um besser zu verstehen, warum Deutsch- land – wie von Schüller paraphrasiert – sich zu dem Ort entwickelt, an den man sich „weltweit“ wenden kann, um eine Wiedergutmachung für die Opfer internationaler Gräueltaten zu erwirken. Sie beantwortet insbesondere die folgenden Fragen: *Wie kommt es zu einer solchen strafrechtlichen und gerichtlichen Durchsetzungskraft in Deutschland? Unter welchen Bedingungen sind eine solche Prozessführung und Strafverfolgung vor deutschen Gerichten möglich? Wie hat sich die Anwendung des Weltrechtsprinzips in Deutschland für die Verfolgung schwerer Menschenrechtsver- letzungen auf nationaler und internationaler Ebene ausgewirkt? Und schließlich: Wie haben die deutschen Justizorgane insgesamt dazu beigetragen, für die Opfer von Gräueltaten auf der ganzen Welt Gerechtigkeit herzustellen?*

Koblenz, Deutschland, 13. Januar 2022: Die Syrerin Fadwa Mahmoud kommt aus dem Gebäude des Oberlandesgerichts Koblenz und hält ein Bild ihres Partners und ihres Sohnes, die beide seit 2012 in den Gefängnissen des Assad-Regimes verschwunden sind.

@Thomas Frey/dpa
Pool/dpa/Alamy Live News

¹ Loveday Morris, "Why Germany Is Becoming a Go-to Destination for Trials on the World's Crimes", The Washington Post, 6. März 2021, Zugriff am 21. Mai 2021,

https://www.washingtonpost.com/world/europe/germany-war-crimes-justice/2021/03/05/b45372d4-7b78-11eb-8c5e-32e47b42b51b_story.html

Diese Studie ist wie folgt gegliedert: Teil I gibt einen kurzen historischen Überblick über das Bestreben, der Straflosigkeit ein Ende zu setzen, ausgehend von dem Gedanken, dass bestimmte Straftaten nicht ungestraft bleiben sollten. Er unterstreicht auch die Notwendigkeit, Täterinnen und Täter vor Gericht zu stellen. Teil II veranschaulicht, wie Deutschlands progressive Ansichten während der Verhandlungen zum Römischen Statut die Basis für seine zukünftige führende Rolle bei der Ausübung des Weltrechtsprinzips zur Verfolgung von Völkerrechtsverbrechen gelegt haben. Teil III beschreibt Deutschlands Reaktion auf den internationalen Stillstand, der während der Verhandlungen zum Römischen Statut eintrat. Es wird dargelegt, wie die deutschen Parlamentarierinnen und Parlamentarier am 26. Juni 2002 auf diesen Stillstand reagierten, indem sie ein beispielloses Gesetz verabschiedeten und mit dem das Völkerstrafgesetzbuch (VStGB) in das deutsche Rechtssystem implementiert wurde. Teil IV zeigt exemplarisch, wie deutsche Oberlandesgerichte zunehmend die Lücken des Römischen Statuts, mit dem der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) geschaffen wurde, ausfüllten und symbolträchtige Entscheidungen getroffen haben, einschließlich des bahnbrechenden Koblenzer Falles, welche den Kurs des Völkerstrafrechts verändern. In Teil V werden die internationalen Auswirkungen der weltweiten Führungsrolle Deutschlands bei der Verfolgung von Völkerrechtsverbrechen erörtert, insbesondere durch seine Mitwirkung im Sechsten Ausschuss der Vereinten Nationen (Recht) und anderen einschlägigen hochrangigen UN-Foren. Abschnitt VI erörtert die Kernanalyse dieser Studie, die eine einzigartige Perspektive auf die folgenden Fragen bietet: *Wie kommt es zu einer solchen nationalen strafrechtlichen und gerichtlichen Durchsetzungskraft in Deutschland, und welche Bedingungen haben dies ermöglicht?* Dieser Abschnitt trägt zur Diskussion bei, die durch den Artikel der Washington Post aus dem Jahr 2021 angestoßen wurde, und bezieht zusätzliche Faktoren ein, die es deutschen Gerichten ermöglicht haben, Völkerrechtsverbrechen zu verfolgen. In Abschnitt VII wird schließlich die zentrale Frage beantwortet, die sich aus dieser Analyse ergibt: *Wie sieht die Zukunft des Weltrechtsprinzips in Deutschland aus?*

Deutschland hat, wie in dieser Studie beschrieben, strategisch gesehen mehrere Voraussetzungen geschaffen, um eine Agenda der Verantwortlichkeit aufrechtzuerhalten, die sich durch die jüngsten gerichtlichen Entwicklungen als äußerst wirksam erwiesen haben. Dieser Prozess war zwar nicht immun gegen Diplomatie und politische Rückschläge, aber er ist geprägt von gewonnenen Erfahrungen, die es uns ermöglichen, herauszufinden, was noch erforderlich sein könnte, um diese bemerkenswerten Bemühungen in anderen Ländern fortzuführen.

Am 21. November 1945 hielt Robert H. Jackson im Justizpalast in Nürnberg die Eröffnungsrede für den ersten Prozess der Geschichte wegen Verbrechen gegen den Frieden und betonte die zentrale Verantwortung des Gerichts: „Das Unrecht, das wir zu verurteilen und zu bestrafen suchen, ist so kalkuliert, so böse und so verheerend, dass die Zivilisation es nicht dulden kann, es zu ignorieren, weil sie eine Wiederholung nicht überleben würde.“² Die Worte von Richter Jackson sind auch heute noch aktuell, wenn es um das Spannungsverhältnis zwischen dem Schutz der Menschenrechte, der Verantwortlichkeit der Täter und der Entschädigung der Opfer von Völkerrechtsverbrechen geht. Bei der Entwicklung dieser internationalen Rechtsstandards muss auch erörtert werden, ob die Täterinnen und Täter von Völkerrechtsverbrechen vor internationalen Gerichten oder vor ausländischen nationalen Gerichten verfolgt werden sollten, um ihrer Straflosigkeit ein Ende zu setzen.³

² Robert H. Jackson, „Opening Statement Before the International Military Tribunal“, Robert H. Jackson Center, 21. November 1945, abgerufen am 21. März 2023,

<https://www.roberthjackson.org/speech-and-writing/opening-statement-before-the-international-military-tribunal/>.

³ Dapo Akande (2004), „Völkerrechtliche Immunitäten und der Internationale Strafgerichtshof“, *The American Journal of International Law* 98, no. 3: 407–433, abgerufen am 4. Februar 2023, DOI: 10.2307/3181639.

ABSCHNITT 1



I. Endlich ein Ende der Kultur der Straflosigkeit



Eine Besucherin der Ausstellung im Memorium
Nürnberger Prozesse in Nürnberg, Deutschland
@Shutterstock

Abschnitt 01

Endlich ein Ende der Kultur der Straflosigkeit

Das Scheitern, diejenigen, die Menschenrechte verletzen, vor Gericht zu stellen, stellt ein großes Hindernis für die Verantwortlichkeit dar und verwehrt den Opfern ihr Recht auf Gerechtigkeit und Wiedergutmachung. Da die Welt immer wieder Zeuge abscheulicher Taten weltweit wird, ist das Bestreben, die Urheber der schrecklichsten Verbrechen strafrechtlich zu verfolgen, weiterhin eine symbolische Priorität für die internationale Gemeinschaft. Militärische, paramilitärische oder andere staatliche Akteurinnen und Akteure dulden oft extreme Gewalt und andere Formen kriegsbedingter Brutalität oder ordnen sie sogar an und profitieren von der Straflosigkeit. Die internationale Gemeinschaft hat durch die Entwicklung des humanitären Völkerrechts Fortschritte bei der Ächtung und Bestrafung von in bewaffneten Konflikten begangenen Gräueltaten gemacht. Dennoch gibt es unzählige Gräueltaten, die gegen besonders schutzbedürftige Gruppen begangen werden und weiterhin unbestraft bleiben.⁴ Wie die ehemalige IStGH-Richterin Silvia Fernández de Gurmendi feststellte, waren „Strafverfolgungen auf nationaler Ebene weiterhin selten und auf internationaler Ebene nicht existent. Während die normative Entwicklung außergewöhnlich war, blühte die Straflosigkeit, da es keine wirksame Durchsetzung des internationalen Rechts gab“. ⁵ Ohne zuverlässige internationale Durchsetzungsmechanismen werden Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht unbestraft fortgesetzt. Sang-Hyun Song, der ehemalige Präsident des IStGH, erklärte daher: „Wo Straflosigkeit nicht bekämpft wird, entsteht ein fruchtbarer Boden für das Wiederaufflammen von Konflikten und die Wiederholung von Gewalt“. ⁶

Nach dem Zweiten Weltkrieg hat die internationale Gemeinschaft einen beispiellosen Ruf nach Gerechtigkeit laut werden lassen. Seitdem wurden mehrere Initiativen in diesem Bereich ergriffen.⁷ Die Internationalen Militärtribunale von Nürnberg und Tokio beispielsweise legten den Grundstein für die Völkerstrafgerichtsbarkeit und hatten einen großen Einfluss auf die Gründung des IStGH.⁸ Nach den internationalen Militärtribunalen folgte die Verabschiedung wichtiger Normen und Grundsätze, wie z. B. das Übereinkommen über die Verhütung und Bestrafung von Völkermord, die vier Genfer Konventionen und die Nürnberger Prinzipien.⁹ Diese spiegeln die seit langem bestehende Anerkennung der Rolle der Völkerstrafgerichtsbarkeit in einem multilateralen System wider, das darauf abzielt, der Straflosigkeit ein Ende zu setzen und die Rechtsstaatlichkeit zu stärken.¹⁰ Am 17. Juli 1998 wurde diese Vision Wirklichkeit, als 120 Staaten das Römische Statut verabschiedeten und unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen die erste ständige, unabhängige Justizinstitution einrichteten, die für Personen zuständig ist, die des Völkermordes, der Verbrechen gegen die Menschlichkeit und der Kriegsverbrechen beschuldigt werden. Als das Römische Statut am 1. Juli 2002 offiziell in Kraft trat, wurde der IStGH als erster ständiger internationaler Strafgerichtshof eingeweiht.

⁴ Barbara Bedont und Katherine Hall-Martinez, „Ending Impunity for Gender Crimes Under the International Criminal Court“, *Brown Journal of World Affairs* 6, no. 1 (1999): 65–86, abgerufen am 4. Februar 2023, <https://www.jstor.org/stable/24590222>; Payam Akhavan, „Beyond Impunity: Can International Criminal Justice Prevent Future Atrocities?“, *The American Journal of International Law* 95, no. 1 (2001): 7–31, abgerufen am 4. Februar 2023, <https://doi.org/10.2307/2642034>.

⁵ Internationaler Strafgerichtshof, Grundsatzrede von Richter Silvia Fernández de Gurmendi auf der Plenarsitzung der 16. Tagung der Versammlung der Vertragsstaaten des Römischen Statuts zum Thema 20: 1, abgerufen am 15. Mai 2023, <https://www.icc-cpi.int/sites/default/files/itemsDocuments/171213-pres-stat-ASP-20.pdf>

⁶ Sang-Hyun Song, „The Role of the International Criminal Court in Ending Impunity and Establishing the Rule of Law“, *UN Chronicle*, no. 4, (Dezember 2012), Zugriff am 20. Mai 2023, <https://www.un.org/en/chronicle/article/role-international-criminal-court-ending-impunity-and-establishing-rule-law>.

⁷ Ebd.

⁸ Grundsatzreferat von Richter Silvia Fernández de Gurmendi, S. 1.

⁹ UN-Generalversammlung, Declaration of the High-Level Meeting of the General Assembly on the Rule of Law at the National and International Levels, Draft resolution submitted by the President of the General Assembly, 67th sess. (New York: Vereinte Nationen, 2012–2013), abgerufen am 14. März 2023, <https://digitallibrary.un.org/record/734369?ln=en>.

¹⁰ Ebd.

ABSCHNITT 2



II. Das deutsche Streben nach Universalität in Rom

Abschnitt 02

Das deutsche Streben nach Universalität in Rom

Die Gründung des IStGH wurde als historische Chance gesehen, diejenigen Grenzen und Herausforderungen zu überwinden, mit denen frühere internationale Verträge und Gerichtshöfe konfrontiert waren, die darauf abzielten, globale Verbrechen zu identifizieren, zu untersuchen und zu verfolgen.¹¹ Schon früh in den Verhandlungen waren sich die Parteien einig, dass der IStGH *unter anderem* eine ergänzende Funktion haben sollte, die es den Staaten ermöglicht, Verbrechen zu untersuchen und zu verfolgen, und dass er nur als letztes Mittel zuständig sein sollte, wenn die nationalen Systeme sich als nicht fähig erwiesen, effektiv zu handeln. Ein weiterer wesentlicher Aspekt betraf das Römische Statut und die Frage, ob das Völkerrecht es dem IStGH gestatten würde, Verbrechen in seinem Zuständigkeitsbereich auf Grundlage der Universalität *ratio materiae* [Gegenstand] zu verfolgen. Als Antwort auf diese Frage und in dem Bestreben, eine Strafflosigkeitslücke zu schließen, legten die nationalen Vertreterinnen und Vertreter verschiedene Vorschläge vor, um dem IStGH unterschiedliche Zuständigkeiten einzuräumen.¹² Im Februar 1996 legte die deutsche Delegation, bestehend aus führenden Rechtsexpertinnen und -experten, einen der weitreichendsten Vorschläge vor. Dieser wurde als „deutscher Vorschlag“ bekannt.¹³

Der deutsche Vorschlag basierte auf der Überlegung, dass das Völkerrecht den einzelnen Staaten die Befugnis gibt, nach dem Weltrechtsprinzip über die in

Artikel 5 des Römischen Statuts aufgeführten Kernverbrechen zu entscheiden.¹⁴ Zu diesem Thema vertrat der Leiter der deutschen Delegation, Hans-Peter Kaul, die Auffassung, dass, wenn die internationale Gemeinschaft „dem Grundgedanken folgt, dass Staaten berechtigt sein müssen, kollektiv das zu tun, wozu sie individuell befugt sind, die Staaten sich darauf einigen können, diese individuelle Befugnis auf eine von ihnen eingerichtete, gemeinsam getragene und in ihrem Namen handelnde Justizbehörde zu übertragen“.¹⁵ Die Debatte konzentrierte sich also auf die Frage, ob das Weltrechtsprinzip auf nationaler Ebene Anwendung findet. Deutschland beschäftigte sich intensiv mit den Voraussetzungen für die Zuständigkeit des IStGH und setzte sich aktiv für die Universalität bei der Verfolgung von Völkerrechtsverbrechen ein. Claus Kreß, ein Mitglied der deutschen Delegation, beschrieb diesen Ansatz wie folgt: „Die Motivation hinter diesem Vorschlag war, dass, wenn Staaten diese Verbrechen verfolgen können, ein internationaler Strafgerichtshof *erst recht* dazu in der Lage sein sollte“.¹⁶ So sprach sich die deutsche Delegation, zusammen mit der Gruppe der so genannten „gleichgesinnten Staaten“, für eine „automatische“ Zuständigkeit¹⁷ aus, die dem IStGH die Zuständigkeit für jede *überall* begangene Straftat verleihen würde, unabhängig davon, ob sich die Verdächtige bzw. der Verdächtige in einem nationalen Hoheitsgebiet aufhält, das dem Statut beigetreten ist [Hervorhebung hinzugefügt].¹⁸

¹¹ Der UN-Sicherheitsrat verabschiedete die folgenden Resolutionen: S/RES/827 (1993) „Zur Errichtung der Internationalen Strafgerichtshöfe für das ehemalige Jugoslawien“ und S/RES/955 (1994) „Zur Errichtung des Internationalen Strafgerichtshofs für Ruanda und zur Annahme des Statuts des Strafgerichtshofs“.

¹² Die Vorschläge sind kategorisiert als: „Der deutsche Vorschlag“, „Der koreanische Vorschlag“, „Der Vorschlag des Vereinigten Königreichs“ und der „Informal Package Proposal of the P-5“, siehe *The International Criminal Court. The Making of the Rome Statute*, ed. Roy S. Lee, (Den Haag: Kluwer Law International, 1999), 127-141.

¹³ UN Preparatory Committee, *Report of the Preparatory Committee on the Establishment of an International Criminal Court* (New York: United Nations, 1998), abgerufen am 14. März 2023, <https://digitallibrary.un.org/record/253772?ln=en> (German Proposal 1, UN Doc. A51/22). Die deutsche Delegation bestand hauptsächlich aus Kai Ambos, Petra Arnold, Hans-Jörg Behrens, Petra Hasse, Willibald Hermsdörfer, Frank Jarasch, Hans-Peter Kaul, Andreas Klassen, Ralf König, Claus Kreß, Christina Meinecke, Gabriele Schaub, Heidrun Schirmer, Hansjörg Strohmeyer, Rolf Welberts, Ged Westdickenberg, Andreas Zimmermann und Wolfgang Gärtner.

¹⁴ Artikel 5 sieht vor, dass die Zuständigkeit des Gerichtshofs auf die schwersten Verbrechen beschränkt ist, die die internationale Gemein-

schaft als Ganzes betreffen. Der Gerichtshof ist in Übereinstimmung mit diesem Statut für folgende Verbrechen zuständig:

(a) Das Verbrechen des Völkermords; (b) Verbrechen gegen die Menschlichkeit; (c) Kriegsverbrechen; (d) Das Verbrechen der Aggression. Siehe Sharon Williams, „The Rome Statute on the International Criminal Court-Universal Jurisdiction or State Consent-To Make or Break the Package Deal“, *International Law Studies* 75 (n.d.), 544-546; Elizabeth Wilmschurst, „Jurisdiction of the Court“ in *The International Criminal Court, The Making of the Rome Statute*, ed. Roy S. Lee, (Den Haag: Brill-Nijhoff, 1999), 127-141.

¹⁵ Hans-Peter Kaul, „Preconditions to the Exercise of Jurisdiction“ in *The Rome Statute of the International Criminal Court: A Commentary*, eds. Antonio Cassese, Paula Gaeta, and John R.W.D. Jones, (New York: Oxford University Press, 2003), 587-589.

¹⁶ Claus Kreß, Interview mit der Autorin, Zoom, 31. Juli 2023.

¹⁷ Am 9. Juli 1998 verwendete Hans-Peter Kaul, damals amtierender Leiter der deutschen Delegation im Gesamtausschuss, zum ersten Mal die Begriffe „inhärent“ und „automatisch“ in gleicher Weise, um zu sagen, dass der IStGH mit der Ratifizierung durch die Staaten mit universeller Gerichtsbarkeit ausgestattet wurde. Wie Sharon Williams

feststellt, müssen diese Begriffe jedoch mit dem Begriff „automatisch“ verglichen werden, wie er im koreanischen Vorschlag, im Vorschlag des Vereinigten Königreichs, im Vorschlag des Präsidiums und im endgültigen Text des Statuts verwendet wird, wo die Anerkennung der Gerichtsbarkeit des Gerichtshofs zwar automatisch erfolgt, aber an bestimmte Bedingungen geknüpft ist. Williams, „Das Römische Statut des Internationalen Strafgerichtshofs“, S. 561.

¹⁸ Olympia Bekou und Robert Cryer, „Der Internationale Strafgerichtshof und die universelle Jurisdiktion: A Close Encounter?“ *The International and Comparative Law Quarterly* 56, no. 1 (2007), 49-68, abgerufen am 10. April 2023, <https://www.jstor.org/stable/4498052>. In der von der 17th Kommission des Institute of International Law angenommenen Entschließung über die universelle Strafgerichtsbarkeit in Bezug auf Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen wird die Universalität der universellen Gerichtsbarkeit wie folgt definiert: „Universelle Gerichtsbarkeit in Strafsachen bedeutet als zusätzlicher Gerichtsbarkeitsgrund die Befugnis eines Staates, mutmaßliche Straftäter zu verfolgen und im Falle einer Verurteilung zu bestrafen, ungeachtet des Ortes, an dem das Verbrechen begangen wurde, und ungeachtet jeglicher Verbindung zu aktiver oder passiver Nationalität oder anderen völkerrechtlich anerkannten Gerichtsbarkeitsgründen.“ Christian Tomuschat, „Universal Jurisdiction with regard to the crime of genocide, crimes against humanity and war crimes“ (Krakow: Justitia et Peace, Institut für Völkerrecht, 2005) S. 2.

Am 23. März 1998 legte die deutsche Delegation dem Vorbereitungsausschuss für die Errichtung eines Internationalen Strafgerichtshofs ein formelles Papier vor. Darin erläuterte die Delegation ihren Vorschlag und wies erneut darauf hin, dass nach geltendem Völkerrecht alle Staaten nach dem Weltrechtsprinzip Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen verfolgen können, unabhängig von der Nationalität der Täterinnen und Täter oder Opfer und dem Ort, an dem das Verbrechen begangen wurde. Das bedeutet, dass jeder Staat in einem bestimmten Strafverfahren seine eigene nationale Strafgerichtsbarkeit ausüben kann, unabhängig davon, ob der Gewahrsamsstaat, der Territorialstaat oder ein anderer Staat dem zugestimmt hat. Eine umfangreiche internationale Praxis und *opinio iuris* unterstützen diesen Vorschlag. Das deutsche Argument verdient ein ausführliches Zitat.

Es gibt keinen Grund, warum der IstGH – der auf der Grundlage eines von der größtmöglichen Anzahl von Staaten geschlossenen Vertrags gegründet wurde – nicht in der Lage sein sollte, die universelle Gerichtsbarkeit für Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen in gleicher Weise auszuüben wie die Vertragsparteien selbst. Mit der Ratifizierung des Statuts des IstGH akzeptieren die Vertragsstaaten offiziell und formell, dass der IstGH auch die Strafgerichtsbarkeit für diese Kernverbrechen ausüben kann.¹⁹

Im Einklang mit dem Völkerrecht versuchte die deutsche Delegation, eine Alternative zu verschiedenen restriktiven Maßnahmen im Zusammenhang mit der staatlichen Zustimmung oder dem Opting-in/Opting-out zu bieten, die von anderen Mitgliedsstaaten vorgeschlagen wurden.²⁰ Zumindest einige Staaten, darunter auch Deutschland, hielten diese Ansätze für schädlich für die Zukunft des IstGH.²¹ Der deutsche Vorschlag würde dem IstGH dieselben Rechtsprechungsbefugnisse einräumen, die den Staaten nach dem Völkerrecht zustehen, und diese Befugnisse durch die Ratifizierung des Römischen Statuts auf den IstGH übertragen. Rechtswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler sind sich einig, dass der deutsche Vorschlag für die Einrichtung eines ständigen internationalen Strafgerichtshofs geeignet war, um die Unzulänglichkeiten internationaler Gerichte in der Vergangenheit zu beheben, der Straflosigkeit ein Ende zu setzen und die Begehung schwerer Verbrechen zu verhindern.²²

¹⁹ Kaul, "Preconditions to the Exercise of Jurisdiction," 587–598. See also the Preparatory Committee on the Establishment of an International Criminal Court, The Jurisdiction of the International Criminal Court, an informal discussion paper submitted by Germany to the UN in New York, March 1998,

<https://www.legal-tools.org/doc/5e6109/pdf/>. (UN Doc. A/AC.249/1998/DP.2).

²⁰ Kaul, „Voraussetzungen für die Ausübung der Gerichtsbarkeit“, 598.

²¹ Ebd., 583–613.

²² Williams, „Das Römische Statut des Internationalen Strafgerichtshofs“. Im Gegensatz zu den Statuten der Internationalen Strafgerichtshöfe für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) und Ruanda (ICTR) befasst sich das Römische Statut beispielsweise umfassend mit geschlechtsspezifischen Verbrechen.



Es gibt keinen Grund, warum der IstGH – der auf der Grundlage eines von der größtmöglichen Anzahl von Staaten geschlossenen Vertrags gegründet wurde – nicht in der Lage sein sollte, die universelle Gerichtsbarkeit für Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen in gleicher Weise auszuüben wie die Vertragsparteien selbst. Mit der Ratifizierung des Statuts des IstGH akzeptieren die Vertragsstaaten offiziell und formell, dass der IstGH auch die Strafgerichtsbarkeit für diese Kernverbrechen ausüben kann.¹⁹

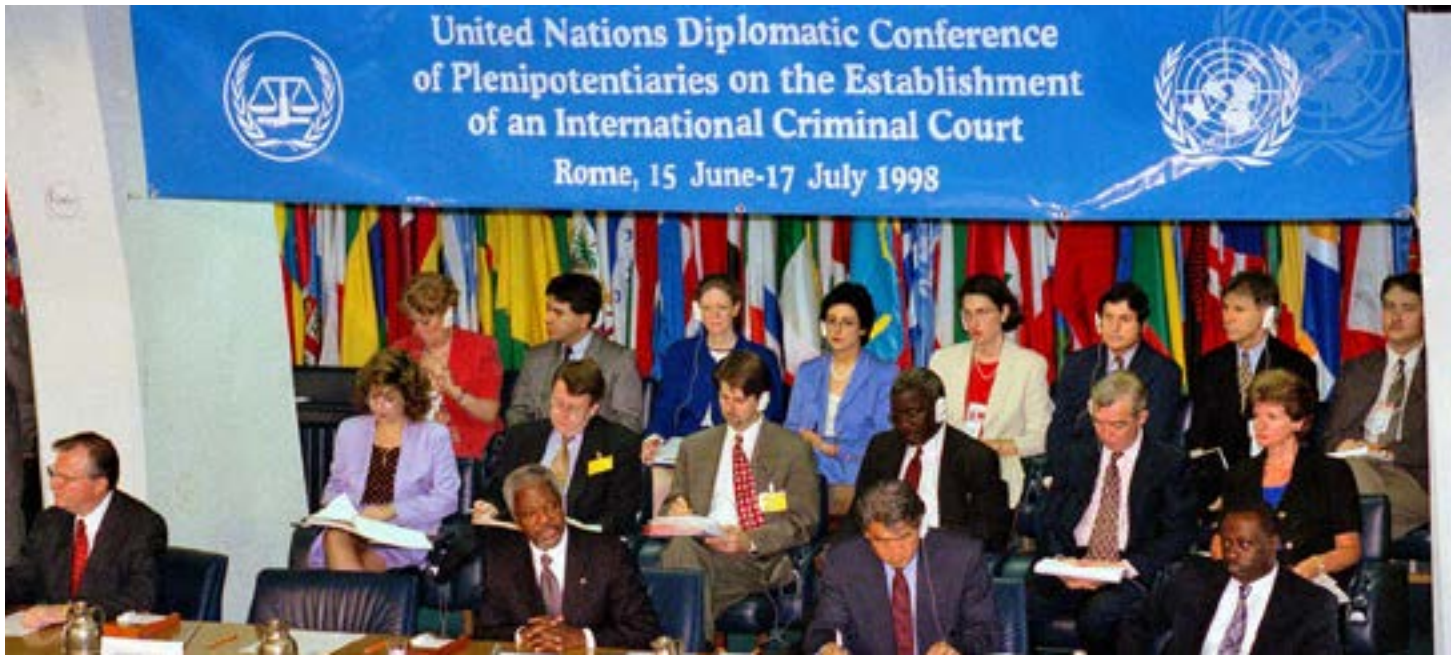
Die Diplomatische Konferenz der Vereinten Nationen der Bevollmächtigten zur Errichtung eines Internationalen Strafgerichtshofs eröffnet heute ihre fünfwöchige Tagung. Generalsekretär Kofi Annan (dritter von rechts am Haupttisch) nahm an der Sitzung teil.

@UN Photo/Evan Schneider

Nach dem Völkergewohnheitsrecht sollte kriminelles Verhalten, das globale Interessen untergräbt und gegen universelle Vorstellungen der öffentlichen Ordnung verstößt, universell verurteilt werden. Daher verlieh das fortschrittliche deutsche Modell nach dem Weltrechtsprinzip jedem Staat die Befugnis, *hostis humanis generis* [Feinde der Menschheit] in Gewahrsam zu nehmen, und gab ihnen eine legitime rechtliche Grundlage, diese Fälle im Interesse der internationalen Gemeinschaft zu verfolgen.²³ Darüber hinaus enthielt der deutsche Vorschlag eine weitere wichtige Nuance, die dem IStGH die universelle Zuständigkeit für den Katalog der in Artikel 5 aufgeführten Verbrechen verlieh, ohne dass die Zustimmung jedes interessierten Staates erforderlich war.²⁴

Der deutsche Vorschlag fand zunächst die engagierte Unterstützung einiger staatlicher Delegationen und fast aller Nichtregierungsorganisationen.²⁵ Es war jedoch mehr Unterstützung nötig, um eine Mehrheit zu bilden. Im Gegensatz dazu lehnten einige Mitglieder die Universalitätsdoktrin entschieden ab, darunter die fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats (P5). Andreas Zimmermann, ein ehemaliges Mitglied der deutschen Delegation während der IStGH-Verhandlungen, beschrieb diesen Umstand wie folgt: „Es war offensichtlich, dass China, die Vereinigten Staaten, Russland, Frankreich und das Vereinigte Königreich eine gemeinsame Position vertraten, wenn es um die Befassung des Sicherheitsrats [mit dem IStGH] und die Rolle des Sicherheitsrats *gegenüber* dem IStGH im Allgemeinen ging.“²⁶ Die ständigen Mitglieder argumentierten, dass die Vereinten Nationen die Zuständigkeitsregelung nicht ausweiten müssten, da der Sicherheitsrat die Situation jederzeit an den IStGH verweisen könne. Die deutsche Delegation sprach sich jedoch gegen ein starkes Vertrauen in den Sicherheitsrat aus, wie Zimmermann erklärte: „Deutschland war besorgt, dass nichts ohne die vorherige Entscheidung des Sicherheitsrats erreicht werden könnte.“ Eine gleichgesinnte Gruppe von rund 60 Staaten schloss sich Deutschland in dieser Frage an. In der Tat bevorzugten fast alle Staaten, die nicht ständige Mitglieder im Sicherheitsrat sind, ein effektiveres Rechtssystem, das unabhängig von einer Verweisung durch den Sicherheitsrat war.²⁷ Im Verlauf der Verhandlungen über das Römische Statut wurde der deutsche Vorschlag jedoch schließlich aufgegeben, und das Statut erkannte die Doktrin der Universalität nicht an.²⁸ Einige hatten jedoch argumentiert, dass der IStGH, wenn der deutsche Vorschlag angenommen worden wäre, in seiner jetzigen Form die universelle Zuständigkeit nur dann ausüben würde, wenn ein nationales System nicht in der Lage oder nicht willens wäre, wirksam zu ermitteln oder zu verfolgen. Daher hätte das Prinzip der Universalität die nationalen Strafgerichte nicht von ihrer primären Rolle bei der Verfolgung der aufgelisteten Verbrechen entbunden.²⁹

Der deutsche Vorschlag wurde bemerkenswerterweise nicht in dem Diskussionspapier, das am 6. Juli 1998 auf



Die Diplomatische Konferenz der Vereinten Nationen der Bevollmächtigten zur Errichtung eines Internationalen Strafgerichtshofs eröffnet heute ihre fünfwöchige Tagung.

@UN Photo/Evan Schneider

²³ Ebd.

²⁴ Ebd.

²⁵ The Rome Treaty Conference Monitor, 10. Juli 1998, 1-2. 2, „23 Staaten zeigten sich bestürzt darüber, dass die universelle Gerichtsbarkeit nicht berücksichtigt wurde“. Man beachte auch die Reaktion der deutschen Delegation, wie sie in

einer Erklärung des amtierenden Delegationsleiters Hans-Peter Kaul in der CW vom 9. Juli 1998 zum Ausdruck kam, die ebenfalls Bestürzung ausdrückte und die Überzeugung bekräftigte, dass ihr Ansatz rechtlich fundiert „und in der internationalen Rechtslehre sowie in der umfangreichen Staatenpraxis anerkannt“ sei. Siehe Williams, „The Rome Statute on the International Criminal Court“, S. 562. Zu den NGOs, die sich dem Vorschlag anschlossen, gehörten das Internationale Komitee vom Roten Kreuz, die Internationale Juristenkommission, das Lawyers Committee for Human

Rights sowie Amnesty International und Human Rights Watch.

²⁶ Andreas Zimmermann, Interview mit der Autorin, Zoom, 12. Oktober 2023.

²⁷ Ebd.

²⁸ Hans-Peter Kaul, „Special Note: The Struggle for the International Criminal Court’s Jurisdiction“,

European Journal of Kriminalität, Strafrecht Recht, und Criminal Justice 6, Nr. 4 (1998), 48–60, Zugriff über [Februar 17, 2023],

<https://doi.org/10.1163/15718179820518610>

²⁹ Williams, „Das Römische Statut des Internationalen Strafgerichtshofs“, 546.

der diplomatischen Bevollmächtigtenkonferenz der Vereinten Nationen über die Einrichtung eines Internationalen Strafgerichtshofs vorgelegt wurde, enthalten.³⁰ Die Konferenzteilnehmerinnen und -teilnehmer argumentierten, dass der Vorschlag mehr Unterstützung von anderen Delegationen benötige, um eine weitere Prüfung und Diskussion zu rechtfertigen. Als Reaktion auf die Ablehnung der Delegationen warnte Hans-Peter Kaul, der erste deutsche Richter des IStGH, vor möglichen Herausforderungen, falls die automatische universelle Zuständigkeit nicht anerkannt würde. Seine Ausführungen sind es wert, ausführlich zitiert zu werden.

Die allgemeine oder ordentliche Zuständigkeit des Gerichtshofs nach Artikel 12 ist schwach ausgeprägt, da nur die Erfüllung der recht restriktiven Voraussetzungen, dass entweder der Staat, in dessen Hoheitsgebiet die Straftat begangen wurde (Territorialstaat), oder der Staat, dessen Staatsangehörigkeit der Verdächtige besitzt (Nationalitätenstaat), Vertragspartei des Statuts ist, zur Zuständigkeit des Gerichtshofs führt. Die Annahme des Statuts durch den Staat, in dem das Opfer inhaftiert ist, oder den Staat, dessen Staatsangehörigkeit es besitzt, führt nicht zur Zuständigkeit des Gerichtshofs. Wenn also ein innerstaatlicher Krieg herrscht – die häufigste Form des Konflikts heutzutage – und weder der Territorialstaat noch der Nationalitätenstaat oder ein Vertragsstaat ad hoc zustimmt und keine Befassung des Sicherheitsrates vorliegt, werden Täter, die Kernverbrechen begangen haben, vom IStGH nichts zu befürchten haben... [...] Artikel 12 ist durch zahlreiche verfahrenstechnische Hürden und sogenannte „Schutzbestimmungen“ (bspw. wie in Artikel 18 enthalten) weiterhin geschwächt, die nur für die Zuständigkeit gilt, die durch eine staatliche Beschwerde oder die Staatsanwaltschaft ausgelöst wird.³¹

Die Gründung des IStGH gilt weithin als ein Meilenstein in der Entwicklung des Völkerstrafrechts. Ebenso war das Römische Statut ein bahnbrechender Völkerrechtsvertrag, da es erstmals bestimmte Handlungen unter Strafe stellte, darunter auch geschlechtsspezifische Straftaten. Leider, so die ehemalige Ministerin Herta Däubler-Gmelin, „waren der Optimismus und die Entschlossenheit der Präambel, der Strafflosigkeit ein Ende zu setzen, nicht weit genug verbreitet, als dass die Mitgliedstaaten es ratifiziert oder die internationalen Bestimmungen angemessen in das innerstaatliche Recht aufgenommen hätten.“³² Drei Jahre nach der offiziellen Eröffnung des IStGH in Den Haag rief Hans-Peter Kaul die Rechtsgemeinschaft dazu auf, nüchtern und realistisch zu bleiben, was die Rolle und die Funktionen des IStGH angehe, und nicht die grundlegende Tatsache zu übersehen, dass der IStGH nur so stark sein könne, wie es die Vertragsstaaten zulassen.³³ Seine Worte sind immer noch zeitgemäß; obwohl Deutschland das Römische Statut am 10. Dezember 1998 unterzeichnet und am 11. Dezember 2000 die Ratifizierungsurkunde hinterlegt hat, haben allerdings bis 2023 viele Staaten das Statut noch nicht ratifiziert, was zu starken regionalen Unterschieden führt.³⁴ Diese Situation bleibt ein globales Problem, da die Strafflosigkeit zunimmt.³⁵

³⁰ Vereinte Nationen, Diplomatische Bevollmächtigtenkonferenz der Vereinten Nationen zur Errichtung eines Internationalen Strafgerichtshofs, Offizielle Aufzeichnungen, Band 1, Schlussdokumente, (A/CONF/183/13) (Rom: Vereinte Nationen, 15. Juni bis 17. Juli 1998), Zugriff [17. Februar 2023],

https://legal.un.org/icc/rome/proceedings/E/Rome%20Proceedings_v1_e.pdf

³¹ Williams, „The Rome Statute on the International Criminal Court“, S. 612.

³² Herta Däubler-Gmelin, 2008. Erläuterndes Memorandum: Die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) und seine Universalität, Parlamentarische Versammlung, (Straßburg: Europarat, 2008).

³³ Hans-Peter Kaul, „Baustelle für mehr Gerechtigkeit: Der Internationale Strafgerichtshof nach zwei Jahren“, American Journal of International Law 99, Nr. 2 (April 2005), 370–384.

³⁴ Ab 2023 sind 123 Länder Vertragsstaaten des Römischen Statuts des IStGH. Davon sind 33 afrikanische, 19 asiatisch-pazifische, 18 osteuropäische, 28 lateinamerikanische und karibische und 25 westeuropäische oder sonstige Staaten. 31 Staaten haben das Römische Statut zwar unterzeichnet, aber noch nicht ratifiziert. Zwei Staaten haben sich vom Römischen Statut zurückgezogen: Burundi und die Philippinen.

³⁵ Däubler-Gmelin, „Erläuterndes Memorandum“, 2-20.

ABSCHNITT 3



III. Der historische Weg zum Völkerstrafgesetzbuch, VStGB

Abschnitt 03

Der historische Weg zum Völkerstrafgesetzbuch, VStGB

Der politische Kompromiss, der erhebliche Einschränkungen der Zuständigkeit beinhaltet und das Ergebnis der komplexen Verhandlungen über das Römische Statut war, wirft die folgende Frage auf: *Handeln die deutschen Behörden weiterhin nach dem Weltrechtsprinzip als Reaktion auf die Beschränkungen in Rom oder als Strategie, um ihre nationale Verantwortung voranzutreiben?*

Die vorliegende Studie liefert Belege für Letzteres. 1998 legte die deutsche Delegation dem Vorbereitungsausschuss für die Errichtung eines Internationalen Strafgerichtshofs ein weiteres Schriftstück vor, in dem sie bekräftigte, dass der „auf dem Weltrechtsprinzip basierende Ansatz rechtlich fundiert und in der internationalen Rechtslehre sowie in der umfangreichen Staatenpraxis anerkannt“ sei.³⁶ Die Zurückhaltung der P5 gegenüber dem deutschen Vorschlag spiegelt ein Missverständnis der bestehenden Staatenpraxis und der *opinio iuris* im Rahmen internationaler Gesetze und Verträge wider. Gemäß dem Komplementaritätsprinzip in Artikel 17 hätten die Vertragsstaaten ihren Verpflichtungen zur Verfolgung von Kernverbrechen nachkommen müssen, wo immer dies möglich war, um die Belastung des IStGH zu minimieren.³⁷ Im Gegensatz dazu verfolgten die meisten Staaten einen eher konservativen Ansatz. In der Praxis wiegen die Beschränkungen der Gerichtsbarkeit des Gerichtshofs noch schwerer, wenn man bedenkt, dass der Sicherheitsrat gegen die Überweisung von Fällen an den IStGH ein Veto einlegt, was dazu beigetragen hat, dass die Mitgliedstaaten zunehmend auf Reformen der UN-Architektur drängen.³⁸ Das Vetorecht des Rates ist die Hauptquelle für Streitigkeiten, wie das Veto Russlands und Chinas 2014 gegen die Überweisung der syrischen Situation an den IStGH zeigt. Gleichzeitig bildet dieses Veto die Grundlage für die sich abzeichnende führende Rolle Deutschlands bei der Verfolgung Völkerrechtsverbrechen.

³⁶ Diplomatische Bevollmächtigtenkonferenz der Vereinten Nationen zur Einrichtung eines Internationalen Strafgerichtshofs.

³⁷ Kaul, „Baustelle für mehr Gerechtigkeit: Der Internationale Strafgerichtshof nach zwei Jahren“, 379.

³⁸ Mónica Castillejos-Aragón, Erica Mumford und Teresa Val, «Busy Week at the East River», Konrad-Adenauer-Stiftung, New Yorker Büro, 5. Oktober 2023.

Nach der Verabschiedung des Römischen Statuts wurden seine Ratifizierung und die vollständige und wirksame Umsetzung auf nationaler Ebene durch alle Parteien ebenso wichtig. Damit der Grundsatz der Komplementarität greifen kann, müssen die nationalen Gerichtsbarkeiten innerstaatliche Rechtsvorschriften erlassen, die Verbrechen im Zuständigkeitsbereich des IStGH verbieten. Die Übernahme dieser Rechtsvorschriften durch Deutschland übertraf die internationalen Erwartungen.

Wie von Kreß erläutert

„[diskutierte] natürlich nach Rom eine Kerngruppe von Rechtsexpertinnen und -experten darüber, wie der deutsche Gesetzgeber auf einen solchen internationalen Durchbruch angemessen reagieren sollte.“³⁹

Kreß erläuterte auch wie seine Veröffentlichung aus dem Jahr 2000 Teil einer Debatte über die Notwendigkeit war, ein Völkerstrafgesetzbuch zu verabschieden, und welches ein „echtes“ Weltrechtsprinzip vorsah.⁴⁰ Letztendlich handelte die Regierung im Sinne seines Vorschlags.⁴¹ Oktober 1999 setzten Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin, Bundesaußenminister Joschka Fischer und Bundesverteidigungsminister Rudolf Scharping eine Gruppe von Rechtsexpertinnen und -experten bestehend aus Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, Anwältinnen und Anwälten und Regierungsvertreterinnen und -vertretern und beauftragten sie, den gesamten corpus Völkerrechtsverbrechen in Form eines deutschen Sondergesetzes zu kodifizieren: das VStGB.⁴²

³⁹ Kreß, Interview; Gerhard Werle und Florian Jeßberger, „International Criminal Justice Is Coming Home: The New German Code of Crimes against International Law“, Criminal Law Forum 13, no. 2 (June 2002), 199; Julia Geneuss, „Fostering a Better Understanding of Universal Jurisdiction“, Journal of International Criminal Justice 7, no. 5 (November 2009): 945–962.

⁴⁰ Claus Kreß, „Vom Nutzen eines deutschen Völkerstrafgesetzbuchs“, Nomos Verlagsgesellschaft, 40 (2000); Claus Kreß, „Universal Jurisdiction over International Crimes and the Institut de Droit International“, Journal of International Criminal Justice, no. 4 (2006), 561–585, abgerufen am 20. August 2023,

<https://doi.org/10.1093/jicj/mqj037>.

⁴¹ Kreß, Interview.

⁴² Die wissenschaftlichen Mitglieder des VStGB-Erarbeitungsausschusses waren Dr. Horst Fischer, Dr. Thomas Weigend, Dr. Gerhard Werle, Dr. Andreas Zimmermann, Dr. Kai Ambos und Dr. Claus Kreß. Diese Informationen stammen aus Interviews, die mit Kreß am 31. Juli 2023 und mit Andreas Zimmermann am 12. Oktober 2023 geführt wurden.

@Deutscher Bundestag / Lichtblick / Achi, Melde



Dr. Herta Däubler-Gmelin, Bundesministerin der Justiz a.D., bestätigte in ihren Ausführungen zum politischen und historischen Kontext der Verabschiedung des VStGB, dass dieses auf ihre Initiative als Bundesjustizministerin zurückzuführen ist.⁴³ Ministerin Däubler-Gmelin erklärte weiter, dass sich die Staaten, insbesondere Deutschland, einig waren, dass der IStGH nur wenige Fälle bearbeiten könne: „Wir wollten deshalb sicherstellen, dass IStGH-Mitgliedstaaten mit funktionierenden Verfassungsorganen den internationalen Strafgerichtshof durch nationale Gesetze, die mit dem Römischen Statut in Einklang stehen, entlasten können. Deutschland ist eines dieser Länder.“⁴⁴ Unter ihrer Leitung beauftragte sie eine Gruppe renommierter Völkerrechtlerinnen und Völkerrechtlern, einen Entwurf zu erarbeiten, der dem Bundestag zur Entscheidung vorgelegt wurde. „Das VStGB ist längst zum Vorbild für andere Staaten geworden“, stellte sie fest.⁴⁵ Die Gruppe war für die Ausarbeitung des Vorentwurfs des VStGB verantwortlich und stellte ihn 2001 fertig.⁴⁶

Am 26. Juni 2002, einen Monat vor dem Inkrafttreten des Römischen Statuts, verabschiedete der Bundestag nach langer parlamentarischer Diskussion *ein-stimmig* das Gesetz zur Einführung des beispielsweise VStGB.⁴⁷ Die politischen Kräfte des Parlaments waren sich dabei einig. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Norbert Röttgen gab bei der letzten Lesung des VStGB im Jahr 2002 eine denkwürdige Erklärung ab: „Wir haben in dieser Legislaturperiode viele rechtspolitische Kontroversen geführt. Das deutsche Bekenntnis zu einer Völkerstrafrechtsordnung und Strajustiz war und ist aber nicht umstritten, sondern bildet eine feste gemeinsame Grundlage der deutschen Rechts- und Außenpolitik.“⁴⁸ Der Gesetzgeber änderte auch wesentliche Bestimmungen des *Strafgesetzbuches* (StGB) und der *Strafprozessordnung* (StPO) sowie des *Gerichtsverfassungsgesetzes* (GVG).⁴⁹ Das Gesetz wurde am 30. Juni 2002 endgültig verabschiedet.⁵⁰

⁴³ Frau Ministerin Herta Däubler-Gmelin, Interview mit der Autorin, Telefon und E-Mail, 28. Dezember 2023.

⁴⁴ Ebd.

⁴⁵ Ebd.

⁴⁶ Werle und Jeßberger, „International Criminal Justice Is Coming Home“, 199.

⁴⁷ Ministerin Herta Däubler-Gmelin, Interview; Bundesgesetzblatt I, S. 2254, abgerufen am 9. Januar 2023,

https://www.gesetze-im-internet.de/englisch_vstgb/englisch_vstgb.html

⁴⁸ Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 14/2 3 3, abgedruckt in Materialien zum Völkerstrafgesetzbuch. Dokumentation des Gesetzgebungsverfahrens 95.

⁴⁹ Elisabeth Handl, „Einleitende Bemerkung zum Gesetz zur Einführung des Völkerstrafgesetzbuches“, International Legal Materials 42, no. 4 (2003), 995–997, abgerufen am 11. März 2023,

<https://www.jstor.org/stable/20694396>.



@German Bundestag / Lichtblick / Achi, Melde

Zweifelloos spiegelte das VStGB die Bestrebungen des deutschen Vorschlags in Rom wider. „In der VStGB-Kommission gab es einige Expertinnen und Experten, die an den Verhandlungen zum Römischen Statut beteiligt waren und die das Weltrechtsprinzip für den richtigen Weg hielten, um mit den Kerndelikten umzugehen“, sagte Thomas Weigend, der an der Ausarbeitung des Entwurfs beteiligt war.⁵¹ In diesem Zusammenhang entschied sich der Bundestag für eine einheitliche Lösung, indem er die Kernstraftaten des IStGH in das nationale Recht aufnahm. Vor der Verabschiedung des VStGB beinhaltete das deutsche Strafgesetzbuch die Anwendung des Weltrechtsprinzips nur für das Verbrechen des Völkermordes (früherer § 220a StGB) und für Straftaten, zu deren Verfolgung Deutschland durch Verträge verpflichtet war, wie etwa Drogendelikte und Pornografie.⁵² Mord, schwere Körperverletzung, Vergewaltigung und gewalttames Verschwindenlassen mussten als gewöhnliche Verbrechen verfolgt werden.⁵³ Deutsche Staatsangehörige konnten für solche Verbrechen im Inland verfolgt werden, auch wenn sie diese im Ausland begangen haben, ansonsten sei das Territorialitätsprinzip entscheidend. Weigend beschrieb, wie das VStGB die deutschen Behörden zum ersten Mal ermächtigt habe, diese Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen auf der Grundlage des Weltrechtsprinzips zu verfolgen.⁵⁴

⁵⁰ Eine offizielle englische Übersetzung ist hier verfügbar: Code of Crimes against International Law (CCAIL), abgerufen am 15. Januar 2023,

https://www.gesetze-im-internet.de/englisch_vstgb/index.html.

⁵¹ Thomas Weigend, Interview mit dem Autor, Zoom, 17. Oktober 2023.

⁵² Wolfgang Kaleck, „Von Pinochet bis Rumsfeld: Universal Jurisdiction in Europe 1998–2008“, Michigan Journal of International Law 30, no. 3 (2009), 927. ISSN: 2688–5522:

<https://repository.law.umich.edu/mjil/vol30/iss3/12/>.

⁵³ Human Rights Watch, The Legal Framework for Universal Jurisdiction in Germany, 2014, abgerufen am 23. April 2023,

https://www.hrw.org/sites/default/files/related_material/1J0914German_0.pdf; Werle und Jeßberger, „International Criminal Justice Is Coming Home“, 191–224.

⁵⁴ Weigend, Interview.

Darüber hinaus unterscheidet das Gesetz zwischen der Anwendbarkeit des Gesetzes und der Ausübung der Gerichtsbarkeit durch die Gerichte.⁵⁵ Nach § 1 Satz 1 VStGB gilt das Gesetz für alle Straftaten gegen das Völkerrecht, einschließlich der dort bezeichneten schweren Straftaten, auch wenn die Straftat im Ausland begangen wurde und keinen Bezug zu Deutschland aufweist.⁵⁶ Diese Bestimmung ist eine der weitreichendsten und wichtigsten Neuerungen der deutschen Rechtsordnung, da sie die Ausübung eines reinen Weltrechtsprinzips vorsieht. In verfahrensrechtlicher Hinsicht umreißt § 153f StPO die Zuständigkeit der Staatsanwaltschaft und der Gerichte für extraterritoriale Straftaten nach dem VStGB, einschließlich des Rechts, die Strafverfolgung abzulehnen, wenn die mutmaßliche Straftat im Ausland begangen wurde, der Beschuldigte nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt, seinen Wohnsitz außerhalb Deutschlands hat und ein deutscher Wohnsitz nicht zu erwarten ist. Ungeachtet dessen erkennt Deutschland an, dass der Grundsatz der obligatorischen Strafverfolgung unrealistisch sein kann. Wenn zum Beispiel ein Staatsanwalt oder eine Staatsanwältin von einer mutmaßlichen Völkerstraftat erfährt, während er fernsieht oder eine Zeitung liest, wäre er verpflichtet, sofort mit den Ermittlungen zu beginnen. Insofern sieht §153f StPO eine Reihe von Bedingungen vor, die die Möglichkeiten Deutschlands zur Verfolgung extraterritorialer Straftaten durch eine Ausländerin oder Ausländer nach dem VStGB einschränkt.⁵⁷ Diese Vorschrift verhindert, dass das deutsche Strafrechtssystem überlastet und zur „Zeitungsjustiz“ wird.⁵⁸

Was waren die Gründe, die zur Verabschiedung des VStGB geführt haben?

Der Bundestag hat in seiner Begründung zum Gesetz von 2002 (*Bundestagsdrucksache 14/8524*) verschiedene Gründe für die Verabschiedung des VStGB durch die deutsche Regierung genannt. Aus historischer und völkerrechtlicher Sicht erinnerten die Bundestagsabgeordneten beispielsweise an die entscheidende Rolle Deutschlands bei den intensiven Verhandlungen zur Gründung des Internationalen Strafgerichtshofs. Die Gesetzesbegründung beschreibt den langen Weg zum Römischen Statut, von der Schaffung der Militärstrafgerichte von Nürnberg und Tokio bis zur Einrichtung von Ad-hoc-Strafgerichten für Ruanda und das ehemalige Jugoslawien.⁵⁹ Stefanie Bock sagte zu diesem Rechtsrahmen: „Er ist für Deutschland einzigartig, da wir mit der Verfolgung von Völkerrechtsverbrechen an unsere Vergangenheit gebunden sind. Deutschland hat eine historische Verantwortung, diese Verbrechen zu verfolgen.“⁶⁰ Richterin Ute Hohoff schloss sich Bocks Überlegungen an und betonte die historische Verpflichtung Deutschlands, Völkerrechtsverbrechen zu untersuchen und zu verfolgen: „Wir sehen diese Fälle als Teil unserer historischen Verantwortung.“⁶¹ Darüber hinaus wurde in der Gesetzesbegründung die Rolle der UN Völkerrechtskommission (ILC), die Vorlage des ersten Entwurfs des Völkerstrafgesetzbuches und die Einsetzung eines Vorbereitungsausschusses durch die UN hervorgehoben; letzteres ist schließlich als globale Behörde für die Ausarbeitung des Statuts eines ständigen internationalen Strafgerichtshofs zuständig geworden.⁶²

⁵⁵ Luc Reydam, *Universal Jurisdiction: International and Municipal Legal Perspectives*, (Oxford: Oxford University Press, 2003), 141-157.

⁵⁶ Es ist wichtig, darauf hinzuweisen, dass § 1 Satz 2 VStGB keine Befugnis zur Ausübung der universellen Gerichtsbarkeit für das Verbrechen der Aggression vorsieht. In gewisser Weise spiegelt diese eingeschränkte Zuständigkeit deutscher Gerichte für das Verbrechen der Aggression die deutlichen Beschränkungen wider, die infolge der späten Einigung auf der ersten Überprüfungskonferenz zum IStGH-Statut in Kampala im Sommer 2010 die Ausübung der Zuständigkeit des IStGH für dieses Verbrechen einschränken; Claus Kreß, *On the Activation of ICC's Jurisdiction over the Crime of Aggression*, *Journal of International Criminal Justice* 16 (2018), 1-18.

⁵⁷ Reydam, *Universal Jurisdiction*, 146; Werle und Jeßberger, „International Criminal Justice Is Coming Home“, 213.

⁵⁸ Für einen speziellen Kommentar zum Anwendungsbereich des § 153f StPO siehe Claus Kreß, „C. Nationale Umsetzung des Völkerstrafgesetzbuches Öffentliche Anhörung im Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestages-Kurzstellungnahme“, *Zeitschrift für Internationale Strafrechtsdogmatik* 13, (2007), 515-525; Mark Swatek-Evenstein, „Julia Geneuss, Völkerrechtsverbrechen und Verfolgungsermessens: § 153f StPO im System völkerrechtlicher Strafrechtspflege“, *Zeitschrift für Internationale Strafrechtsdogmatik* 13, Nr. 1 (März 2015): 203-[iii].

⁵⁹ UN Doc. S/Res/827, 25. Mai 1993; Bundestagsdrucksache 13/57; UN Doc. S/Res/955, 8. November 1994, Bundestagsdrucksache 13/7953.

⁶⁰ Stefanie Bock, Interview mit dem Autor, Zoom, 30. Oktober 2023. Siehe Stefanie Bock, „Western Sahara and Universal Jurisdiction in Germany“, *Revue Belge de Droit International / Belgian Review of International Law* 43, no. 1 (2010): 43-60.

⁶¹ Richterin Ute Hohoff, Interview mit der Autorin, Zoom, 12. Dezember 2023.

⁶² Vereinte Nationen, *Draft Code of Crimes Against the Peace and Security of Mankind*, (UN Doc. A/51/10), 48th sess. (New York: Vereinte Nationen, 1996).

Aus innenpolitischer Sicht griff die Gesetzesbegründung den deutschen Vorschlag auf, indem entschlossen festgestellt wurde, dass die wichtigsten Völkerrechtsverbrechen dem Weltrechtsprinzip unterliegen und dass Verbrechen gegen die lebenswichtigen Interessen der internationalen Gemeinschaft *über die Grenzen hinausgehen* [Hervorhebung hinzugefügt].⁶³ Die Botschaft des Bundestages war klar: Diejenigen, die Gräueltaten begehen, sollten sich nicht sicher fühlen und würden schließlich zur Verantwortung gezogen werden. In der Tat enthält der erste Satz von § 1 VStGB zwei Schlüsselemente.⁶⁴ Erstens gilt das Gesetz für *alle* Straftaten gegen das Völkerrecht, auch wenn die *Straftat im Ausland begangen wird und keinen Bezug zu Deutschland hat*. Zweitens räumt die Vorschrift den deutschen Gerichten die Zuständigkeit für Völkerrechtsstraftaten *unabhängig vom Begehungsort und anderen gesetzlichen Anknüpfungspunkten* für die Ausübung der Gerichtsbarkeit ein [Hervorhebung hinzugefügt].⁶⁵

Insgesamt bietet das VStGB Staatsanwältinnen und Staatsanwälten und Gerichten einen rechtlichen Rahmen für die Ermittlung und Verfolgung von Völkerrechtsverbrechen, einschließlich Völkermord (§ 6 VStGB), Verbrechen gegen die Menschlichkeit (§ 7 VStGB) und Kriegsverbrechen (§§ 8-12 VStGB). Es erweitert den Geltungsbereich des deutschen Strafrechtssystems erheblich und nimmt es in sein System auf. Die größte Besonderheit des VStGB besteht jedoch darin, dass es den deutschen Vorschlag in Rom für ein automatisches Weltrechtsprinzip adäquat widerspiegelt. Florian Jeßberger erklärte: „Die Verabschiedung des VStGB im Jahr 2002 und insbesondere die extrem weit gefasste Bestimmung des § 1, die den Grundsatz des reinen Weltrechtsprinzips enthält, ist einer der wichtigsten Beiträge Deutschlands zur Entwicklung der Rechtsprechung zum Weltrechtsprinzip.“⁶⁶

⁶³ Begründung zum Regierungsentwurf eines Gesetzes zur Einführung des Völkerstrafgesetzbuches (Berlin, Bundestag, 2002), abgerufen am 23. April 2023, <https://dserver.bundestag.de/btd/14/085/1408524.pdf>, siehe BT. Drs. 14/8524, 12.

⁶⁴ § 1 VStGB. Dieses Gesetz gilt für alle in diesem Gesetz bezeichneten Straftaten gegen das Völkerrecht, für Straftaten nach den §§ 6 bis 12 auch dann, wenn die Tat im Ausland begangen wurde und keinen Bezug zu Deutschland hat. Für Straftaten nach § 13, die im Ausland begangen worden sind, ist dieses Gesetz unabhängig vom Recht des Tatortes anzuwenden, wenn der Täter Deutscher ist oder wenn sich die Tat gegen die Bundesrepublik Deutschland richtet. Zu § 1 Satz 2 VStGB, der das Verbrechen der Aggression behandelt.

⁶⁵ Soweit es um Verbrechen nach dem VStGB geht, sieht das Gesetz die Geltung des Weltrechtsprinzips ohne die Notwendigkeit eines Anknüpfungspunktes im Inland vor. (Soweit es um Verbrechen nach dem VStGB geht, sieht das Gesetz die Geltung des Weltrechtsprinzips ohne die Notwendigkeit eines Anknüpfungspunktes im Inland vor). Siehe Diplomatische Bevollmächtigtenkonferenz der Vereinten Nationen zur Errichtung eines Internationalen Strafgerichtshofs.

⁶⁶ Florian Jeßberger, Interview durch die Autorin, Zoom, 15. September 2023; Christoph Safferling, „Review of German Participation in the Nuremberg Trials and Its Implications for Today“ in *The Nuremberg War Crimes Trial and Its Policy Consequences Today*, ed. Beth A. Griech-Polelle, (München: Nomos, 2020).



Im Gerichtssaal des Oberlandesgerichts Koblenz. Die Strafprozessordnung liegt bereit, bevor die Verhandlung beginnt.

@ Alamy Stock Photo

„Die Verabschiedung des VStGB im Jahr 2002 und insbesondere die extrem weit gefasste Bestimmung des § 1, die den Grundsatz des reinen Weltrechtsprinzips enthält, ist einer der wichtigsten Beiträge Deutschlands zur Entwicklung der Rechtsprechung zum Weltrechtsprinzips.“¹⁹

ABSCHNITT 4



IV. Vom Gesetz in den Büchern bis zur Anwendung durch die Oberlandesgerichte



Koblenz, Deutschland, 23. April 2020. Nebenklägerinnen und Nebenkläger, sowie Richterinnen und Richter, darunter Vorsitzende Richterin Anne Kerber (hinten, 2. Von links), stehen zu Beginn des Prozesses am Oberlandesgericht. Heute beginnt das Verfahren gegen zwei Angeklagte, denen eine Beteiligung an Folter im syrischen Staatsapparat vorgeworfen wird.

@ Thomas Lohnes/AFP Pool/dpa/Alamy Live News

Abschnitt 04

Vom Gesetz in den Büchern bis zur Anwendung durch die Oberlandesgerichte

Trotz der umfassenden und fortschrittlichen Formulierung des VStGB vergingen mehrere Jahre, bis das geschriebene Gesetz in konkreten Fällen vollständig umgesetzt wurde und das Gesetz zur Anwendung kam. Kreß wies darauf hin, dass die deutschen Behörden den Inhalt des VStGB erst nach einem langwierigen Prozess vollständig anerkannten: „Die deutsche Generalbundesanwaltschaft war zunächst recht zurückhaltend, das volle Potenzial des VStGB zu aktivieren. Die juristischen Institutionen hatten nur begrenzte personelle Kapazitäten“. ⁶⁷ So versuchten in den Anfangsjahren Menschenrechts-NGOs, die Generalbundesanwaltschaft auf politisch heikle Fälle aufmerksam zu machen. ⁶⁸ Allerdings, wie Kreß erklärte, war das Amt noch nicht bereit, ein unbekanntes Gesetz anzuwenden. Daher waren diejenigen, die mit der praktischen Umsetzung des Gesetzes betraut waren, hiervon anfangs wenig begeistert. ⁶⁹ „Es war ein langsamer Prozess, der sich schrittweise weiterentwickelt hat“, so Kreß. ⁷⁰ Außerdem erinnerte Kreß daran, dass „wir gemeinsam mit einem Beamten des Auswärtigen Amtes einen deutschsprachigen *Arbeitskreis Völkerstrafrecht gegründet haben*.“ ⁷¹ Ziel dieses Arbeitskreises war es, Impulse zu geben, das Recht im eigenen Land zu etablieren und den Dialog zwischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern und Praktikerinnen und Praktikern zu fördern. Dieser Arbeitskreis hat im Laufe der Jahre eine enorme Wirkung entfaltet. ⁷² Auch Richter Laurent Lafleur wies auf die Bedeutung der Arbeitsgruppe hin und erwähnte, dass Praktikerinnen und Praktiker, Anwältinnen und Anwälte, Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte auf allen Ebenen daran teilnahmen und die aktuellen Dilemmata des Völkerstrafrechts diskutierten. ⁷³ So musste Deutschland Jahre nach der Verabschiedung des VStBG seinen Ruf als konsequenter Verfechter der Rechte der Opfer von Gräueltaten – und der Rechte der Angeklagten – erst noch festigen, wie es sich für eine fortschrittliche, rechtsstaatliche Demokratie gehört. Der Syrienkonflikt wurde zur ersten plausiblen Gelegenheit, Deutschlands innerstaatliches Engagement für die Verfolgung von Völkerrechtsverbrechen zu testen.

⁶⁷ Kreß, Interview.

⁶⁸ In dem Interview vom 15. September führte Jeßberger auch den Fall Kundus als Beispiel für Situationen an, in denen die Staatsanwaltschaft eine Untersuchung einleitete, aber beschloss, den Fall einzustellen. Für eine eingehende Analyse der Fälle gegen den US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld, siehe Kai Ambos, „International Core Crimes, Universal Jurisdiction and § 153f of the German Criminal Procedure Code: A Commentary on the Federal Prosecutor General and the Stuttgart Higher Regional Court in the Abu Ghraib/Rumsfeld Case,“ Criminal Law Forum 18, no. 1 (2007), 43–58; „Oberlandesgericht Stuttgart: Center for Constitutional Rights v. Rumsfeld et al.,“ International Legal Materials 45, no. 1 (January 2006): 122–126.

⁶⁹ Der größte Teil der deutschen juristischen Literatur, die sich mit dieser spezifischen Periode der Geschichte des VStGB befasst, reflektiert über komplexe Fälle, darunter Strafanzeigen gegen den UUS-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld wegen Folter im irakischen Gefängnis Abu Ghraib und in Guantanamo, den chinesischen Präsidenten Jiang Zemin wegen der Verfolgung von Mitgliedern der Falun-Gong-Gemeinschaft, den usbekischen Innenminister Zokirjon Almatov wegen des Massakers von Andischan und den damaligen türkischen Ministerpräsidenten und heutigen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdoğan wegen Verbrechen gegen die kurdische Bevölkerung.

⁷⁰ Kreß, Interview; Florian Jeßberger, „A Short History of Prosecuting Crimes under International Law in Germany“, Journal of International Criminal Justice, 24. Oktober 2023, 8, abgerufen [3. November 2023], <https://doi.org/10.1093/jicj/mqad039>; Andreas Schüller, „The Role of National Investigations in the System of International Criminal Justice – Developments in Germany“, in Sicherheit und Frieden (S+F), 2013, Vol. 31, No. 4, Themenschwerpunkt: Zehn Jahre Internationaler Strafgerichtshof – Wirken und Wirkung / Ten Years of International Criminal Court – Impact and Effect (2013), S. 226–231.

⁷¹ 10 Jahre Arbeitskreis Völkerstrafrecht. Geburtstagsgaben aus Wissenschaft und Praxis, hrsg. Claus Kreß, (Sievers u. Partner, 2015); siehe auch Franz-von-Liszt-Institut, Arbeitskreis Völkerstrafrecht, Zugriff 20. August 2023, <https://fli.berlin/arbeitskreis-voelkerstrafrecht/>.

⁷² Kreß, Interview.

⁷³ Richter Laurent Lafleur, Interview mit der Autorin, Zoom, 20. Oktober 2023.





@Shutterstock

a. Rechtsprechung von unten nach oben: die Fälle Anwar R. und Eyad A. in Koblenz

15,3 Millionen Menschen in Syrien benötigen humanitäre Hilfe (Stand 2023), darunter 7 Millionen Kinder und 4,5 Millionen Frauen. Die Vereinten Nationen berichten, dass zwischen März 2011 und März 2021 mehr als 350.000 Menschen im Syrienkonflikt getötet wurden. Die Zahl der Todesopfer ist jedoch wahrscheinlich höher.⁷⁴ Trotz wiederholter internationaler Aufrufe zur Verantwortung Syriens für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen Menschlichkeit – einschließlich der Ergebnisse der 2013 von den Vereinten Nationen eingesetzten Untersuchungskommission – verhinderten Russlands und Chinas Vetos, dass der Sicherheitsrat mit einer Resolution die Situation an den IstGH überwies.⁷⁵ Dennoch unterstützten 13 Mitglieder des Rates diese Resolution, die den IstGH ermächtigt hätte, die Situation in Syrien zu untersuchen, welche Tausende von zivilen Todesopfern, Millionen von Vertriebenen und weit verbreitete Menschenrechtsverletzungen zur Folge hatte. In Ermangelung eines weitreichenden internationalen Strafgerichtshofs setzten die Opfer, namhafte zivilgesellschaftliche Organisationen und Rechtsvertreter ihre Hoffnungen und rechtlichen Ressourcen auf das Weltrechtsprinzip.

Die deutschen Gerichte, insbesondere die Oberlandesgerichte (OLG), haben daraufhin reagiert, die Lücken des Römischen Statuts und die Beschränkungen des ständigen Strafgerichtshofs auszufüllen, indem ein Nichtvertragsstaat – Syrien – für seine begangenen Gräueltaten zur Rechenschaft gezogen wird.⁷⁶

⁷⁴ Michelle Bachelet, UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, Presentation of the report on civilian deaths in the Syrian Arab Republic, 50th sess. (Genf: Menschenrechtsrat, 30. Juni 2022), abgerufen am 7. September 2023,

<https://www.ohchr.org/en/statements/2022/06/presentation-report-civilian-deaths-syrian-arab-republic>.

⁷⁵ "Russia, China Block Security Council Referral of Syria to International Criminal Court," UN News, 22. Mai 2014, abgerufen am 15. Juni 2023,

<https://news.un.org/en/story/2014/05/468962#:~:text=Despite%20repeated%20appeals%20by%20senior>.

⁷⁶ Siehe auch Urteil des Oberlandesgerichts Stuttgart vom 28. September 2015 (5-3 StE 6/10) und Urteile des Oberlandesgerichts Frankfurt vom 18. Februar 2014 und 29. Dezember 2015 (Wiederaufnahmeverfahren) (5-3 StE 4/10-4-3/10 und 1/15). Für einen ausführlicheren Kommentar zu diesen Urteilen, siehe Kai Ambos, „The German Rwabukombe Case: The Federal Court's Interpretation of Co-perpetration and the Genocidal Intent to Destroy," Journal of International Criminal Justice 14, no. 5 (Dezember 2016), 1221- 1234, abgerufen am 15. Juni 2023, <https://doi.org/10.1093/jicj/mqw056>; Jeßberger, "A Short History of Prosecuting Crimes under International Law in Germany."

⁷⁷ Die für diesen Bericht befragten Juristen, Wissenschaftler und Experten waren sich einig, dass die Entscheidung des Oberlandesgerichts Koblenz zur Verurteilung von Eyad A. und Anwar R. ein beispielhaftes

Der Prozess gegen *Anwar R. und Eyad A.* war einer der symbolträchtigsten Fälle, die nach dem Weltrechtsprinzip entschieden wurden.⁷⁷ Im Oktober 2019 erhob die deutsche Generalbundesanwaltschaft Anklage gegen die Männer wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Der Prozess, der im April 2020 in Koblenz begann, konzentrierte sich auf zwei Angeklagte, Anwar R und Ewan A, die ehemalige Mitarbeiter des Sicherheitsapparats von Präsident Bashar al-Assad waren.⁷⁸ Im Februar 2021, nach 108 Verhandlungstagen, sprach das OLG Koblenz Anwar R. wegen Mord in Mittäterschaft, Folter und sexueller Gewalt, die in der Haftanstalt des Geheimdienstes al-Khatib begangen worden war, für schuldig und stellte damit zum ersten Mal fest, dass sich ein Mitglied des Assad-Regimes für Verbrechen verantworten musste. Vor allem aber war es das erste nationale Gericht weltweit, das Assads gewaltsames Vorgehen gegen die eigene Bevölkerung als Verbrechen gegen die Menschlichkeit einstufte.⁷⁹ Im Februar 2021 hat das OLG Koblenz Eyad A. zu viereinhalb Jahren Haft verurteilt, gefolgt von der Verurteilung von Anwar R. im Januar 2022.⁸⁰ Diese Urteile stellen eine bemerkenswerte erste staatliche Maßnahme im Kampf gegen die Straflosigkeit für die während des Assad-Regime begangenen Grausamkeiten dar.⁸¹

Grundsatzurteil nach dem Prinzip der universellen Gerichtsbarkeit darstellt. Interviews geführt mit Andreas Schüller am 29. Juni 2023, Julia Geneuss am 5. Juli 2023 und Roger Phillips am 5. Juli 2023; Wolfgang Kaleck und Patrick Kroker (Hrsg.), Syrische Staatsfolter vor Gericht/Syrian State Torture on Trial (Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 2023).

⁷⁸ Alia Malek, "How a Syrian War Criminal Was Brought to Justice-In Germany", The New York Times Magazine, 25. Januar 2022, abgerufen am 21. August 2023, <https://www.nytimes.com/2022/01/25/magazine/germany-trial-syria.html>.

⁷⁹ Antonia Klein und Patrick Kroker, „Ein historischer Prozess – mit verpassten Chancen“ in Folter in Syrien vor Gericht in Koblenz: Eine Dokumentation des Al-Khatib-Verfahrens (Berlin: European Center for Constitutional and Human Rights, 2020); Interview mit Professor Claus Kreß, Pionierleistungen der deutschen Justiz mit weltweiter Wirkung, Deutschlandfunk, 10. Dezember 2021, abgerufen am 28. November 2023 <https://www.deutschlandfunk.de/verbrechen-menschlichkeit-gericht-100.html>.

⁸⁰ Oberlandesgericht Koblenz, Urteile vom 13. Januar 2023 und 24. Februar 2021, 1 StE 9/19 und 3/21; Wolfgang Kaleck und Patrick Kroker, "Syrian Torture Investigations in Germany and Beyond," Journal of International Criminal Justice 16, no. 1 (2018), 165, Zugriff am 25. September 2023, DOI: 10.1093/jicj/mqy014; Syria Justice and Accountability Centre and International Research and Documentation Centre for War

Wie kam es zu dieser staatsanwaltschaftlichen und gerichtlichen Durchsetzungskraft in Deutschland?

„Die Unterstützung [der Regierung] hat sich aus den Ereignissen ergeben“, so Andreas Schüller über die Situation der syrischen Flüchtlinge in Deutschland.⁸² Die humanitäre Krise in Syrien hat eine lange und komplexe Geschichte mit erschreckenden Ergebnissen. Mitte 2021 verzeichnete Deutschland fast 1,24 Millionen Flüchtlinge und 233.000 Asylbewerberinnen und -bewerber und war damit das größte Aufnahmeland für Flüchtlinge in Europa. Die Hälfte der Flüchtlinge stammte aus Syrien.⁸³ „*Wir schaffen das*, ich sage es ganz einfach, Deutschland ist ein starkes Land“, sagte Angela Merkel, die ehemalige Bundeskanzlerin, in ihrer Rede angesichts der steigenden Zahl von Flüchtlingen – vor allem aus Syrien, Irak und Afghanistan –, die 2015 Asyl beantragten.⁸⁴ Deutschland wird ab 2023 fast 60 Prozent der syrischen Bürger in der Europäischen Union aufnehmen.⁸⁵ Außerdem hat „die [deutsche] Regierung in den vergangenen Jahren gerade wegen der humanitären Krise in Syrien mehr finanzielle Mittel für Strafverfolgung zur Verfügung gestellt“, so Schüller.⁸⁶ Roger Phillips, juristischer Direktor des Syria Justice and Accountability Center, kommentierte ebenfalls: „Neben dem humanitären Aspekt gibt es einen starken Anreiz für die Verfolgung von Straftaten, die von denjenigen begangen werden, die sich den Flüchtlingsstatus in Deutschland erschlichen haben.“⁸⁷

Crime Trials, The Trial of Anwar Raslan and Eyad Al-Gharib, abgerufen am 10. Oktober 2023 <https://syria-accountability.org/the-trial-of-anwar-raslan-and-eyad-al-gharib/>

⁸¹ Frankreich und Schweden unternahmen im März bzw. April 2021 ähnliche Anstrengungen.

⁸² Andreas Schüller, Interview mit dem Autor, Zoom, 29. Juni 2023.

⁸³ Daten von der UNHCR-Außenstelle in Nürnberg; „Germany“, UNHCR Global Website, Zugriff am 30. August 2023, <https://www.unhcr.org/countries/germany>.

⁸⁴ Philip Oltermann, "How Angela Merkel's Great Migrant Gamble Paid Off", The Guardian, 30. August 2020.

⁸⁵ Malek, „Wie ein syrischer Kriegsverbrecher vor Gericht gebracht wurde“, 2022.

⁸⁶ Schüller, Interview.

⁸⁷ Roger Phillips, Interview mit der Autorin, Zoom, 5. Juli 2023. Siehe Syria Justice and Accountability Centre "Report: Universal Jurisdiction Under Scrutiny: A Quantitative Analysis of 250+ Syrian Cases," (Washington DC: SJAC, 29. Juni 2023).



Das Koblenzer Urteil war auch insofern von Bedeutung, als die deutsche Generalbundesanwaltschaft Beweise für mögliche Verbrechen gesammelt hat, die Assad selbst begangen haben könnte.

Diese Informationen könnten in Zukunft genutzt werden, wenn er nicht mehr Präsident ist oder wenn der Internationale Strafgerichtshof oder ein UN-Sondertribunal Anklage gegen ihn erhebt.⁸⁸ Philips betonte, dass „Deutschland eine Vorreiterrolle beim Weltrechtsprinzip spielt, wenn es darum geht, Täter von Gräueltaten in verschiedenen Konflikten vor Gericht zu bringen, insbesondere aber im Syrien-Konflikt.“⁸⁹

Es sei darauf hingewiesen, dass Fälle von Verbrechen gegen die Menschlichkeit eine besondere Herausforderung darstellen, da es keinen Völkerrechtsvertrag gibt, der rechtliche Leitlinien für staatliches Handeln vorgibt. Der Bundestag reagierte auf diese Einschränkung, indem er in das VStGB eine Definition von Verbrechen gegen die Menschlichkeit aufnahm, die sich eng an die entsprechende Bestimmung des IStGH-Statuts anlehnt. Tatsächlich wich das VStGB von der gängigen Rechtsprechung ab, die eine Verbindung zwischen dem Verbrechen und Deutschland verlangt, wie später in dieser Studie erörtert wird.⁹⁰ Das OLG Koblenz stellte fest, dass die Angriffe gegen Syrer weit verbreitet und systematisch waren. Für viele ist diese historische Entscheidung einer der größten Beiträge Deutschlands zur Entwicklung von Präzedenzfällen des Weltrechtsprinzips und im Völkerstrafrecht.⁹¹

Oberlandesgericht Koblenz
@Alamy Stock Photo

Das Koblenzer Verfahren war auch deshalb möglich, weil der Verdächtige trotz seines Handelns in amtlicher Eigenschaft keine funktionale Immunität besaß. Der grundlegende völkerrechtliche Grundsatz, dass die funktionale Immunität nicht für Völkerstrafverfahren gilt, wurde bereits im bahnbrechenden Nürnberger Urteil von 1946 anerkannt. Laetitia Husson, eine leitende Juristin des Internationalen, unparteiischen und unabhängigen Mechanismus für Syrien (IIIM), kommentierte die Bedeutung der Koblenzer Entscheidung mit den Worten, dass die Entscheidung zwei eindringliche Botschaften an die internationale Gemeinschaft übermittelt: „Deutschland ist kein sicherer Hafen für Täter und [...] der Grundsatz der funktionalen Immunität gilt nicht für Regierungsbeamtinnen und -beamte, die Verbrechen begangen haben.“⁹²

Vor allem aber bemerkte sie: „Das Team des IIIM hört oft von Opfern und Überlebenden, dass der Fall Koblenz ihnen die Hoffnung und den Glauben an das Justizsystem zurückgegeben hat.“⁹³ Wie weiter unten erläutert wird, hat der Bundesgerichtshof diesen Grundsatz ein Jahr vor dem Koblenzer Urteil in einem Grundsatzurteil bestätigt.⁹⁴

»

„Deutschland ist kein sicherer Hafen für Täter und [...] der Grundsatz der funktionalen Immunität gilt nicht für Regierungsbeamtinnen und -beamte, die Verbrechen begangen haben.“

⁸⁸ Im November 2017 reichte das ECCHR zwei Strafanzeigen bei der deutschen Generalbundesanwaltschaft ein, die Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Syrien betreffen. Siehe ECCHR, „Torture Under the Assad Regime“ (n.d.), Zugriff [29. Juni 2023], <https://www.ecchr.eu/en/case/torture-under-the-assad-regime/>.

⁸⁹ Philips, Interview.

⁹⁰ Urteil des Bundesgerichtshofs, Neue Juristische Wochenschrift, 28. Januar 2021, 1326. Für eine (inoffizielle) englische Übersetzung, siehe 61 ILM (2022) 4837f.

⁹¹ Wolfgang Kaleck; Patrick Kroker, „Syrian Torture Investigations in Germany and Beyond“, Journal of International Criminal Justice 16, no. 1 (März 2018): 165–192.

⁹² Laetitia Husson, Interview mit der Autorin, Zoom, 8. Dezember 2023.

⁹³ Ebd.

⁹⁴ Ebd., 483; Bemerkungen von Claus Kreß vor der Aria-Formelsitzung des UN-Sicherheitsrats zur Verantwortlichkeit in der Arabischen Republik Syrien. Die Sitzung fand am Montag, dem 29. November 2023, in New York City statt. Ein zweites Urteil gegen einen weiteren syrischen Geheimdienstmitarbeiter folgte unmittelbar auf dieses bahnbrechende Urteil. Eine Reihe von Strafverfahren gegen Mitglieder des Islamischen Staates wurden durchgeführt oder sind noch im Gange.

Der Koblenzer Fall war kein Einzelfall. Vielmehr hatte dieses Urteil eine Katalysatorwirkung *gegenüber* anderen Oberlandesgerichten und beeinflusste unter anderem die nachfolgenden Oberlandesgerichtsurteile in Frankfurt und München. In diesem Zusammenhang stellt Geneuss fest, dass „es eine Reihe von eher kleineren Fällen [gibt], in denen deutsche Gerichte Mitglieder von ISIS verurteilt haben, in der Regel wegen Kriegsverbrechen, und diese Entscheidungen [...] der rechtlichen *Begründung* der von den Oberlandesgerichten in Koblenz und Frankfurt entschiedenen Fälle [folgten].“⁹⁵ „Diese gerichtlichen Feststellungen [...] sind Pionierleistungen der deutschen Justiz mit weltweiter Wirkung“, betonte Kreß.⁹⁶ So stellte das OLG Frankfurt fest, dass der Angriff des sogenannten Islamischen Staates auf die religiöse Minderheit der Jesiden einen Völkermord darstellt.⁹⁷ „Nach meiner Erfahrung aus dem Fall *Taha A.-J.* war dieser Fall auch für die jesidischen Frauen wichtig, damit sie merken, dass ihnen jemand zuhört und öffentlich anerkennt, dass die Taten der ISIS-Mitglieder falsch sind“, so Richterin von Arnim.⁹⁸

In ihrem Interview lobte Richterin Hohoff die Arbeit der deutschen Justiz bei der Bewältigung verschiedener Herausforderungen mit Fällen nach dem Weltrechtsprinzips.⁹⁹ Aus Sicht des Bundesgerichtshofs erkannte sie an, dass wichtige Präzedenzfälle zugunsten der Verantwortlichkeit für Völkerrechtsverbrechen geschaffen wurden. Sie betonte jedoch auch die Fähigkeit der Richterinnen und Richter an den Oberlandesgerichten, zahlreiche Hindernisse überwinden zu können – insbesondere in komplexen und langwierigen Verfahren – , um den Opfern von Völkerrechtsverbrechen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.¹⁰⁰ Während des Gesprächs erläuterte Richterin Hohoff verschiedene rechtliche Herausforderungen und erörterte relevante Fortschritte, die in den Fällen *Anwar R.*, *Eyad A.*, *Taha A.-J.*, *Jennifer W.* und Deutschlands jüngstem Sieg in Sachen Verantwortlichkeit, *Bai L.*, erzielt wurden.¹⁰¹ „In einer echten Pionierarbeit nennen die deutschen Gerichte diese Verbrechen bei ihrem wahren Namen: Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit“, erklärte Richterin Hohoff.

Auf regionaler Ebene haben die deutschen Oberlandesgerichte vielfältige Beiträge geleistet, darunter die Überwindung völkerrechtlicher Lücken, die Vorbereitung der Verfolgung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit und die Förderung der Gerechtigkeit.¹⁰² Sie bieten Opfern, Überlebenden, Zeugen und Anwältinnen und Anwälten einen sicheren Gerichtsstand, reagieren auf ihre Forderungen um Gerechtigkeit, übernehmen die Verantwortung für die Untersuchung von Gräueltaten und suchen in ihrem Namen nach Verantwortlichen. In einem Interview mit den *Badischen Neuesten Nachrichten* erklärte der deutsche Generalbundesanwalt Peter Frank, dass die „Prozesse gegen Mitglieder des syrischen Regimes und gegen Mitglieder der Terrormiliz ISIS ein großer Erfolg sind. [...] Durch unsere Arbeit konnten wir wesentliche Beiträge zur Weiterentwicklung des materiellen Völkerstrafrechts und seiner Anwendung auf aktuelle Sachverhalte leisten.“ Franks Botschaft war klar und unmissverständlich: „Deutschland darf nicht zu einem sicheren Hafen für Kriegsverbrecher werden.“¹⁰³

„Nach meiner Erfahrung aus dem Fall *Taha A.-J.* war dieser Fall auch für die jesidischen Frauen wichtig, damit sie merken, dass ihnen jemand zuhört und öffentlich anerkennt, dass die Taten der ISIS-Mitglieder falsch sind“, so Richterin von Arnim.

⁹⁵ Julia Geneuss, Interview mit der Autorin, Zoom, 5. Juli 2023; Der Generalbundesanwalt, „Indictment Filed against an Alleged Member of the Foreign Terrorist Organisation ‘Islamic State (ISIS)’ on Counts of Crimes against Humanity and War Crimes, Among Others“, Presse Release, 6. Juni 2022, Zugriff 14. Juli 2023, <https://www.generalbundesanwalt.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/EN/aktuelle/Pressemitteilung-vom-29-06-2022-Deutsch.html>; Der Generalbundesanwalt, „Anklage gegen ein mutmaßliches Mitglied der ausländischen Terrororganisation „Islamischer Staat (IS)“ u.a. wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und Beihilfe zum Völkermord“, Presse Mitteilung, 14. April 2022, abgerufen am 14. Juli 2023,

<https://www.generalbundesanwalt.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/EN/aktuelle/Pressemitteilung-vom-12-04-2022-Englisch.html>.

⁹⁶ Interview mit Professor Claus Kreß; Siehe: Pionierleistungen der deutschen Justiz mit weltweiter Wirkung, Deutschlandfunk, 10. Dezember 2021.

⁹⁷ Richterin Bianca von Arnim, Interview mit der Autorin, Zoom, 27. November 2023; OLG Frankfurt am Main – 5 – 3 StE 1/20 – 4 – 1/20 – Beschluss vom 30. November 2021.

⁹⁸ Ebd.

⁹⁹ Richterin Ute Hohoff, Interview mit der Autorin, Zoom, 12. Dezember 2023.

¹⁰⁰ Richterin Ute Hohoff, Interview.

¹⁰¹ Im November 2023 verurteilte ein Oberlandesgericht in Celle, Deutschland, ein Mitglied der gambischen Todesschwadron Bai L. – zu lebenslanger Haft und sprach ihn unter anderem wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit schuldig.

¹⁰² In den letzten 20 Jahren konzentrierten sich die strafrechtlichen Ermittlungen im Bereich der universellen Gerichtsbarkeit vor allem auf Straftaten, die in Afrika, im Nahen Osten, in Afghanistan, in der Tschechischen Republik, in Armenien, in Pakistan und in jüngster Zeit in der Ukraine begangen wurden. Die Anklagen beziehen sich in erster Linie auf Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und in einigen Fällen auf Völkermord.

¹⁰³ „Für Frank sind die Verfahren gegen die Angehörigen des syrischen Regimes sowie gegen Mitglieder der Terrormiliz IS ein großer Erfolg. „Durch unsere Arbeit konnten wir wesentliche Beiträge zur Fortentwicklung des materiellen Völkerstrafrechts und dessen Anwendung auf aktuelle Sachverhalte leisten. „Die Botschaft ist klar und unmissverständlich: „Deutschland darf kein sicherer Hafen für Kriegsverbrecher werden.“ Siehe Martin Ferber, „Generalbundesanwalt aus Karlsruhe: „Deutschland darf kein sicherer Hafen für Kriegsverbrecher werden“, Badische Neueste Nachrichten, 12. Juli 2022, abgerufen am 30. August 30, 2023,

<https://bnn.de/karlsruhe/generalbundesanwalt-peter-frank-bundesanwaltschaft-zwei-neue-referrate-ermittlung-gegen-kriegsverbrecher>

ABSCHNITT 5



V. Gerechtigkeit und Verantwortlichkeit im grenzüberschreitenden Kontext: Deutschland vor den Vereinten Nationen

Abschnitt 05

Gerechtigkeit und Verantwortlichkeit im grenzüberschreitenden Kontext: Deutschland vor den Vereinten Nationen

Die Debatte über die führende Rolle Deutschlands bei der Ausübung des Weltrechtsprinzips geht über die nationalen Grenzen hinaus. Im Einklang mit dem Vorschlag, der in Rom und Berlin befürwortet wurde, hat Deutschland dieses Thema auch vor den Vereinten Nationen erörtert und über seine Auswirkungen und seine allgemeine Effektivität bei der Entschädigung der Opfer schwerster internationaler Verbrechen diskutiert. Die Ständige Vertretung Deutschlands bei den Vereinten Nationen in New York spielte eine entscheidende Rolle bei der Erzielung von Fortschritten in diesem Bereich.

Diese Gelegenheit bietet sich in der Regel vor dem Sechsten Ausschuss der UN-Generalversammlung (Rechtsausschuss). Der Sechste Ausschuss hat unter anderem die Aufgabe, die Ausübung des Weltrechtsprinzips zu prüfen, und die Delegationen der Staaten haben seit seiner Gründung heftig über die Definition, den Umfang und die Anwendung des Weltrechtsprinzips debattiert.¹⁰⁴ Seit mehreren Jahren steht ein Punkt mit dem Titel „Umfang und Anwendung des Weltrechtsprinzips“ auf der Tagesordnung des Sechsten Ausschusses, das als wichtigstes internationales Forum für juristische Diskussionen zu diesem Thema dient.¹⁰⁵ Die meisten Mitgliedstaaten sind sich darin im Wesentlichen einig, dass das Weltrechtsprinzip nur auf die schwersten Völkerrechtsverbrechen angewandt werden sollte, einschließlich Kriegsverbrechen, Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Sklaverei, Folter, Piraterie, Terrorismus und Aggression.¹⁰⁶

Ungeachtet des allgemeinen Konsenses haben die Delegationen auch widersprüchliche Ansichten über das Weltrechtsprinzip, einschließlich eines eher konservativen Ansatzes. Beispielsweise haben einige die Staaten aufgefordert, klare Grenzen zu setzen, da andernfalls die Möglichkeit besteht, dass das Verfahren missbraucht wird oder das innerstaatliche Rechtsverfahren beeinträchtigt werden. „Es darf nicht zu einem Flächenbrand werden, der sich unkontrolliert ausbreitet und geordnete Rechtsprozesse zerstört.“¹⁰⁷ Andere Delegationen hingegen befürworteten eine weitere Anwendung: „Eine strikte Einhaltung des Grundsatzes *aut dedere aut judicare* [entweder ausliefern oder strafrechtlich verfolgen] im Rahmen der einschlägigen internationalen Verträge könnte zusammen mit der Anwendung des Weltrechtsprinzips nach dem Völkergewohnheitsrecht dazu beitragen, die Begehung schwerster Verbrechen abzuschrecken. Außerdem würden solche Bemühungen den Kampf gegen Straflosigkeit verstärken.“¹⁰⁸

¹⁰⁴ Bericht des Generalsekretärs, The scope and application of the principle of universal jurisdiction (New York: UN General Assembly, 2017) (A/72/112.).

¹⁰⁵ Antrag auf Aufnahme eines zusätzlichen Punktes in die Tagesordnung der dreiundsechzigsten Tagung. The Scope and Application of the Principle of Universal Jurisdiction, Sechster Ausschuss der Vereinten Nationen, UN-Generalversammlung, 23. Juli 2009, (A/63/237/Rev.1).

¹⁰⁶ Kommentar von Herrn Klusmann von der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen. Siehe Punkt 82 der Tagesordnung: Bericht der Völkerrechtskommission über die Arbeiten ihrer zweiundsiebzigsten Tagung (Fortsetzung), UN-Generalversammlung, 9. Dezember 2021, (A/C.6/76/SR.24).

¹⁰⁷ Sechster Ausschuss der Vereinten Nationen, Tackling Scope, Application of Universal Jurisdiction; Redner des Sechsten Ausschusses debattieren über den besten Ort für weitere Diskussionen über die Definition des Prinzips; Delegierte schließen die Beratungen des Sonderausschusses zur Charta der Vereinten Nationen ab. (New York: General Assembly, October 11, 2017) (GA/L/3571).

¹⁰⁸ Ebd. Geneuss, Julia, Fostering a Better Understanding of Universal Jurisdiction: A Comment on the AU-EU Expert Report on the Principle of Universal Jurisdiction (November 2009), Journal of International Criminal Justice, Vol. 7, Issue 5, pp. 945–962, 2009, <http://dx.doi.org/mqp068>.



Claus Kress, Professor für Völkerrecht und Strafrecht (Deutschland), spricht im Sicherheitsrat bei einer Arria-Formel-Sitzung über Rechenschaftspflicht in der Arabischen Republik Syrien.

@UN Photo/Manuel Elias



Omar Alshogre, syrischer Student und Überlebender von Inhaftierung, spricht im Sicherheitsrat bei einer Arria-Formel Sitzung über Rechenschaftspflicht in der Arabischen Republik Syrien.

@UN Photo/Manuel Elias



Catherine Marchi-Uhel, Leiterin des „International, Impartial and Independent Mechanism“ (IIIM), spricht im Sicherheitsrat bei einer Arria-Formel Sitzung über Rechenschaftspflicht in der Arabischen Republik Syrien.

@UN Photo/Manuel Elias

Am 13. Oktober 2023 fand die letzte Sitzung des Sechsten Ausschusses zum Weltrechtsprinzip statt. Dabei zeigten sich stark voneinander abweichenden Ansichten der Mitgliedstaaten in Bezug auf die Ausübung des Weltrechtsprinzips, seine Wechselwirkung zum nationalen Rechtsrahmen und das nicht unwahrscheinliche Risiko, dass die Täterinnen und Täter der abscheulichsten Verbrechen sich ihrer Verantwortung entziehen könnten.¹⁰⁹ Da es weltweit immer wieder zu Menschenrechtsverletzungen kommt, begrüßte der liechtensteinische Delegierte die ermutigenden Entwicklungen im Bereich des Weltrechtsprinzips und lobte die deutschen Gerichte dafür, dass sie sich mit der Verfolgung der in Syrien begangenen Gräueltaten einsetzten.¹¹⁰ Auch wenn es nach wie vor schwierig ist, in dieser Frage eine gemeinsame Basis zu finden, bietet der Sechste Ausschuss ein Forum, in dem Deutschland seinen positiven Einfluss auf die Ausübung des Weltrechtsprinzips darlegen kann, da es keine internationalen Mechanismen der Verantwortlichkeit gibt.¹¹¹ Die ständigen Vertreter Deutschlands haben ihr Engagement für die Ausübung des Weltrechtsprinzips bei mehreren Gelegenheiten bekräftigt.¹¹² Sie informieren die Mitgliedstaaten auch über verschiedene institutionelle Maßnahmen, die das Bundeskriminalamt und die Generalbundesanwaltschaft zur Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen durchführen.¹¹³ Die Vertreter haben wiederholt zum Ausdruck gebracht, dass Deutschland den IStGH vorbehaltlos unterstützt und es vorzieht, dass der Sicherheitsrat Fälle an den IStGH verweist. Sie erkennen die Vorteile des Weltrechtsprinzips an und befürworten sie als alternative Methode zur Verfolgung schwerster Verbrechen.¹¹⁴ Die Vertreter haben ausführlich dargelegt, wie das VStGB die Voraussetzungen dafür geschaffen hat, dass Staatsanwältinnen und -anwälte und Richterinnen und Richter die Täterinnen und Täter tatsächlich verurteilen können.¹¹⁵ So berichtet Georg Klusmann: „Die Gerichte verhandeln Fälle von Folter, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen, die von Mitgliederinnen und Mitgliedern des Regimes in Syrien bzw. von Mitgliederinnen und Mitgliedern des Islamischen Staates im Irak und in der Levante (ISIL/Da’esh) begangen wurden [...]. Es gibt keinen sicheren Hafen vor Strafverfolgung für Täter von Völkerrechtsverbrechen in Deutschland.“¹¹⁶

¹⁰⁹ Sechster Ausschuss der Vereinten Nationen, The scope and application of the principle of universal jurisdiction, 78th sess. (New York: Generalversammlung, 13. Oktober 2023) (A/78/130).

¹¹⁰ Ebd.; siehe auch Tagesordnungspunkt 86: Sechster Ausschuss der Vereinten Nationen, The scope and application of the principle of universal jurisdiction (New York: Generalversammlung, 27. Mai 2022) (A/C.6/76/SR.14).

In der Sitzung vom 13. Oktober 2023 berichtete der deutsche Delegierte Michael Hasenau über mehrere Urteile zu Verbrechen an der jesidischen Gemeinschaft und die Verurteilung eines Da'esh-Mitglieds durch den Bundesgerichtshof im Jahr 2022 – die erste ihrer Art.¹¹⁷ Derzeit führt Deutschland über 100 Ermittlungsverfahren wegen Völkerrechtsverbrechen durch (Stand 2023).¹¹⁸

Auch die Berichterstattung der deutschen Anwaltschaft über die Fortschritte bei der Ausübung des Weltrechtsprinzips hat eine wichtige Rolle gespielt, wo die humanitäre Krise in Syrien ausreichend Gelegenheit dazu bot. Am 29. November 2022 berief der Sicherheitsrat eine Sitzung nach der Arria-Formel zum Thema „Verantwortlichkeit in der syrisch-arabischen Republik.“¹¹⁹ ein. Omar Alshogre, ein syrischer Flüchtling und Menschenrechtsaktivist, wies darauf hin, dass Länder wie Deutschland bereits rechtliche Schritte gegen wichtige syrische Beamte eingeleitet hätten: „Damit hat Deutschland die Beschränkungen des Völkerrechtssystems in Frage gestellt und seine nationalen Gerichte dazu genutzt, die Grundprinzipien der Menschenrechte und des Völkerrechts zu wahren“, sagte er.¹²⁰ Während des Treffens berichtete Kreß, dass nationale Gerichtsverfahren bisher die wichtigste Anwendung des VStGB waren, da es Deutschland erlaube, Völkerrechtsverbrechen unter Wahrung eines rechtsstaatlichen Verfahrens zu verfolgen. Diese Zuständigkeit ermöglichte es der deutschen Generalbundesanwaltschaft, bereits im September 2011 breitere Ermittlungen zu den in Syrien begangenen Straftaten einzuleiten. „Die Generalbundesanwaltschaft und das Bundeskriminalamt waren gut vorbereitet, als die Verdächtigen einige Jahre später nach Deutschland flohen“, so Kreß.¹²¹ Auch Catherine Marchi-Uhel, Leiterin des IIIM für Syrien, betonte die Bedeutung des Treffens für die Opfer und Überlebenden der syrischen Tragödie, für die mutigen zivilgesellschaftlichen Akteure, die ihr Leben riskierten, um die Gräueltaten zu dokumentieren, und für die Staatsanwältinnen und Staatsanwälte und Richterinnen und Richter im Ausland, die weit entfernte Ereignisse zusammenfügten, um eine Form von Gerechtigkeit für die verheerende Situation zu schaffen. Marchi-Uhel erinnerte den Sicherheitsrat auch daran, dass „Gerechtigkeit für Verantwortlichkeit, Achtung der Menschenrechte und Einhaltung des humanitären Völkerrechts keine Frage der Politik ist. Es ist und bleibt immer eine Frage des Prinzips“.¹²²

¹¹¹ Bemerkungen von Frau Bade von der Ständigen Vertretung Deutschlands bei den Vereinten Nationen, 75th sess., 8. Februar 2021; Sechster Ausschuss der Vereinten Nationen, Punkt 87 der Tagesordnung: Der Anwendungsbereich und die Anwendung des Grundsatzes der universellen Gerichtsbarkeit (New York: Generalversammlung, 8. Februar 2023) (A/C.6/75/SR.11); Sechster Ausschuss der Vereinten Nationen, Punkt 86 der Tagesordnung: Der Anwendungsbereich und die Anwendung des Grundsatzes der universellen Gerichtsbarkeit (New York: Generalversammlung, 27. Mai 2022) (A/C.6/76/SR.14).

¹¹² Bemerkungen von Frau Bade, 75th sess.; Punkt 87 der Tagesordnung.

¹¹³ Sechster Ausschuss der Vereinten Nationen, The scope and application of the principle of universal jurisdiction, Bericht des Generalsekretärs (New York: UN General Assembly, 21. Juli 2021). Zu früheren Stellungnahmen Deutschlands siehe A/65/181, A/72/112 und A/74/144.

¹¹⁴ Bemerkungen von Frau Bade, siehe Erklärung Deutschlands, Sechster Ausschuss, Universelle Jurisdiktion, (A/C.6/75/SR.11), 20. November 2020, Zugriff am 12. Mai 2023, (A/C.6/75/SR.11).

¹¹⁵ Bemerkungen des Vertreters der Ständigen Vertretung Deutschlands bei den Vereinten Nationen, Der Anwendungsbereich und die Anwendung des Grundsatzes der universellen Gerichtsbarkeit (New York, Bericht des Generalsekretärs, 22. Juni 2017) (A/72/112) und der Anwendungsbereich und die Anwendung des Grundsatzes der universellen Gerichtsbarkeit, Bericht des Generalsekretärs auf der Grundlage von Kommentaren und Beobachtungen der Regierungen vom 29. Juli 2010 (A/65/181).

¹¹⁶ Bemerkungen bei der UNO am 22. Oktober 2021. Abschließende Debatte über den Grundsatz der universellen Gerichtsbarkeit, Redner des Sechsten Ausschusses ringen um das schwierige Gleichgewicht zwischen staatlicher Souveränität und der Bekämpfung der Straflosigkeit, (GA/L/3642).

¹¹⁷ 3 StR 230/22.

¹¹⁸ Sechster Ausschuss der Vereinten Nationen, Der Anwendungsbereich und die Anwendung des Grundsatzes der universellen Gerichtsbarkeit, 12. Sitzung, 78 S., A/78/130 ([CITY: Generalversammlung, 13. Oktober 2023]. Siehe, BT-Drs.20:2851 (auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Clara Bünger, Nicole Gohlke, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.), Bemerkungen des Vertreters der Ständigen Vertretung Deutschlands bei den Vereinten Nationen, Der Anwendungsbereich und die Anwendung des Grundsatzes der universellen Gerichtsbarkeit ([STADT], Bericht des Generalsekretärs, 18. Juli 2022) (A/77/186).

¹¹⁹ Estland, Frankreich, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten waren gemeinsam mit den Nicht-Ratsmitgliedern Belgien, Kanada, Deutschland, Georgien, Liechtenstein, den Niederlanden, Katar, Schweden und der Türkei Gastgeber dieses Treffens.

¹²⁰ Äußerungen von Omar Alshogre vor der Arria-Sitzung des UN-Sicherheitsrats zur Verantwortlichkeit in der Arabischen Republik Syrien. Die Sitzung fand am Montag, den 29. November 2023, in New York City statt.

¹²¹ Bemerkungen von Claus Kreß vor der Arria-Formelsitzung des UN-Sicherheitsrats zur Verantwortlichkeit in der Arabischen Republik Syrien. Die Sitzung fand am Montag, 29. November 2023, in New York City statt.

¹²² Bemerkungen von Catherine Marchi-Uhel vor der Arria-Formelsitzung des UN-Sicherheitsrats zur Verantwortlichkeit in der Arabischen Republik Syrien. Die Sitzung fand am Montag, 29. November 2023, in New York City statt.

ABSCHNITT 6



VI. Analyse des deutschen Systems der Weltrechtspflege

Abschnitt 06

Analyse des deutschen Systems der Weltrechtspflege

Nach der Analyse der nationalen und internationalen Rahmenbedingungen des deutschen Strebens nach Universalität müssen wir uns nun der Frage widmen, *welche Bedingungen die Entscheidungen der deutschen Oberlandesgerichte, insbesondere im Koblenzer Prozess und in anderen wegweisenden Fällen, erleichtert haben*. Moderne internationale Strafrechtssysteme sind von Natur aus in Bezug auf Budget und Zuständigkeit beschränkt. Als Reaktion auf diese Beschränkungen hat Deutschland ein fortschrittliches *System* geschaffen, das die innerstaatliche Verfolgung schwerer Völkerrechtsverbrechen ermöglicht. Bei der Erörterung der aktuellen Situation der Ausübung des Weltrechtsprinzips sagte Wolfgang Kaleck: „In der Vergangenheit gab es manchmal zwei oder drei Länder mit zahlreichen Fällen des Weltrechtsprinzips, und irgendwann haben sie diese überlastet. Deutschland ist ein gutes Beispiel dafür, wie komplexe Verbrechen wie Folter im Assad-Regime untersucht, verfolgt und sogar vor Gericht gestellt werden, aber es mangelt immer noch an der Untersuchung von zentralen Akteuren. Es wäre wünschenswert, wenn andere Länder diesem Beispiel folgen könnten.“

In dieser Studie wird beschrieben, wie das deutsche *System* eine Reihe von miteinander verbundenen und voneinander abhängigen Komponenten umfasst, die die Ermittlung, Verfolgung und Aburteilung von Völkerrechtsverbrechen unter rechtsstaatlichen Prinzipien erleichtert, in der Hoffnung, dass andere Länder ihre eigenen Bedingungen schaffen und sich dem globalen Kampf gegen Straflosigkeit anschließen. Das *System* wird durch seinen Kontext beeinflusst, durch seine Strukturen und Komponenten definiert und manifestiert sich durch die Beziehungen zwischen diesen Komponenten, wie im Folgenden beschrieben wird.

»

„In der Vergangenheit gab es manchmal zwei oder drei Länder mit zahlreichen Fällen des Weltrechtsprinzips, und irgendwann haben sie diese überlastet. Deutschland ist ein gutes Beispiel dafür, wie komplexe Verbrechen wie Folter im Assad-Regime untersucht, verfolgt und sogar vor Gericht gestellt werden, aber es mangelt immer noch an der Untersuchung von zentralen Akteuren. Es wäre wünschenswert, wenn andere Länder diesem Beispiel folgen könnten.“

Wie bereits erwähnt, führt die *Washington Post* die Effektivität Deutschlands auf seinen soliden Rechtsrahmen und die großzügigen staatlichen Mittel zurück. In dieser Studie wird jedoch argumentiert, dass andere Faktoren eine Rolle spielen. Das VStGB und die finanziellen Mittel sind zwar notwendige Bestandteile, aber sie reichten nicht aus, um die staatsanwaltschaftliche und gerichtliche Durchsetzungskraft bei der Untersuchung, Verfolgung und Aburteilung von Völkerrechtsverbrechen auszulösen. Im Gegensatz dazu wurde das deutsche „*System*“, wie wir in den vergangenen Jahren gesehen haben, erst dann aktiv und wichtig, als andere Bedingungen und Synergien ins Spiel kamen. So wurden die deutschen Justizbehörden institutionell in die Lage versetzt, bahnbrechende Fälle von schweren Völkerrechtsverbrechen zu untersuchen und zu entscheiden. „Warum Deutschland?“ Das sich ständig weiterentwickelnde und verbessernde deutsche System gibt eine umfassendere Antwort auf diese Frage.

Interessanterweise funktionieren die Komponenten des Systems als eine einheitliche Struktur und nicht als isolierte Einheiten. Wenn also eine Komponente gestärkt oder geschwächt wird, hat dies Auswirkungen auf die anderen Komponenten oder das gesamte System. Dieses Verständnis ist von entscheidender Bedeutung, insbesondere angesichts der bevorstehenden gesetzgeberischen Diskussion über die VStGB-Reformen im Jahr 2024. Die Autorin bezeichnet dieses *System* als das *deutsche System der Weltrechtspflege*. Wie bereits erwähnt, umfasst das deutsche System der Weltrechtspflege („das System“) acht Elemente: **1) einen soliden Rechtsrahmen; 2) finanzielle Mittel der Regierung und politische Unterstützung; 3) die Entwicklung von Präzedenzfällen, die eine Verantwortlichkeit begünstigen; 4) innovative Rechtsmittel, die von der Generalbundesanwaltschaft eingesetzt werden; 5) gemeinsame internationale Zusammenarbeit; 6) Prozessführung und Interessenvertretung durch zivilgesellschaftliche Organisationen; 7) engagierte Medienberichterstattung; und 8) unabhängige Justizbehörden.**

Abschnitt 6

Analyse des deutschen Systems der Weltrechtspflege

1. Solider rechtlicher Rahmen

1. Solider rechtlicher Rahmen

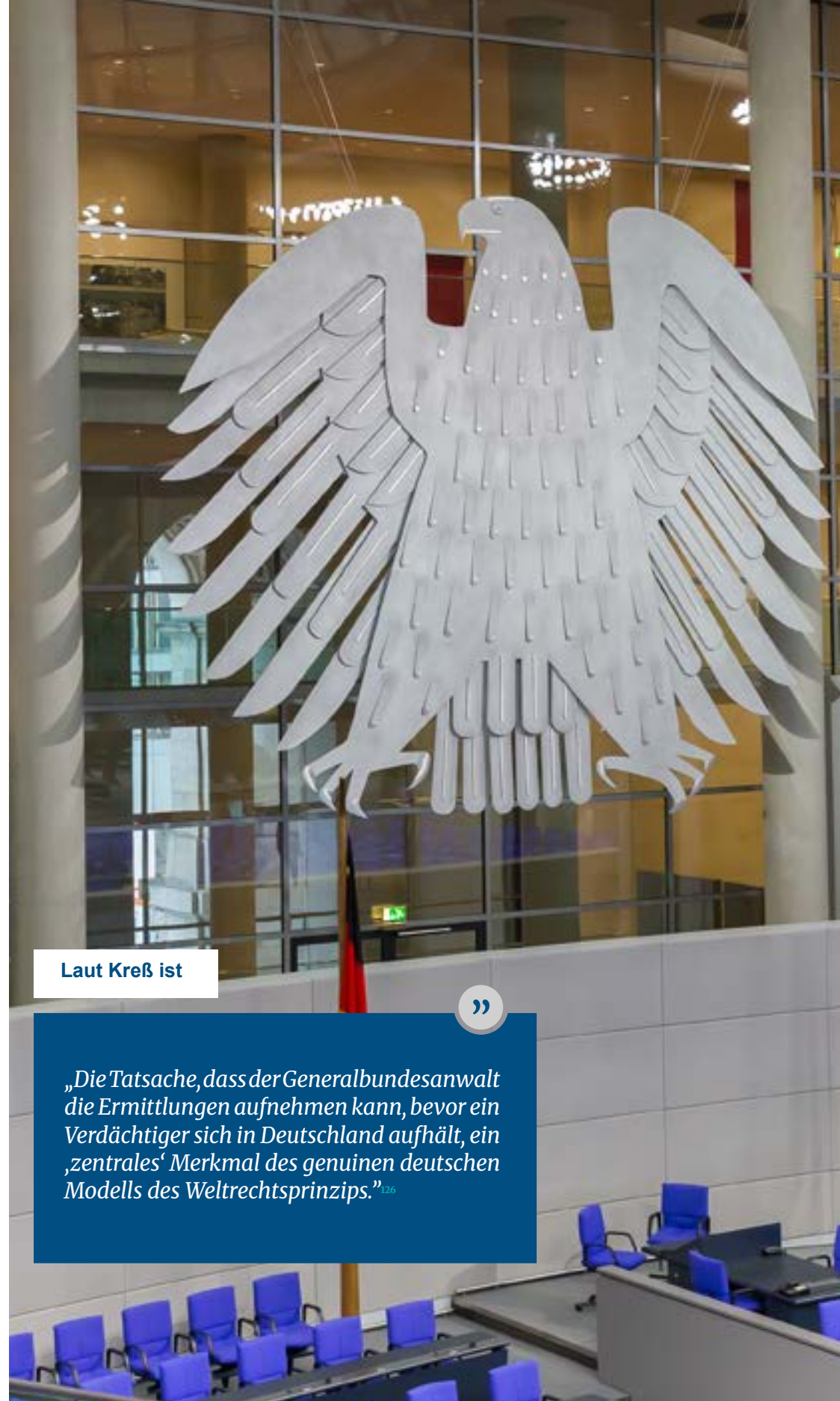
Die Befragten identifizierten eine wiederkehrende Variable, die für die effektive Ermittlung und Verfolgung internationaler Verbrechen in Deutschland verantwortlich ist. In Übereinstimmung mit dem Artikel der Washington Post war diese Variable die Verabschiedung des VStGB und die Änderungen des deutschen Strafgesetzbuches (StGB) und der Strafprozessordnung (StPO). Schüller und Geneuss waren sich einig: „Das Gesetz ist gut gemacht. Deutschland hat gute materiell- und verfahrensrechtliche Strukturen.“¹²³ Was macht den deutschen Rechtsrahmen solide? Deutschlands Ansatz zum Weltrechtsprinzip ist im Vergleich zu anderen europäischen Ländern bemerkenswert fortschrittlich.¹²⁴ Während einige Völkerrechtskonventionen auf Regelungen wie *aut dedere aut judicare* [entweder Auslieferung oder Strafverfolgung] basierten, die auch als Regime des Weltrechtsprinzips bezeichnet werden, unterscheiden sich diese vom *echten* Weltrechtsprinzip. Kreß erläuterte, dass das deutsche System aus verschiedenen Gründen als „genuin“ angesehen wird. Erstens ist das im VStGB enthaltene Weltrechtsprinzip nicht an einen Vertrag oder an die Unterzeichnung von Verträgen gekoppelt; es wird universell angewandt, d.h. unabhängig davon, wo das mutmaßliche Verbrechen stattgefunden hat. Zweitens ist es in der Hinsicht genuin, weil es nicht die Anwesenheit Verdächtiger erfordert, um Ermittlungen einzuleiten. Ein Vertrag verpflichtet normalerweise nur dann zur Ausübung der Gerichtsbarkeit, wenn Verdächtige sich im Inland befinden. Der Staat kann wählen, ob er den Fall intern weiterverfolgt oder Verdächtige ausliefert. Nach § 1 VStGB ist die Ausübung des Weltrechtsprinzips jedoch nicht von einem Vertrag oder vom inländischen Aufenthalt Verdächtiger abhängig.¹²⁵ Laut Kreß ist „die Tatsache, dass der Generalbundesanwalt die Ermittlungen aufnehmen kann, bevor ein Verdächtiger sich in Deutschland aufhält, ein ‚zentrales‘ Merkmal des genuinen deutschen Modells des Weltrechtsprinzips.“¹²⁶

¹²³ Schüller, Interview; Geneuss, Interview.

¹²⁴ Trial International hat zum Beispiel berichtet, dass der rechtliche Rahmen für die universelle Gerichtsbarkeit von Land zu Land unterschiedlich ist. Obwohl viele Länder die Anwendung der universellen Gerichtsbarkeit einschränken – z. B. auf die Anwesenheit des Täters innerhalb der Landesgrenzen – haben andere, wie Deutschland, flexiblere Standards angenommen. Siehe Jennifer Triscone, „Universal Jurisdiction, The Only Hope for Prosecuting International Crimes Committed in Syria“, Trial International, September 6, 2021.

¹²⁵ Kreß, Interview.

¹²⁶ Kreß, Interview.



Laut Kreß ist

„Die Tatsache, dass der Generalbundesanwalt die Ermittlungen aufnehmen kann, bevor ein Verdächtiger sich in Deutschland aufhält, ein ‚zentrales‘ Merkmal des genuinen deutschen Modells des Weltrechtsprinzips.“¹²⁶

Wie oben erläutert, bietet das VStGB den Gerichten einen rechtlichen Rahmen für Ermittlung und Verfolgung von Verbrechen nach dem Völkerrecht, einschließlich Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen. Wie Kreß feststellte, ähneln diese Verbrechen im Großen und Ganzen der Definition des Römischen Statuts; „es gibt Abschnitte, in denen das deutsche VStGB ein wenig weiter geht, weil wir der Meinung waren, dass das Statut das staatliche Völkergewohnheitsrecht nicht vollständig erfasst, und wir sind darüber hinausgegangen.“¹²⁷

Ähnlich äußerte sich Geneuss zu Deutschlands wichtigstem Beitrag zum Weltrechtsprinzip: „Wir haben eine umfassende Norm, die keinerlei Verbindung zu Deutschland erfordert. [...] Andere Staaten haben eine eingeschränktere Version des Weltrechtsprinzips. Sie sind zum Beispiel nur dann für die Untersuchung eines Verbrechens zuständig, wenn sich die Täterin oder der Täter in ihrem Land aufhält.“¹²⁸ Deutschlands weitreichenderes Verständnis des Weltrechtsprinzips macht das Rechtssystem des Landes zu einem zugänglichen Gerichtsstand für die Verfolgung von Völkerrechtsverbrechen. Das Gesetz allein hatte jedoch kaum unmittelbare Auswirkungen. Deutschland musste erst noch weitere Voraussetzungen schaffen, um seinen Ruf als unnachgiebiger Fürsprecher für die Opfer von Gräueltaten zu festigen. Die vorliegende Studie baut auf diesen Voraussetzungen auf.

¹²⁷ Kreß, Interview.

¹²⁸ Geneuss, Interview.

Abschnitt 6

Analyse des deutschen Systems der Weltrechtspflege

2. Finanzielle Mittel der Regierung und politische Unterstützung

2. Finanzielle Mittel der Regierung und politische Unterstützung

Deutsche Rechtsexpertinnen und -experten stimmen mit der *Washington Post* überein, dass der fortschrittliche Rechtsrahmen in Deutschland stark von den Ressourcen der Regierung und der politischen Unterstützung des Bundestags abhängt. In der Tat hat das Parlament 2019 eine kleine Anfrage gestellt. Die Bundesregierung erkannte daraufhin an, dass „Grundvoraussetzung für die Verfolgung von Völkerstraftaten insbesondere die Sicherstellung einer effektiven Arbeit des Generalbundesanwalts und des Bundeskriminalamts (BKA) ist. Dies erfordere vor allem eine angemessene Personalausstattung, Ausbildung und eine ständige Optimierung der Verfahrensabläufe, auch im Bereich der internationalen Rechtshilfe.“¹²⁹ Darüber hinaus räumte die Ständige Vertretung Deutschlands ein, dass „ein solider Rechtsrahmen eine staatliche Antwort [braucht], um ihn umzusetzen.“¹³⁰ In diesem Zusammenhang wies Husson auch auf die Führungsrolle Deutschlands bei der Verfolgung von in Syrien begangenen Verbrechen hin: „Deutschlands politische Reaktion ist ein Zeichen des Engagements für ein Ende der Straflosigkeit. Der Umfang der Ermittlungen, Strafverfolgungen und Gerichtsverfahren ist ein greifbares Ergebnis dieses Engagements. Deutschland ist das einzige Land, dessen Ressourcen dem Zweck des Weltrechtsprinzips entsprechen.“¹³¹

Mit mehr Klarheit über den Geltungsbereich und die Anwendung des VStGB setzte die Generalbundesanwaltschaft als zentraler Akteur bei der Verfolgung von Völkerstraftaten schrittweise eine Strategie um, die das Bekenntnis enthielt, dass Deutschland nicht zum Zufluchtsort für Straftäterinnen und Straftäter werden darf. In der Folge baute das Amt seine personellen und finanziellen Ressourcen erheblich aus.¹³² Dazu gehörten staatlich finanzierte Spezialeinheiten von Polizei und Staatsanwaltschaft, die sich mit internationalen Ermittlungen befassen. So umfasst die Stabsstelle für zentrale Aufgaben fünf Referate, darunter das Referat Völkerstrafrecht, das sich in die beiden Völkerstrafrechtsreferate S4 und S5 (Völkerstrafrecht I und II) untergliedert.¹³³ Ebenfalls im BKA angesiedelt ist die Zentralstelle für die Bekämpfung von Kriegsverbrechen und weiteren Straftaten nach dem Völkerstrafgesetzbuch (ZBKV). Die ZBKV sammelt und analysiert Informationen über diese Straftaten und legt dem Generalbundesanwalt die Beweise zur rechtlichen Bewertung und gegebenenfalls zur weiteren Verfolgung vor. Auch BKA und ZBKV folgen dem Grundsatz: „Deutschland darf kein sicherer Ort und Rückzugsraum für Täter von Völkerrechtsverbrechen sein, einer Straflosigkeit muss entgegengewirkt werden“. Wie Schüller und Silke Voss-Kyeck feststellten, haben Staatsanwältinnen und -anwälte und Polizei ab 2023 mehr Ressourcen, um Ermittlungen durchzuführen. „In den letzten 15 Jahren haben Staatsanwältinnen und -anwälte und Ermittlerinnen und Ermittler mehr Erfahrung und eine bessere Ausbildung in diesen Bereichen erhalten.“¹³⁴

»

„Deutschlands politische Reaktion ist ein Zeichen des Engagements für ein Ende der Straflosigkeit. Der Umfang der Ermittlungen, Strafverfolgungen und Gerichtsverfahren ist ein greifbares Ergebnis dieses Engagements. Deutschland ist das einzige Land, dessen Ressourcen dem Zweck des Weltrechtsprinzips entsprechen.“¹³¹

¹²⁹ BT-Drs. 19/12354. „Antwort der Bundesregierung, auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Katja Keul, Margarete Bause, Kai Gehring, weiterer Abgeordneter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.“

¹³⁰ Bemerkungen von Frau Bade von der Ständigen Vertretung Deutschlands bei den Vereinten Nationen; Handl, „Vorbemerkung zum deutschen Gesetz zur Einführung des Völkerstrafgesetzbuches“, 2003.

¹³¹ Husson, Interview.

¹³² Jeßberger, „Eine kurze Geschichte der Verfolgung völkerrechtlicher Verbrechen in Deutschland“, 8.

¹³³ Eingerichtet im Jahr 2009 bzw. im Oktober 2018. Siehe, GBA, 12. Februar 2020. Der Generalbundesanwalt, Organigramm, abgerufen am 11. Juni 2023, <https://www.generalbundesanwalt.de/EN/About-us/organigramm/Organigramm-node.html?sessionId=012EC2464D6A8C439D2C48ECE518E906.intranet671>

¹³⁴ Schüller, Interview; Silke Voss-Kyeck, Interview durch den Autor, Zoom, 2. November 2023.

Auch die Justiz hat auf diesen Trend reagiert. Richterin Bianca von Arnim vom OLG Frankfurt bestätigte ebenfalls, dass Oberlandesgerichte spezialisierte Einheiten für Völkerrechtsverbrechen – einschließlich des 5. Strafsenats des OLG Frankfurt am Main – eingerichtet haben und fügte hinzu, dass „der Bundesgerichtshof, als Revisionsgericht, ebenfalls eine Sonderabteilung für Völkerrechtsverbrechen eingerichtet [hat].“¹³⁵ Bei der Analyse, wie die deutschen Oberlandesgerichte zur Ausübung des Weltrechtsprinzips beitragen, müssen wir auch die ernsthafte, professionelle und sorgfältige Herangehensweise der Richterinnen und Richter an die Untersuchung von Fällen mit Bezug zum Weltrechtsprinzip berücksichtigen. Wie Richter Lafleur feststellte, „setzen sich diese Gerichte aus hochprofessionellen und erfahrenen Richterinnen und Richtern zusammen“.¹³⁶ Darüber hinaus haben die Koblenzer Fälle einen anspruchsvollen, aber noch nie dagewesenen juristischen Dialog zwischen den Richterinnen und Richtern der Oberlandesgerichte ausgelöst. So beschrieb Richter Lafleur die professionelle Zusammenarbeit zwischen Richterinnen und Richtern, die über gegen die Staatssicherheit gerichtete Straftaten (d.h. Terrorismus oder Spionage) entscheiden, und denen, die über Völkerrechtsstraftaten an den Oberlandesgerichten urteilen, und betonte, dass die Mitglieder der Kammern regelmäßig zusammenarbeiten. „Wenn eine dieser Kammern ein Urteil zu einem bestimmten Fall fällt, schickt sie eine anonymisierte Kopie an die anderen Oberlandesgerichte zur Prüfung. Es findet ein reger Informationsaustausch über Rechtsfragen statt“, erklärte er.¹³⁷ Er betonte außerdem, wie sowohl der Bundesgerichtshof als auch die Oberlandesgerichte den Wissensaustausch fördern: „Der Bundesgerichtshof veranstaltet in der Regel einmal im Jahr eine Tagung und trifft sich mit den Richterinnen und Richtern der Oberlandesgerichte, um aktuelle Rechtsthemen zu diskutieren.“ Die Deutsche Richterakademie veranstaltet Tagungen zu Fragen der Staatssicherheit und zu Völkerrechtsstraftaten. In der Regel findet einmal im Jahr eine Tagung statt, bei der sich Bundesrichterinnen und -richter mit Richterinnen und Richtern der Oberlandesgerichte treffen, um über aktuelle Rechtsfragen zu diskutieren. Die Richterinnen und Richter der Oberlandesgerichte treffen sich einmal im Jahr in einem anderen Bundesland, um die neuesten Entwicklungen im Bereich der Völkerrechtsstraftaten und der Staatssicherheit zu erörtern.¹³⁸ „Die Richterinnen und Richter sind in der Regel sehr daran interessiert, sich über die neuesten Entwicklungen zu informieren. [...] Wir sind alle daran interessiert, uns fortzubilden“, betonte er.¹³⁹

Richter Hohoff teilt die Ansicht von Richter Lafleur und betonte die Bedeutung dieses jährlichen Treffens als weiteres institutionelles Instrument zur Diskussion und zum Studium neuer Entwicklungen und der Rechtsprechung des IStGH, des Bundesgerichtshofs und des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) und Ruanda (ICTR).¹⁴⁰ Im Namen der Koblenzer Richterschaft sagte Richter Diesel: „Das für die Richterausbildung zuständige Justizministerium bietet eine Vielzahl von juristischen Fortbildungen für Richterinnen und Richter an, nicht nur zum Weltrechtsprinzip, sondern auch zu anderen relevanten Bereichen des Völkerstrafrechts.“¹⁴¹

¹³⁵ Richterin Bianca Von Arnim, Interview.

¹³⁶ Ebd.

¹³⁷ Ebd.

¹³⁸ Richterin Ute Hohoff, Interview.

¹³⁹ Ebd.

¹⁴⁰ Richterin Corinna Diesel, Interview mit der Autorin, Zoom, 16. November 2023.

¹⁴¹ Richter Laurent Lafleur, Interview.



The German Parliament (Deutscher Bundestag)
@iStock

2020 informierte die Ständige Vertretung den Sechsten Ausschuss darüber, dass die Generalbundesanwaltschaft seit 2002 die Zahl der Staatsanwältinnen und -anwälte in Terrorismusfällen erhöht hat und dass die Staatsanwältinnen und -anwälte zu Informations- und Schulungszwecken aktiv mit internationalen Netzwerken kommunizieren.¹⁴² Insbesondere nehmen ZBKV-Mitarbeiter im BKA an nationalen und internationalen Schulungsprogrammen u.a. mit Interpol und Europol (in Zusammenarbeit mit dem IStGH) teil.¹⁴³

Auch wenn der rechtliche Rahmen in Deutschland wichtig ist, ging es bei diesen Bemühungen nicht nur darum, die Gesetze zu ändern, sondern auch darum, den Behörden die Mittel an die Hand zu geben, um die Straftaten zu untersuchen. Die politische Bereitschaft sei dafür unerlässlich. Julia Geneuss unterstützt diese These und wies auf einen weiteren wichtigen Aspekt hin: Die Bereitschaft und Fähigkeit Deutschlands, diese Fälle zu verfolgen, zumindest zum jetzigen Zeitpunkt. Geneuss erklärte, dass „der Generalbundesanwalt über verschiedene Abteilungen verfügt, deren Mitglieder für die Ermittlung und Verfolgung dieser Verbrechen zuständig sind. Das Gleiche gilt für die Bundespolizei. Es gibt finanzielle Mittel und gut ausgebildete Fachleute, die diese Arbeit machen. Diese Faktoren sind in anderen Staaten nicht immer vorhanden. Manchmal haben die Staaten zwar den rechtlichen Rahmen, aber es fehlen ihnen die finanziellen Mittel, um diese Ermittlungen durchzuführen.“¹⁴⁴ Roger Phillips bestätigte die Einschätzung von Geneuss aufgrund seiner grenzüberschreitenden Erfahrung und fügte hinzu, dass einige Staaten die Verfolgung dieser Verbrechen bereitwillig den Ländern überlassen, die die Führung übernehmen wollen: „Einige Staaten folgen und unterstützen, aber führen nicht. Deutschland übernimmt die Führung.“¹⁴⁵

Diese politische Unterstützung deutet auf ein Engagement für die Weiterentwicklung des Völkerstrafrechts im eigenen Land hin. So hat sich das deutsche Justizministerium kürzlich erneut dafür eingesetzt, Lücken in der strafrechtlichen Verantwortlichkeit zu schließen und die Rechte der Opfer zu stärken: „Egal ob in Buka, in Damaskus oder anderswo – überall muss gelten: Wenn die Waffen sprechen, schweigt das Gesetz nicht.“¹⁴⁶ Seit 2017 hat die GBA Ermittlungen zu Verbrechen in Syrien, der Elfenbeinküste, Gambia, dem Südsudan, der Demokratischen Republik Kongo, Irak, Nigeria, Afghanistan, Mali, Sri Lanka, Kamerun, Somalia, Armenien, der Russischen Föderation (Tschetschenien), Pakistan, der Ukraine, der Zentralafrikanischen Republik und dem Sudan eingeleitet.¹⁴⁷ Im Jahr 2002 reagierte der Generalbundesanwalt Peter Frank auf die nationalen und internationalen Forderungen, in Krisenfällen mit mutmaßlich kriminellen Handlungen einzugreifen, indem er die institutionellen Kapazitäten ausbaute. Er kündigte außerdem an, dass zwei Abteilungen der Generalbundesanwaltschaft bereits in diesen Angelegenheiten tätig seien. In der Folge bewilligte der Bundestag die Mittel für zwei neue Abteilungen mit jeweils neun Stellen, um in der Ukraine begangene Völkerrechtsstraftaten zu untersuchen.¹⁴⁸

¹⁴² Bemerkungen von Frau Bade von der Ständigen Vertretung Deutschlands bei den Vereinten Nationen; Handl, „Vorbemerkung zum Gesetz zur Einführung des Völkerstrafgesetzbuches“, 2003.

¹⁴³ Für weitere Informationen zu Ausbildungsprogrammen siehe BT-Drs. 19/12354. „Antwort der Bundesregierung, auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Katja Keul, Margarete Bause, Kai Gehring, weiterer Abgeordneter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.“

¹⁴⁴ Geneuss, Interview.

¹⁴⁵ Phillips, Interview.

¹⁴⁶ Marco Buschmann, „Fortentwicklung des Völkerstrafrechts: Bundesjustizminister legt Vorschläge vor“, Bundesministerium der Justiz, 23. Februar 2023, abgerufen am 20. November 2023 https://www.bmj.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2023/0223_VStGB.html.

¹⁴⁷ BT-Drs. 19/12354. „Antwort der Bundesregierung“.

¹⁴⁸ Ferber, „Generalstaatsanwalt aus Karlsruhe: ‚Deutschland darf kein sicherer Hafen für Kriegsverbrecher werden‘“; Lana Kampf, „Was deutsche Ermittler in Putins Krieg ausrichten können“, Süddeutsche Zeitung, 12. Juli 2022, Zugriff am 25. August 2023, <https://www.sueddeutsche.de/politik/ukraine-russische-kriegsverbrechen-generalbundesanwalt-1.5543675>

Abschnitt 6

Analyse des deutschen Systems der Weltrechtspflege

3. Präzedenzfälle zugunsten der Verantwortlichkeit

3. Präzedenzfälle zugunsten der Verantwortlichkeit

a. Verzicht auf die Doktrin der “legitimierenden Verbindung”

Obwohl die deutschen Oberlandesgerichte nach dem Weltrechtsprinzip zuständig sind, trug auch der Bundesgerichtshof (BGH) zum deutschen *System* bei, indem er eine langjährige Rechtsprechung aufgab, der eine „legitimierende Verbindung“ zwischen dem Verbrechen und Deutschland forderte. Die Änderung dieser Rechtsprechung zugunsten der Verantwortlichkeit ist somit ein weiterer wesentlicher Bestandteil des deutschen *Systems*. Während das deutsche Strafgesetzbuch den deutschen Gerichten die Zuständigkeit für das Verbrechen des Völkermordes unabhängig davon zuerkannte, ob eine legitimierende Verbindung bestand, ermächtigte das VStGB nach dem Weltrechtsprinzip auch dann die Zuständigkeit auszuüben, wenn die *Straftat anderswo begangen wurde und keinen Bezug zu Deutschland aufweist* [Hervorhebungen hinzugefügt].

Der BGH hat also seine Rechtsprechung weiterentwickelt, um die Ausübung des Weltrechtsprinzips zu erweitern. Dies war jedoch nicht immer der Fall. Früher verfolgte er einen restriktiveren Ansatz, was zeigt, dass sich die Einstellung der Justiz erheblich zugunsten der Verantwortlichkeit für Völkerrechtsverbrechen geändert hat. Der BGH hat Mitte der 70er und in den 90er Jahren eine Reihe von Entscheidungen getroffen, die wichtige Entwicklungen im Bereich der extraterritorialen Zuständigkeit und des Nichteinmischungsprinzips belegen.¹⁴⁹ Diese Entscheidungen zeigen den schrittweisen Wandel von einem verfestigten und engen Ansatz hin zur vollständigen Aufgabe der Doktrin der „legitimierenden Verbindung“ zugunsten der innerstaatlichen Verantwortlichkeit in Bezug auf die Begehung von Völkerrechtsverbrechen.¹⁵⁰

¹⁴⁹ Der BGH löste mit seinen Urteilen aus den Jahren 1976, 1994, 1997, 1999, 1998 und 1999 eine erhebliche Debatte aus.

¹⁵⁰ Der Verfasser stützte sich auf die englischen Übersetzungen in Reydam's, *Universal Jurisdiction: International and Municipal Legal Perspectives*, 141-157.



German Federal Court of Justice.
@Shutterstock

Der Fall Dost

Am 20. Oktober 1976 entschied der BGH den Fall Dost. Dost, ein niederländischer Staatsangehöriger, wurde verhaftet, strafrechtlich verfolgt und verurteilt, weil er Drogen an deutsche Jugendliche vertrieben hatte, die sie im Land konsumierten oder verkauften. Obwohl Dost gegen die Verurteilung Berufung einlegte, wurden in dieser Entscheidung die Grenzen der staatlichen Gerichtsbarkeit weiter gefasst. Neben anderen Argumenten neigte das Gericht dazu, „die These zu akzeptieren, dass jede Ausdehnung der staatlichen Strafgerichtsbarkeit auf von Ausländerinnen und Ausländern im Ausland begangene Straftaten *das Vorhandensein irgendeines Faktors erfordert, der eine Verbindung zwischen dem Fall und dem Gerichtsstand herstellt* und eine rechtfertigende Grundlage für die Ausübung der Gerichtsbarkeit darstellt [Hervorhebung hinzugefügt]“. Die Entscheidung löste eine Debatte aus, als das Gericht bekräftigte, dass „ein Land das Weltrechtsprinzip auch dann ausüben kann, wenn es keine eindeutigen völkerrechtlichen Kriterien für die Bestimmung des Gewichts gibt, die diesen Faktoren beizumessen ist.“ Das Gericht bekräftigte auch, dass deutsche Behörden das Weltrechtsprinzip nicht willkürlich ausüben dürfen und dass dies eine legitimierende Verbindung zwischen den Foren erfordert.¹⁵¹

¹⁵¹ Bundesgerichtshof, 20. Oktober 1976.

Der Fall Tadić

In den 90er Jahren entschied der BGH mehrere Fälle im Zusammenhang mit Krieg und ethnischer Gewalt im ehemaligen Jugoslawien. Ein Urteil war die Entscheidung im Fall Tadić.¹⁵² Ähnlich wie bei den jüngsten Ereignissen nahm Deutschland zu dieser Zeit bosnische Flüchtlinge auf, die vor diesem Konflikt flohen. Im Jahr 1992 wurde Tadić, ein bosnischer Flüchtling, beschuldigt, an Brutalitäten gegen muslimische Gefangene in serbischen Konzentrationslagern beteiligt gewesen zu sein. Tadić wurde schließlich wegen Beihilfe zum Völkermord, Mord und schwerer Körperverletzung angeklagt. Das Gericht begründete dies damit, dass „deutsches Recht auf im Ausland begangenen Völkermord unabhängig vom Recht des Territorialstaates anwendbar ist (sog. Weltrechtsprinzip). [...] *Das Völkerrecht verbietet dies nicht und es besteht ein legitimierender Zusammenhang im konkreten Fall.*“ [Hervorhebung hinzugefügt] Ohne diese Verbindung, so das Gericht, verstoße der Gerichtsstaat gegen das Prinzip der Nichteinmischung, der die Staaten verpflichtet, die Souveränität der anderen Staaten zu respektieren. Der freiwillige mehrmonatige Aufenthalt von Tadić in Deutschland, die Einrichtung seines Interessenschwerpunkts in diesem Land *und seine Verhaftung in Deutschland stellen eine Verbindung dar* [Hervorhebung hinzugefügt].

Der Fall Djajic

Im Jahr 1997 entschied der BGH einen weiteren Fall mit Bosnien-Bezug: den Fall Djajic.¹⁵³ Djajic, der nach Deutschland gekommen war und sich dort mehrere Jahre lang aufgehalten hatte, wurde ebenfalls verhaftet und wegen Völkermordes, Mordes und Geiselnahme in Bosnien angeklagt. Der ICTY und die bosnischen Behörden weigerten sich, über das Verfahren zu entscheiden. Mit einer ähnlichen Begründung wie im Fall Tadić bekräftigte das Gericht, dass völkerrechtliche Erwägungen zwar wichtig sind, aber die Tatsache, dass die Verfolgung eines Ausländers wegen im Ausland begangener Verbrechen auch einem Interesse des Wohnsitzstaates dient, ebenfalls berücksichtigt werden muss. Dem Gericht war bekannt, dass der ICTY und der zuständige Territorialstaat sich nicht an dem Verfahren beteiligen wollten. Das Gerichtsurteil war insbesondere richtungsweisend für das künftige Ansehen Deutschlands in der Welt und lautete: „Deutschland hat ein Interesse daran, von der internationalen Gemeinschaft nicht als Zufluchtsort für Völkerrechtsverbrechen wahrgenommen zu werden.“¹⁵⁴

¹⁵² Ibid., 13. Februar 1994.

¹⁵³ Ibid., 23. Mai 1997.

¹⁵⁴ Reydam's, *Universal Jurisdiction: Internationale und kommunale Rechtsperspektiven*, 141-157.

„X gegen SB und DB“ und der Fall Jorgić

Im Dezember 1998, nachdem Deutschland das Römische Statut unterzeichnet hatte, bestätigte der BGH seine Doktrin der legitimierenden Verbindung und entschied über zwei weitere Fälle.¹⁵⁵ Im Fall *X gegen SB und DB* zeigten nicht identifizierte bosnische Flüchtlinge SB und DB an.¹⁵⁶ Die Anwesenheit der Angeklagten in Deutschland wurde jedoch nicht angegeben. Das Verfahren wurde eingestellt, da kein Anknüpfungspunkt hergestellt werden konnte (legitime Verbindung). Das Gericht wiederholte seine frühere Argumentation und stellte fest, dass die Souveränität anderer Staaten ohne einen sinnvollen Anknüpfungspunkt kaum gewährleistet werden könne. So begründeten die Richterinnen und Richter, dass die bloße Anwesenheit des Opfers einer Straftat keine geeignete Grundlage für die Ausübung der deutschen Gerichtsbarkeit sei, da sie in keinem Zusammenhang mit der Straftat und dem Täter stehe. Auch im Fall Jorgić aus dem Jahr 1992 kehrte ein viele Jahre in Deutschland Lebender während des Krieges in das ehemalige Jugoslawien zurück.¹⁵⁷ Nach seiner Rückkehr nach Deutschland wurde er verhaftet und wegen Völkermordes an bosnischen Muslimen angeklagt. Der Internationale Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien und die bosnischen Behörden weigerten sich erneut, den Fall anzunehmen. Das OLG Düsseldorf befand Jorgić des Völkermordes schuldig. Der Angeklagte legte gegen das Urteil Revision ein und machte geltend, dass das Weltrechtsprinzip nicht mit der Genfer Konvention vereinbar sei. Der BGH entschied diesen Fall unter Bezugnahme auf die im Fall Tadić entwickelte Lehre von der legitimierenden Verbindung. Unter anderem stellte der BGH fest, dass das Weltrechtsprinzip für bestimmte Handlungen gilt, die die Rechtsgüter der internationalen Gemeinschaft gefährden. Das Gericht unterschied dieses Prinzip auch vom Repräsentationsprinzip insofern, das keine doppelte Strafbarkeit und keine Auslieferung vorausgesetzt sind.

Der Fall Sokolović

Am 29. November 1999, ein Jahr vor der Ratifizierung des Römischen Statuts durch Deutschland und im selben Jahr, in dem die Ausarbeitung des VStGB begann, entschied der BGH über den Fall Sokolović. Dieser Fall stand ebenfalls im Zusammenhang mit dem Krieg im ehemaligen Jugoslawien, und der Angeklagte wurde des Völkermordes in Tateinheit mit schwerer Körperverletzung für schuldig befunden. Der BGH bestätigte die Verurteilung. Der weitreichendste Beitrag des Falles bestand jedoch darin, dass die Richterinnen und Richter letztlich die Doktrin des legitimierenden Zusammenhangs aufgaben. In der Urteilsbegründung heißt es: **„Das Gericht neigt zu der Auffassung, dass solche zusätzlichen Legitimationszusammenhänge nicht notwendig sind, [...] wenn Deutschland in Erfüllung einer völkerrechtlich verbindlichen Verpflichtung, die auf internationalen Übereinkommen beruht, eine extraterritoriale Straftat von Ausländern gegen Ausländer verfolgt und nach deutschem Recht bestraft, kann eine Verletzung des Nichteinmischungsgrundsatzes kaum behauptet werden [Hervorhebung hinzugefügt].“**

Vor *Sokolović* stieß die Lehre von der legitimierenden Verbindung auf große Kritik in der deutschen Wissenschaft. Reydamas beschreibt einen konkurrierenden Diskurs zwischen der alten und der neuen Schule des deutschen Völkerstrafrechts, wie er es nennt.¹⁵⁸ Die neue Schule, bestehend aus einer jüngeren Generation von Rechtsgelehrten, vertrat demgegenüber die Auffassung, dass das Fehlen eines legitimierenden Zusammenhangs keine rechtswidrige Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Territorialstaates darstelle. Die Auffassung der neuen Schule setzte sich schließlich in der Rechtsprechung des BGH durch und wurde erfolgreich in das VStGB übernommen.

¹⁵⁵ Deutschland hat das Römische Statut am 10. Dezember 1998 unterzeichnet.

¹⁵⁶ Bundesgerichtshof, 11. Dezember 1998.

¹⁵⁷ Ebd.

¹⁵⁸ Reydamas, *Universal Jurisdiction: Internationale und kommunale Rechtsperspektiven*, 156.

b. Nichtanwendung des Grundsatzes der funktionalen Immunität

Nach *Sokolović* gab es weitere wichtige gerichtliche Entwicklungen. Stefanie Bock beobachte, dass ein weiteres Urteil des BGH wesentlich zur Entwicklung der Völkerstrafrechtsnormen in Bezug auf den Grundsatz der funktionalen Immunität beigetragen hat.¹⁵⁹ In einer seltenen gerichtlichen Praxis entschied der BGH, sich von Amts wegen mit einer der aktuellsten Fragen des nationalen Rechts und Völkerrechts zu befassen: Die Anwendung oder vielmehr die Nichtanwendung des Grundsatzes der funktionalen Immunität.¹⁶⁰ Nach klassischem Völkergewohnheitsrecht hindert die funktionale Immunität inländische Gerichte und Staatsanwälte daran, die Gerichtsbarkeit über (ehemalige) ausländische Staatsbedienstete für Handlungen auszuüben, die sie in ihrer amtlichen Eigenschaft begangen haben.¹⁶¹ Für die innerstaatliche Durchsetzung des Völkerstrafrechts durch die Ausübung des Weltrechtsprinzips ist es von größter Bedeutung, ob diese klassische Regel auch in innerstaatlichen Verfahren für völkerrechtliche Straftaten gilt, da solche Straftaten sehr häufig von Staatsbeamtinnen und -beamten begangen werden. Diese Rechtsfrage hat durch den Entwurf der Internationalen Rechtskommission (ILC) zu Artikel 7, der besagt, dass „funktionale Immunität unter anderem nicht für Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen gilt“, zusätzliche Aufmerksamkeit erregt. Wie Jeßberger beschrieb, ist der Wortlaut dieser Bestimmung innerhalb und außerhalb der ILC nach wie vor umstritten, wenn es um die Frage geht, ob Staatsbeamtinnen und -beamte Immunität genießen, wenn es um die Verfolgung von Verbrechen nach dem Völkerrecht geht.¹⁶²

Diese juristische Debatte erreichte jedoch schließlich den BGH: Nach einer erstinstanzlichen Entscheidung des OLG München befasste sich der BGH mit dem Fall des Leutnants Lomri Baridman von der Afghan National Army (ANA). Baridman, der 2015 aus Afghanistan nach Deutschland geflohen war, zwang drei mutmaßliche Taliban-Mitglieder zur Preisgabe von geheimen Aufenthaltsorten von Personen und Waffen und setzte sie extremer körperlicher Gewalt aus. In der Anklageschrift argumentierte der Generalbundesanwalt, dass sein Verhalten den Tatbestand der Folter (wie im VStGB kodifiziert) und der schweren Erniedrigung und Entwürdigung einer durch das humanitäre Völkerrecht geschützten Person erfülle. Das OLG verurteilte den Angeklagten zwar zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren, kam aber auch zum Ergebnis, dass das Verhalten des Angeklagten nicht als Kriegsverbrechen der Folter, sondern „nur“ als gewöhnliches Verbrechen der gefährlichen Körperverletzung und Nötigung nach dem Strafgesetzbuch (StGB) zu qualifizieren sei. Der Generalbundesanwalt und der Angeklagte legten gegen das Urteil Revision beim BGH ein. Am 28. Januar 2021 stellte der BGH fest, dass der Angeklagte keine Immunität für seine Straftaten genießt, *unabhängig* davon, ob er sie *in* Ausübung seines Amtes für den Staat Afghanistan begangen hat. [Hervorhebung hinzugefügt].

¹⁵⁹ Az. 3 StR 564/19; Stefanie Bock, Interview mit der Autorin, Zoom, 30. Oktober 2023.

¹⁶⁰ Claus Krefß, „Zur funktionalen Immunität ausländischer Beamter und völkerrechtlicher Verbrechen: Das Urteil des deutschen Bundesgerichtshofs vom 28. Januar 2021“, *Just Security*, 21. März 2021.

¹⁶¹ Aziz Epik, „No Functional Immunity for Crimes under International Law before Foreign Domestic Courts: An Unequivocal Message from the German Federal Court of Justice“, *Journal of International Criminal Justice* 19, no. 5 (November 2021), 1263–1281, abgerufen am 9. September 2023, <https://doi.org/10.1093/jicj/mqab071>.

¹⁶² Florian Jeßberger, Interview mit der Autorin, Zoom, September 15, 2023.



Bundesverfassungsgericht Karlsruhe, Baden-Württemberg, Deutschland
@Alamy Stock Photo

Dieses Urteil wurde aus verschiedenen Gründen zu einer wegweisenden Entscheidung: Erstens ist die Entscheidung des BGH, sich von Amts wegen mit der Frage der funktionalen Immunität zu befassen, bemerkenswert. Im Anschluss an das bahnbrechende Nürnberger Urteil von 1946 hatte der BGH entschieden, dass die funktionale Immunität in Strafverfahren wegen völkerrechtlicher Verbrechen nicht anwendbar ist. Im Vorgriff auf künftige Urteile wurde diese Grundsatzentscheidung *ein Jahr* vor dem Koblenzer Urteil gefällt.¹⁶³ Ein zweiter wichtiger Beitrag ist der ausgefeilte Dialog, der sich zwischen dem BGH und der Generalbundesanwaltschaft entwickelt hat. Dieser Dialog ist insofern einzigartig, als er sich außerhalb des typischen streitigen Rahmens eines Gerichtsverfahrens entwickelte. Stattdessen unterhielten sich Richterinnen und Richter und Staatsanwältinnen und -anwälte als Architekten des in dieser Studie beschriebenen *Systems*. Dieser Dialog erreichte seinen Höhepunkt, als die BGH-Richter in öffentlicher Sitzung mit Christoph Barthe, einem Oberstaatsanwalt, über die Frage berieten, ob bei völkerrechtlichen Straftaten funktionale Immunität (Immunität *ratio materiae*) besteht.¹⁶⁴ Bock beschrieb, wie die BGH-Richter von den üblichen gerichtlichen Abläufen abwichen, indem sie einen weiteren Termin zur mündlichen Verhandlung anberaumt haben, um Fragen, die von den Parteien *nicht* vorgetragen wurden, zu diskutieren: Enthält das Völkergewohnheitsrecht Vorschriften, die es den nationalen Gerichten verwehren, die Strafgerichtsbarkeit gegen ehemalige Staatsbedienstete wegen völkerrechtlicher Verbrechen auszuüben?¹⁶⁵



*Bock beschrieb, wie die BGH-Richter von den üblichen gerichtlichen Abläufen abwichen, indem sie einen weiteren Termin zur mündlichen Verhandlung anberaumt haben, um Fragen, die von den Parteien nicht vorgetragen wurden, zu diskutieren: Enthält das Völkergewohnheitsrecht Vorschriften, die es den nationalen Gerichten verwehren, die Strafgerichtsbarkeit gegen ehemalige Staatsbedienstete wegen völkerrechtlicher Verbrechen auszuüben?*¹⁶⁵

Im Rahmen dieses Dialogs vertrat Generalbundesanwalt Frank die Auffassung, dass nach dem Völkerrecht die funktionale Immunität in ausländischen und Völkerstrafverfahren wegen Verbrechen nicht gilt, unabhängig vom Rang des Staatsbeamten.¹⁶⁶ Frank untermauerte dies mit einer detaillierten historischen Analyse der funktionalen Immunität und ihrer Entwicklung, beginnend mit der rechtlichen Begründung des Nürnberger Urteils von 1946 und dem vom Obersten Gerichtshof Israels entschiedenen Fall Adolf Eichmann bis hin zu staatlichen Praktiken und ihrer als Recht akzeptierten *opinio iuris*.¹⁶⁷ Der BGH spiegelte Franks Ausführungen weitgehend wider, war jedoch hinsichtlich der relevanten Verbrechen und Staatsbeamtinnen und -beamten zurückhaltend, da er seine eigentliche Entscheidung auf Kriegsverbrechen beschränkte, die von untergeordneten Staatsbeamtinnen und -beamten begangen wurden. Die dazugehörige Argumentation hat jedoch eindeutig größeres Potenzial: Nach einer langen Diskussion bestätigten die deutschen Richterinnen und Richter, dass Staatsbedienstete in Strafverfahren wegen völkerrechtlicher Verbrechen keine funktionale Immunität genießen, eine Position, die die deutsche Regierung auf internationaler Ebene noch nicht vollständig übernommen hat.¹⁶⁸

¹⁶³ Epik, „Keine funktionale Immunität“, 1263–1281.

¹⁶⁴ Kreß, „Funktionale Immunität ausländischer Staatsbeamter vor nationalen Gerichten“.

¹⁶⁵ Stefanie Bock, Interview.

¹⁶⁶ Peter Frank und Christoph Barthe, „Immunity of Foreign State Officials Before National Courts. A Stress Test for Modern International Criminal Law,” *Journal of International Criminal Justice* 19, no. 3 (Juli 2021), 697–716, abgerufen am 9. September 2023, <https://doi.org/10.1093/jicj/mqab042>

¹⁶⁷ Ebd.

¹⁶⁸ Kreß, „Functional Immunity of Foreign State Officials Before National Courts“; in ihren jüngsten Stellungnahmen an die ILC erklärte die deutsche Regierung, dass die Nichtanwendbarkeit der funktionalen Immunität in Verfahren wegen „schwerster Völkerrechtsverbrechen“ als „Norm des Völkergewohnheitsrechts „in statu nascendi“ angesehen werden könnte; siehe Kommentare und Anmerkungen der Bundesrepublik Deutschland zu den Artikelentwürfen über die Bedeutung, die diesen Faktoren beizumessen ist „Immunity of State officials from foreign criminal jurisdiction“, November 2023, Absatz 7; https://legal.un.org/ilc/sessions/75/pdfs/english/iso_germany.pdf.

c. Urteil zum gleichberechtigten Zugang zu Gerichtsverfahren

Diese Studie hebt auch das *Bundesverfassungsgericht* (BVerfG) hervor: Deutschlands höchstes Gericht trägt ebenfalls zur Förderung der Verantwortlichkeit und Transparenz der Justiz in Gerichtsverfahren nach dem Weltrechtsprinzip bei. Der Fall ergab sich aus dem Koblenzer Prozess und dem Ersuchen eines Rechtsbeistands, um Zugang zu Übersetzungen von Gerichtsverfahren zu bekommen. Die Gerichtssprache ist natürlich Deutsch. Daher werden die Verfahren auf Deutsch geführt, und die Ergebnisse der Gerichtsverfahren, einschließlich der Pressemitteilungen über Festnahmen, Anklagen und Urteile, werden häufig ausschließlich auf Deutsch veröffentlicht. Das Europäische Zentrum für Verfassungs- und Menschenrechte (ECCHR) weist jedoch auf eine bemerkenswerte Ausnahme hin: Die Pressemitteilung des OLG Koblenz zur Urteilsverkündung wurde auf Deutsch, Englisch und Arabisch veröffentlicht. Obwohl dies untypisch war, hat die Transparenzpolitik der Oberlandesgerichte bei internationalen Verfahren zu Diskussionen und sogar Rechtsstreitigkeiten geführt. So stellte das ECCHR beispielsweise fest, dass die Protokolle der Zeugenaussagen fehlten und nicht die vorgesehenen Adressaten erreichten, und reichte beim Koblenzer Gericht zwei Anträge ein. Die Anträge, die die Forderungen der ausländischen syrischen Prozessbeobachter unterstützten, erreichten das Bundesverfassungsgericht. In einem anderen Fall ging es um einen Prozess, bei dem die Klägerinnen und Kläger und der Angeklagte eine Übersetzung erhielten. Das in den Vereinigten Staaten ansässige Syria Justice and Accountability Centre beantragte Zugang zu dieser Übersetzung, was das Oberlandesgericht jedoch ablehnte. Gegen diese Entscheidung wurde Berufung eingelegt, und der Fall gelangte vor das BVerfG. Das BVerfG verpflichtete das Gericht, den syrischen Journalisten Zugang zu der Übersetzung zu gewähren.¹⁶⁹ Ein Auszug aus dem Urteil verdient ein längeres Zitat:

„Die Kammer bekräftigt, dass das Grundrecht der Pressefreiheit Medienvertretern einen Anspruch auf gleichberechtigten und reellen Zugang zu Gerichtsverhandlungen zum Zweck der Berichterstattung verschafft. Es ist nicht auszuschließen, dass dieser Anspruch unter besonderen Umständen auch ein Recht auf Zulassung von Hilfsmitteln einschließt, die benötigt werden, um sich die Inhalte des Prozessgeschehens tatsächlich zu erschließen. Angesichts dessen gebietet eine Folgenabwägung in Anbetracht des besonderen Interesses gerade syrischer Medien und der von ihnen informierten Öffentlichkeit an dem vorliegenden Strafverfahren den Erlass der beantragten einstweiligen Anordnung.“¹⁷⁰

„Dies gilt umso mehr angesichts des von den Beschwerdeführern betonten Umstands, dass die Bundesrepublik hier eine Gerichtszuständigkeit für sich beansprucht, die nach allgemeinen Grundsätzen nicht bestünde, sondern die gerade dem besonderen, die internationale Gemeinschaft als Ganze berührenden Charakter der infrage stehenden Straftaten geschuldet ist.“¹⁷¹



Koblenz, Deutschland, 23. April 2020. Die Plätze zwischen Journalist:innen im Gerichtssaal des Oberlandesgerichts, die aufgrund der Corona-Pandemie gesperrt sind, sind mit Zetteln markiert.
@Thomas Lohnes/AFP Pool/dpa/Alamy Live News

¹⁶⁹ 1 BvR 1918/20 (18. August 2020); Bundesverfassungsgericht, „Syrien-Folterprozess“ – Eilantrag syrischer Journalisten auf Genehmigung von Hilfsmitteln für die Übersetzung ins Arabische erfolgreich, Pressemitteilung Nr. 79/2020, 20. August 2020, abgerufen am 19. Oktober 2023 <https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2020/bvg20-079.html>

¹⁷⁰ Ebd.

¹⁷¹ Ibid., para. 11.

Phillips bezeichnete dieses Urteil als einen bedeutenden juristischen Fortschritt zugunsten von Verantwortlichkeit und Transparenz. Abgesehen davon, dass syrische Journalisten und internationale Medien Zugang zu der Übersetzung erhalten, meinte Phillips auch: „Das Urteil steht für die Aussage, dass diese Prozesse internationale Bedeutung haben und die Opfer, die von diesen Gräueltaten betroffen waren, Zugang zu ihnen haben sollten.“

Ein weiteres Anliegen ist die Dokumentation von Prozessen nach dem Weltrechtsprinzip. Das Tahir-Institut für den Nahen Osten beantragte, dass das OLG Koblenz die Schlussphase des historischen Prozesses aufzeichnet und mitschneidet.¹⁷² Ein Antragssteller, Florian Jeßberger, erklärte: „Die Auschwitz-Prozesse, der Stammheim-Prozess und zahlreiche Völkerstrafverfahren zeigen, dass die Dokumentation solch historischer Prozesse, auch durch Originalaufnahmen, einen höchst wertvollen Beitrag zur Vergangenheitsbewältigung, zur Bildung künftiger Generationen und nicht zuletzt für die Forschung leiste. Die Aufzeichnungen des Syrien-Prozesses könnten eine ebenso wichtige Rolle spielen.“¹⁷³ Dem Antrag wurde nicht stattgegeben. Expertinnen und Experten sind sich einig, dass die Aufzeichnung dieser Prozesse aufgrund ihrer internationalen und historischen Dimension von wesentlicher Bedeutung wäre. Während die Folterprozesse in Syrien zu bahnbrechenden Entscheidungen führten, gibt es keine öffentlichen offiziellen Aufzeichnungen der Verfahren.

Am 1. November 2023 hat die Bundesregierung den jüngsten Entwurf zur Änderung des VStGB gebilligt.¹⁷⁴ Nach einer ersten Lesung liegt der Entwurf nun dem Rechtsausschuss des Bundestages vor.¹⁷⁵ Das Bundesjustizministerium bekräftigte damit sein Engagement für die Weiterentwicklung des deutschen Völkerstrafrechts. Mit dem beschlossenen Gesetzentwurf zur Änderung des VStGB wird Deutschland die Rechte der Opfer von Völkerrechtsverbrechen stärken, die Rezeption deutscher Verfahren erleichtern und Lücken in der Strafbarkeit im deutschen Recht schließen.¹⁷⁶ Der Entwurf sieht vor, dass Medienvertreterinnen und -vertreter in Gerichtsverfahren Dolmetscher einsetzen können, wenn sie der deutschen Sprache nicht mächtig sind. Außerdem wird das Bundesjustizministerium wegweisende Urteile zum Völkerstrafrecht ins Englische übersetzen lassen, um sie der nicht-deutschsprachigen Öffentlichkeit weltweit zugänglich zu machen. Es gibt kein besseres Beispiel für die Synergien, die zwischen der deutschen Regierung, den Gerichten und den Organisationen der Zivilgesellschaft entwickelt wurden. Bei der Erörterung dieser laufenden VStGB-Reformbemühungen erklärte Voss-Kyeck: „Es stimmt mich recht optimistisch, dass sich dieser [Trend] fortsetzen wird.“¹⁷⁷

¹⁷² Das Tahir-Institut für den Nahen Osten beantragte ebenfalls, dass das Gericht die letzte Phase des historischen Prozesses aufzeichnet und mitschneidet. 23 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus dem In- und Ausland, Forschungseinrichtungen, Menschenrechtsorganisationen und das ECCHR richteten einen Antrag an das Oberlandesgericht Koblenz. In dem Antrag wurde gefordert, dass die Schlussphase des Verfahrens (z.B. die Schlussplädoyers und das Urteil) aufgezeichnet wird, um sie für künftige Generationen zu erhalten. Dieser Antrag blieb erfolglos. Siehe „TIMEP Joins Court Motion on Historic Syria Trial in Koblenz“, Tahir Institute for Middle East Policy, 1. Juli 2021, abgerufen am 17. Juli 2023, <https://timep.org/2021/07/01/timep-joins-court-motion-on-historic-syria-trial-in-koblenz/>

¹⁷³ Diese Aussage wurde in der Pressemitteilung zitiert: „TIMEP schließt sich dem Gerichtsantrag zum historischen Syrien-Prozess in Koblenz an“.

¹⁷⁴ Entwurf eines Gesetzes zur Fortentwicklung des Völkerstrafrechts, BT-Drucksache 20/9471, 27.11.2023; für den Standpunkt des Bundesrates, der zweiten Kammer der deutschen Legislative, siehe BR-Drucksache 568/23, 15.12.2023.

¹⁷⁵ Für die erste Lesung, siehe Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 20/141, 17877-17885.

¹⁷⁶ Marco Buschmann, Bundesregierung beschließt Gesetzentwurf Zur Fortentwicklung Des Völkerstrafrechts, Bundesministerium der Justiz, Berlin, 1. November 2023.

¹⁷⁷ Silke Voss-Kyeck, Interview.

Abschnitt 6

Analyse des deutschen Systems der Weltrechtspflege

4. Innovative Rechtsbehelfe des deutschen Generalbundesanwalts

4. Innovative Rechtsbehelfe des deutschen Generalbundesanwalts

a. Strukturelle Ermittlungen

Nach deutschem Recht liegt die Befugnis zur Einleitung eines Verfahrens dem VStGB ausschließlich bei der Generalbundesanwältin oder beim Generalbundesanwalt. Es ist jedoch hinlänglich bekannt, dass der Aufbau solider Verfahren im Rahmen des Weltrechtsprinzips eine ständige Herausforderung darstellt, was vor allem auf die Art und das Ausmaß der Straftaten zurückzuführen ist.¹⁷⁸ Die Richter Hohoff, Lafleur und Diesel stimmten darin überein, dass Ermittlungen aus der Ferne besonders schwierig sind.¹⁷⁹ Im Interesse eines fairen Verfahrens sind die Strafverfolgungs- und Justizbehörden an dieselben Vorgaben gebunden wie bei gewöhnlichen strafrechtlichen Ermittlungen, einschließlich der strikten Einhaltung von Beweisstandards. Staatsanwaltschaft, Polizei und Richterschaft sind jedoch oft nicht in der Lage, an den Tatort zu reisen, um den Tatort zu dokumentieren und Beweise zu sammeln. Weitere Herausforderungen sind unsichere Umgebungen und die Unmöglichkeit, Opfer und Zeuginnen und Zeugen ausfindig zu machen, die bereit sind, auszusagen. Richter Lafleur bestätigte diese Beobachtungen anhand des Falles *Jennifer W.*, der vom OLG München entschieden wurde – der zusammen mit dem Fall *Taha A.-J.* weltweit das erste Mal war, dass ein IS-Mitglied wegen der Verfolgung des jesidischen Volkes durch den IS vor Gericht gestellt worden ist.¹⁸⁰ Er beschrieb, dass die Zeuginnen und Zeugen oft im Ausland leben und es schwierig ist, sie für eine Aussage zu erreichen. Er erwähnte auch, dass diese Ermittlungen und Prozesse im Gegensatz zu gewöhnlichen Straftaten Tausende von Kilometern vom Tatort entfernt stattfinden.¹⁸¹

In ähnlicher Weise beschrieb Richterin Bianca von Arnim, die den Fall *Taha A.-J.* verhandelte, die Schwierigkeiten, die mit der Entscheidung von Fällen nach dem Weltrechtsprinzip verbunden sind. Neben den geografischen Herausforderungen und der Unmöglichkeit, Tatorte zu besichtigen, stellte sie fest: „Wir haben es mit Opfern und Zeuginnen und Zeugen zu tun, die eine andere Sprache sprechen, einen anderen kulturellen Hintergrund haben und von denen wir oft nicht wissen, wo sie sich aufhalten.“¹⁸² Sie wies auch darauf hin, dass es in diesen Fällen schwierig ist, Aussagen für die Untersuchung zu sammeln und hochqualifizierte Übersetzerinnen und Übersetzer und Kontextexpertinnen und -experten zu engagieren, die in der Hauptverhandlung auftreten. Ebenso haben die Richter keine Befugnis, den deutschen Opfer- und Zeugenschutz durchzusetzen, wenn die Zeugen in Ländern leben, in denen dieser Schutz nicht gilt. Schließlich betonte sie: „Eine weitere große Herausforderung besteht darin, eine erneute Traumatisierung der Opfer durch wiederholte Befragungen zu vermeiden [...]. Wir [Richterinnen und Richter] müssen wirklich vorsichtig und sensibel sein.“¹⁸³

„Eine weitere große Herausforderung besteht darin, eine erneute Traumatisierung der Opfer durch wiederholte Befragungen zu vermeiden [...]. Wir [Richterinnen und Richter] müssen wirklich vorsichtig und sensibel sein.“

¹⁷⁸ “Evidentiary Challenges in Universal Jurisdiction Cases”, Trial International: Universal Jurisdiction Annual Review 2019 #UJAR, 41–55.

¹⁷⁹ Richter Laurent Lafleur, Interview; Richterin Corinna Diesel, Interview; Richterin Ute Hohoff, Interview.

¹⁸⁰ Richter Laurent Lafleur, Interview. Das Oberlandesgericht München hat die 14-jährige Haftstrafe für das ehemalige „Islamischer Staat“-Mitglied Jennifer W. verlängert, weil sie 2015 im Irak ein junges jesidisches Mädchen, das nur Rania genannt wurde, verdursten ließ. Jennifer W. aus einer niedersächsischen Kleinstadt war der Tötung sowie der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung für schuldig befunden und in einem ersten Prozess im Jahr 2021 zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt worden. Diese Strafe wurde jedoch von der Staatsanwaltschaft als zu milde angesehen, die in Berufung ging.

¹⁸¹ Am 25. Oktober 2021 befand das Oberlandesgericht München Jennifer W. der Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung, der Beihilfe zum versuchten Mord sowie versuchter Kriegsverbrechen und eines Verbrechens gegen die Menschlichkeit für schuldig. Sie wurde zu einer Freiheitsstrafe von zehn Jahren verurteilt. Der Generalbundesanwalt legte daraufhin Revision gegen das Urteil ein und forderte eine lebenslange Haftstrafe.

¹⁸² Richterin Bianca Von Arnim, Interview.

¹⁸³ Ebd.

Um diese Hindernisse zu überwinden, hat die Generalbundesanwaltschaft ein Modell der „antizipierenden Justiz“ durch sogenannte Strukturermittlungsverfahren eingeführt. Im Gegensatz zu herkömmlichen Ermittlungsmodellen, die in der Regel erst nach der Begehung einer Straftat ansetzen, ist das Strukturermittlungsverfahren eine neuartige Herangehensweise, die dazu dient, Beweise für eine mutmaßliche Straftat zu sammeln, bevor einzelne Verdächtige identifiziert werden. Dieses Modell der vorausschauenden Justiz ermöglicht es den Staatsanwältinnen und -anwälten, internationale strafrechtliche Ermittlungen vorzusehen, indem sie Beweise wie Opfer- und Zeugenaussagen, Dokumente, Bilder und Videos sammeln.¹⁸⁴ In diesen Fällen untersucht die Staatsanwaltschaft den Kontext der Straftat und nicht bestimmte Personen. Dieses bahnbrechende Modell, das gewisse Ähnlichkeiten mit den Vorermittlungen des IStGH aufweist, ermöglicht es den Staatsanwältinnen und -anwälten, gegen Verdächtige Anklage zu erheben, ihre Auslieferung zu beantragen, wenn sie sich bekanntermaßen im Ausland aufhalten, und bei ihrer Einreise nach Deutschland sofort mit der Erhebung rechtssicherer Anklagen zu reagieren. Es ist von Bedeutung, dass Staatsanwältinnen und -anwälte, die strukturelle Ermittlungen durchführen, nicht nur Beweise für inländische Verfahren sammeln, sondern auch die Beweise für künftige internationale Gerichtsverfahren oder ausländische inländische Verfahren sichern. Generalbundesanwalt Frank spielte auf diese Praxis in einer kürzlich gegenüber der *Welt am Sonntag* abgegebenen Erklärung zur Situation in der Ukraine an: „Im Moment konzentrieren wir uns auf die Massentötungen in Butscha und die Angriffe auf die zivile Infrastruktur der Ukraine.“ Dann beschrieb er das Ziel: „Vorbereitung auf ein mögliches späteres Gerichtsverfahren – sei es in Deutschland oder mit unseren ausländischen Partnern oder einem internationalen Gericht.“¹⁸⁵

@Shutterstock

¹⁸⁴ Evidentiary Challenges in Universal Jurisdiction Cases”, Trial International: Universal Jurisdiction Annual Review” 2019 #UJAR, 41–55.

¹⁸⁵ “Germany Has ‘Hundreds’ of Pieces of Ukraine War Crime Evidence,” AFP, Radio Free Europe Radio Liberty, February 23, 2023, accessed October 13, 2023, <https://www.rferl.org/a/ukraine-germany-war-crimes-evidence/32256425.html>.

Wie bereits erwähnt, wurde der Syrienkonflikt zu einem entscheidenden Moment für die Integration struktureller Ermittlungen in Deutschland, die sich zu umfangreichen Fällen nach dem Weltrechtsprinzip entwickeln sollten. Im Jahr 2011 leitete die deutsche Generalbundesanwaltschaft die erste strukturelle Untersuchung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Syrien ein. Ein ehemaliger Beamter der syrischen Militärpolizei, der gemeinhin als Cäsar bezeichnet wird, veröffentlichte über 53.000 Fotos, die zwischen Mai 2011 und August 2013 aufgenommen wurden. Die Bilder dokumentieren die Gräueltaten, die unter dem Assad-Regime begangen wurden, darunter deutliche Anzeichen von Folter und unmenschlicher Behandlung Hunderter von Zivilistinnen und Zivilisten.¹⁸⁶ Diese Fotos, die als „Caesar Files“ bekannt wurden, brachten den Fall entscheidend voran. Die deutsche Regierung stellte daraufhin Mittel für weitere strafrechtliche Ermittlungen zur Verfügung. Das Institut für Rechtsmedizin der Universität Köln wertete diese Akten aus und die zusammengetragenen Beweise belegten, dass in Syrien Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen worden waren. Phillips kommentierte den Fall wie folgt: „Die deutschen Staatsanwältinnen und -anwälte führen strukturelle Ermittlungen durch, die einen Rahmen für die individuelle Verfolgung von Straftaten ermöglichen. Das ist ein positives Beispiel für andere Staaten, dem sie folgen können. Es gab mehrere öffentlichkeitswirksame Fälle, wie zum Beispiel das Verfahren in Koblenz.“¹⁸⁷

In Bezug auf diesen Fall beschrieb Husson, wie Deutschland eine Vorreiterrolle in der internationalen Zusammenarbeit bei der Untersuchung von in Syrien begangenen Verbrechen übernahm. „Die deutschen Behörden förderten das allererste gemeinsame Ermittlungsteam zusammen mit dem IIIM und Frankreich im

Fall der ‚Caesar Files‘“, sagte sie. „Es war eine fruchtbare Zusammenarbeit. Die deutschen Behörden haben den Weg für eine effektive internationale Zusammenarbeit und den Austausch von Beweismaterial und Informationen nicht nur mit dem IIIM, sondern auch mit anderen Rechtsordnungen geebnet, die ähnliche Anstrengungen unternehmen.“¹⁸⁸

Kreß äußerte sich auch zu den Ermittlungen in Syrien und erinnerte daran, dass „die Tätigkeit der Generalbundesanwaltschaft schon früher mit der Einführung von Strukturermittlungen begann. Die Generalbundesanwaltschaft beschloss, sich auf künftige Ermittlungen oder Fälle vorzubereiten, die sich aus dem starken Zustrom syrischer Flüchtlinge nach Deutschland ergaben.“¹⁸⁹ Er merkte an: „Das war eine kluge Entscheidung, denn es gab eine Reihe von Verdächtigen – ehemalige Mitglieder des syrischen Geheimdienstes –, die in Deutschland lebten, und die Generalbundesanwaltschaft war schließlich in der Lage, diese strukturellen Ermittlungen in einzelne Fälle umzuwandeln.“ Rückblickend bestätigte er, dass der VStGB-Ausschuss 1999 eine Situation wie in Syrien vor Augen hatte, als er das Gesetz verfasste.¹⁹⁰

Die humanitäre Krise in Syrien ermöglichte es den deutschen Rechtsinstitutionen, die Ausübung des Weltrechtsprinzips subsidiär zu erproben, sofern ein geeigneterer Gerichtsstand oder eine internationale Gerichtsbarkeit zur Verfolgung der Verbrechen nicht zur Verfügung stand. Insbesondere die mangelnde Bereitschaft der syrischen Regierung, diese Fälle zu ermitteln und zu verfolgen, sowie die fehlende Zuständigkeit des IstGH ermöglichten es dem VStGB, sein ursprüngliches Versprechen zu erfüllen. Geneuss deutete in ihrer Diskussion über die syrischen Fälle auf diese Situation hin und betonte, wie Deutschlands strukturelle Ermittlungen

¹⁸⁶ „Caesar“-Fotos dokumentieren systematische Folter“, ECCHR, 12. Februar 2020, abgerufen am 9. Juni 2023, <https://www.ecchr.eu/en/case/caesar-photos-document-systematic-torture/>.

¹⁸⁷ Garance Le Caisne, „They Were Torturing to Kill: Inside Syria's Death Machine“, The Guardian, 1. November 2015, abgerufen am 21. Juli 2023, <https://www.theguardian.com/world/2015/oct/01/they-were-torturing-to-kill-inside-syrias-death-machine-caesar>.

¹⁸⁸ Husson, Interview.

¹⁸⁹ Kreß, Interview.

¹⁹⁰ Ebd.

zur Verfolgung von Völkerrechtsverbrechen beigetragen haben.¹⁹¹ Geneuss erläuterte, dass Strukturermittlungen den Voruntersuchungen des IstGH insofern ähneln, als sie weder einen konkreten Verdächtigen noch ein konkretes Verbrechen untersuchen. Stattdessen konzentrieren sie sich auf den gesamten Kontext des mutmaßlichen Verbrechens.¹⁹² Schüller merkte zum Wert dieser einzigartigen Ermittlungsmethode an: „Wenn eine [strukturelle Untersuchung] offen ist, ist sie in der Regel ziemlich stark und vielversprechend, und die Staatsanwältin oder der Staatsanwalt und die Polizei haben mehr Raum, um zu ermitteln und Beweise für ihre Ermittlungen zu sammeln.“¹⁹³ Richterin von Arnim wies auch darauf hin, dass die strukturellen Ermittlungen im Fall des Völkermords an den Jesiden es den Staatsanwältinnen und -anwälten ermöglichten, über hundert Zeuginnen und Zeugen zu befragen. Die Staatsanwältinnen und -anwälte nutzten diese Aussagen, um ausreichende Anhaltspunkte für eine Anklage zu sammeln.¹⁹⁴

Im März 2022 leitete der Generalbundesanwalt ein strukturelles Ermittlungsverfahren wegen ukrainischer Kriegsverbrechen im Zusammenhang mit dem russi-

schen Angriffskrieg ein und weitete es auf Verbrechen gegen die Menschlichkeit aus.¹⁹⁵ Nach offiziellen Angaben sammelt sie Beweise und Zeugenaussagen von in Deutschland lebenden ukrainischen Flüchtlingen.¹⁹⁶ In der Tat wurde vor kurzem eine Spezialeinheit eingerichtet, die diese Ermittlungen überwachen soll. Auch renommierte internationale Nichtregierungsorganisationen berichten jährlich über bahnbrechende Fälle auf der Grundlage der strukturellen Ermittlungen in Deutschland.¹⁹⁷ Der BKA-Präsident bestätigte im Juni 2022: „Der Generalbundesanwalt, in dessen Auftrag wir ermitteln, leitet derzeit ein Strukturermittlungsverfahren, aber noch kein Verfahren gegen einzelne Tatverdächtige. Aber am Ende wollen wir natürlich die Täter zur Verantwortung ziehen“, sagte er.¹⁹⁸ Vertreter der Ständigen Vertretung Deutschlands bei den Vereinten Nationen haben in verschiedenen Stellungnahmen vor dem Sechsten Ausschuss der Vereinten Nationen bestätigt, dass der Generalbundesanwalt häufig strukturelle Ermittlungen zu Völkerstraftaten auf der Grundlage von Informationen einleitet, die auch von der deutschen Migrationsbehörde stammen.¹⁹⁹

”

„Der Generalbundesanwalt, in dessen Auftrag wir ermitteln, leitet derzeit ein Strukturermittlungsverfahren, aber noch kein Verfahren gegen einzelne Tatverdächtige. Aber am Ende wollen wir natürlich die Täter zur Verantwortung ziehen“

¹⁹¹ Geneuss, Interview.

¹⁹² Ebd.

¹⁹³ Schüller, Interview. Andreas Schüller, „The Role of National Investigations in the System of International Criminal Justice – Developments in Germany“, 2013.

¹⁹⁴ Richterin Bianca Von Arnim, Interview.

¹⁹⁵ Stellungnahme der Bundesrepublik Deutschland, Sechster Ausschuss – Tagesordnungspunkt 85: The scope and application of the principle of universal jurisdiction (New York: Ständige Vertretung Deutschlands bei den Vereinten Nationen, 2022), Zugriff am 9. April 2023, https://www.un.org/en/ga/sixth/77/pdfs/statements/universal_jurisdiction/12_mtg_germany.pdf

¹⁹⁶ Ebd.

¹⁹⁷ Trial International liefert konkrete Angaben zu strukturellen Ermittlungen, die gegen Syrer eingeleitet wurden, die verdächtigt werden, zwischen 2011 und 2013 Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen zu haben; schwere Verbrechen nach dem Völkerrecht, die von nichtstaatlichen bewaffneten Gruppen in Syrien und im Irak seit 2014 begangen wurden; vier Brüder wegen schwerer Verbrechen nach dem Völkerrecht, die im November 2012 in Syrien begangen worden sein sollen; mutmaßliche Kriegsverbrechen, die im März 2013 in Syrien begangen wurden; ehemaliges Mitglied der Freien Syrischen Armee; irakische Staatsbürger und mutmaßliche Mitglieder von ISIS wegen 2014 begangener Verbrechen; Verbrechen, die von der Terrororganisation Dschabhat al-Nusra im Raum Damaskus begangen wurden; mutmaßliche schwere völkerrechtliche Verbrechen, die in der Demokratischen Republik Kongo von den Demokratischen Kräften zur Befreiung Ruandas (Forces Démocratiques de Libération du Rwanda; FDLR) begangen wurden; mutmaßliche Verbrechen der

Taliban und Kriegsverbrechen in Afghanistan; UUS-Beamte in CIA-Gefängnissen und anderen US-Gefängnissen in Übersee sowie mutmaßliche Kriegsverbrechen, die im Gazastreifen während der Operation „Protective Edge“ zwischen dem 8. Juli und dem 26. August 2014 begangen wurden, neben vielen anderen. Siehe „Universal Jurisdiction Annual Review: Overcoming Evidentiary Challenges Through Collaboration“, Trial International, 1. März 2019.

¹⁹⁸ Martin Lutz und Uwe Müller, Interview mit: BKA-Präsident Holger Münch: Unser klares Ziel ist es, die Verantwortlichen für Gräueltaten zu identifizieren, WamS/Welt.de/WELT, 18. Juni 2023.

¹⁹⁹ Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen, Statement by the Federal Republic of Germany at the Sixth Committee on “The scope and application of the principle of universal jurisdiction”, New York, Oktober 2021, Zugriff am 10. Juli 2023, https://www.un.org/en/ga/sixth/76/pdfs/statements/universal_jurisdiction/15mtg_germany.pdf.

b. Kumulative Strafverfolgung

Die kumulative Strafverfolgung ist eine weitere neue Herangehensweise, die von der Generalbundesanwaltschaft häufig eingesetzt wird, um sich am weltweiten Kampf gegen die Strafflosigkeit zu beteiligen, der ebenfalls ein neuer Bestandteil des deutschen *Systems* ist. Kumulative Ermittlungen werden durchgeführt, wenn verschiedene Straftaten gleichzeitig begangen werden. So werden beispielsweise terroristische Straftaten und Kriegsverbrechen oft gleichzeitig begangen und die Täter werden für beide Straftaten gemeinsam verfolgt. Um Straffreiheit zu vermeiden, verfolgen die Staatsanwälte diese Taten in einer Anklage, wenn es starke Beweise für die Begehung einer Straftat, aber nur wenige Beweise für die andere gibt.²⁰⁰ Die parallele Strafverfolgung ähnelt den Praktiken anderer europäischer Länder, da sie eine umfassende Verantwortlichkeit gewährleistet und ausländische Terroristinnen und Terroristen nicht nur für terroristische Straftaten, sondern auch für Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord zur Verantwortung zieht.²⁰¹ Die Agentur der Europäischen Union für justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (Eurojust) und das Sekretariat des Genozid-Netzwerks haben die wachsende Bedeutung kumulativer Strafverfolgungen hervorgehoben, um den Opfern Gerechtigkeit widerfahren zu lassen und das Strafmaß zu maximieren.²⁰² Eurojust und das Sekretariat des Genozid-Netzwerks haben 2022 dokumentiert, dass Deutschlands erste und zweite Spezialeinheiten (S4 und S5) in der Lage sein werden, die wichtigsten Völkerrechtsverbrechen zu ermitteln, zu verfolgen und vor Gericht zu bringen sowie diese Verbrechen und den Terrorismus gemeinsam zu verfolgen.²⁰³

Bei der Beschreibung der Rolle der Oberlandesgerichte seit 2002 stellte Richterin von Arnim fest: „Ein weiteres wichtiges Merkmal ist, dass Angeklagte auch wegen Terrorismus angeklagt wurden. Im Zuge der strafrechtlichen Ermittlungen zum Terrorismus haben die Staatsanwältinnen und -anwälte auch Beweise für Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord gefunden. Diese Anklagen gehen oft miteinander einher.“²⁰⁴ Richterin Hohoff hob auch die Bedeutung der kumulativen Strafverfolgung hervor; insbesondere betonte sie, wie der deutsche Generalbundesanwalt seine Politik geändert hat, um die gleichzeitige Anklageerhebung gegen Täter von Terrorismus- und Völkerrechtsverbrechen zu ermöglichen.²⁰⁵ Der BGH und die Oberlandesgerichte in Koblenz, Frankfurt, Stuttgart, Düsseldorf und München haben mehrere Fälle auf der Grundlage kumulativer Anklagen entschieden, die zu erheblichen Haftstrafen führten.²⁰⁶

²⁰⁰ Kumulative Strafverfolgung ausländischer terroristischer Kämpfer wegen internationaler Kernverbrechen und terrorismusbezogener Straftaten (Den Haag: Netzwerk für die Untersuchung und Verfolgung von Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen, 2020).

²⁰¹ Ebd.

²⁰² 20 Years On: Main Developments in the Fight Against Impunity For Core International Crimes in the EU (The Hague: The Genocide Network, 2022), accessed August 23, 2023, <https://www.eurojust.europa.eu/sites/default/files/assets/developmentsin-the-fight-against-impunity-for-core-international-crimes-in-the-eu.pdf>.

²⁰³ Eine kumulative Strafverfolgung ist besonders vorteilhaft, wenn es um die Taten von Ehefrauen ausländischer Terroristen geht. Es ist oft schwierig, ausreichende Beweise zu sammeln, um solche Frauen wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung zu verfolgen. In diesen Fällen haben deutsche Gerichte beispielsweise festgestellt, dass die Besetzung einer Wohnung, aus der Opfer von Da'esh geflohen waren, eine Aneignung von Eigentum darstellt – ein Kriegsverbrechen (§ 9 VStGB). Außerdem stellten die Gerichte fest, dass eine Mutter das Kriegsverbrechen der Einberufung oder Rekrutierung von Kindern beging, als sie ihr eigenes Kind in ein militärisches Ausbildungslager von Da'esh schickte (§ 8 Abs. 1 Nr. 5 VStGB). Siehe Ständige Vertretung Deutschlands bei den Vereinten Nationen, Erklärung der Bundesrepublik Deutschland vor dem Sechsten Ausschuss der Vereinten Nationen zum Thema „The scope and application of the principle of universal jurisdiction“, 21. Oktober 2021; Bachelet, Presentation of the report on civilian deaths in the Syrian Arab Republic.

²⁰⁴ Richterin Bianca Von Arnim, Interview.

²⁰⁵ Richter Hohoff, Interview.

²⁰⁶ Entscheidungen des Bundesgerichtshofs: BGH 3 StR 57/17, BGH AK 22/19 und AK 56/19. Entscheidungen der Oberlandesgerichte: 5-2 StE 10/16 – 9 – 2/16, 5-2 StE 11/18, 5-2 StE 11/18, III-2 StS 2/19, 5-3 StE 6/19, u.a.. Siehe EuroJust-Bericht.

Abschnitt 6

Analyse des deutschen Systems der Weltrechtspflege

5. Internationale und regionale Zusammenarbeit

5. Internationale und regionale Zusammenarbeit

Das deutsche Engagement bei der Verfolgung von Völkerrechtsverbrechen ist nicht nur eine nationale Anstrengung, sondern das Ergebnis einer professionellen und gut etablierten Zusammenarbeit zwischen regionalen und internationalen Organisationen. Das deutsche System hat insbesondere von den starken Partnerschaften mit europäischen Staaten und den von den Vereinten Nationen geschaffenen wichtigen Mechanismen profitiert. Diese internationale Zusammenarbeit hat zu mehr internationalen Instrumenten und Verträgen geführt, die eine Rechtsgrundlage für die Zusammenarbeit von Justiz- und Strafverfolgungsbehörden bei Auslieferung, Rechtshilfe und gemeinsamen Ermittlungen bieten. So gründete der Rat der Europäischen Union im Jahr 2002 das Europäische Netzwerk für die Untersuchung und Verfolgung von Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen (Genozide Netzwerk). Dieses Netzwerk hat sich zu einer führenden Organisation zur Förderung der Zusammenarbeit zwischen europäischen Ländern bei der Ermittlung und Verfolgung von Völkerrechtsverbrechen entwickelt. Auch Deutschland hat sich in den vergangenen Jahren an internationalen Ermittlungsgruppen beteiligt, um vorhandenes Beweismaterial für nationale und internationale Strafverfahren zu sammeln, zu bündeln, zu sichern und auszuwerten. BKA-Präsident Holger Münch sagte gegenüber der Welt: „Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine werden über die Ermittlungen der deutschen Polizei informiert. Jeder, der Angaben machen kann und möchte, erhält zunächst einen von uns entworfenen Fragebogen. Dieser bildet dann die Grundlage für die weiteren Ermittlungen, etwa die Befragung von Zeuginnen und Zeugen und Opfern. Bislang haben wir eine dreistellige Zahl von Hinweisen erhalten. Das alles geschieht im internationalen Austausch, zum Beispiel mit Europol, wo es eine Datenbank zur strukturierten Erfassung von Informationen gibt.“²⁰⁷ Münch erklärte auch, dass, wie die Polizei, auch die Justizbehörden mit Europäischen Agenturen wie Eurojust, zusammenarbeiten und Informationen austauschen.²⁰⁸

Richter Diesel hob auch die Zusammenarbeit von Europol mit den Koblenzer Ermittlungen hervor, um Zeugenaussagen zu sichern, und erklärte: „Die Zusammenarbeit mit der europäischen Polizei war von grundlegender Bedeutung. Die Polizei hat Zeuginnen und Zeugen festgenommen, die mit dem Angeklagten in Syrien zu tun hatten. Neben anderen Beweisen enthüllten diese Zeuginnen und Zeugen die Aktivitäten des Angeklagten. Ohne ihre Aussagen hätten die Staatsanwältinnen und -anwälte ihre Ermittlungen nicht durchführen können, und auch wir [Richterinnen und Richter] wären nicht in der Lage gewesen, den Prozess so zu führen, wie er stattfand.“²⁰⁹ Richterin von Arnim stimmte der Ansicht von Richter Diesel zu. Während sie den Fall *Taha A.-J.* beschrieb, ging Richterin von Arnim auch auf die Schwierigkeiten ein, die bei der Sicherstellung eines wirksamen Rechtsbeistands auf internationaler Ebene bestehen. Zu diesen Schwierigkeiten gehörten die verzögerte Beantwortung von Informationsanfragen und die mangelnde Kooperation von Behörden in Konfliktregionen.²¹⁰ Sie betonte: „Die internationale Zusammenarbeit ist in Fällen des Weltrechtsprinzips unerlässlich.“²¹¹ Als Beispiel nannte sie das Untersuchungsteam zur Förderung der Verantwortlichkeit für von Da'esh / ISIL begangene Verbrechen (UNITAD), welches den deutschen Justizbehörden erfolgreich irakbezogene Dokumente, Urteile und hilfreiche Informationen über den Aufenthaltsort von Zeuginnen und Zeugen zur Verfügung gestellt hat.²¹² Auch der Internationale, unparteiische und unabhängige Mechanismus (IIIM) und die Kommission für internationale Gerechtigkeit und gegen Straffreiheit (CIJA) lieferten den Staatsanwalt relevante Informationen und Daten.

²⁰⁷ Martin Lutz und Uwe Müller, Interview mit BKA-Präsident Holger Münch: Unser klares Ziel ist es, die Verantwortlichen für Gräueltaten zu identifizieren, WamS/Welt.de/WELT, 18. Juni 2023, abgerufen am 28. November 2023.

https://www.bka.de/DE/Presse/Interviews/2022/220620_InterviewMuenchWamS.html.

²⁰⁸ Ebd.

²⁰⁹ Richter Diesel, Interview.

²¹⁰ Richterin Bianca Von Arnim, Interview.

²¹¹ Ebd.

²¹² Ebd.



EU-Agentur für justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (Eurojust)
@Shutterstock / T. Schneider

Husson bestätigte die Beobachtung von Richterin von Arnim. Husson beschrieb ähnliche Herausforderungen bei internationalen Strafverfahren und betonte, wie wichtig es sei, dass die Gerichtsbarkeiten ihre Kräfte bündeln, um diese Schwierigkeiten zu überwinden und eine ordnungsgemäße Untersuchung und Verfolgung von Völkerrechtsverbrechen, einschließlich der in Syrien begangenen, zu gewährleisten.²¹³ „Die internationale Zusammenarbeit ermöglicht nicht nur eine bessere Koordinierung des Umfangs der Ermittlungen, sondern minimiert auch die Retraumatisierung der Opfer und Überlebenden. Die internationale Zusammenarbeit ist im syrischen Kontext unerlässlich geworden“, so Husson.²¹⁴ In ihrem Interview beschrieb Husson auch zwei Modelle der Zusammenarbeit mit inländischen Gerichtsbarkeiten.²¹⁵ Das erste ist die Reaktion auf Hilfsersuchen. Diese Ersuchen konzentrieren sich häufig auf Informationen über die Tatverdächtige oder den Tatverdächtigen und den zu untersuchenden Vorfall. Zweitens bietet das IIIM den Staatsanwältinnen und -anwälten Übersetzungshilfe an, erstellt kontextbezogene Analysen und hilft bei der Ermittlung und Lokalisierung von Zeuginnen und Zeugen, die bereit sind, vor Gericht auszusagen. Bis 2019 hat das IIIM 318 Amtshilfeersuchen aus 16 verschiedenen Staaten weltweit erhalten, die sich auf 231 Ermittlungen im Syrien-Konflikt beziehen.²¹⁶

²¹³ Husson, Interview.

²¹⁴ Ebd.

²¹⁵ Ebd.

²¹⁶ Husson, Interview.

²¹⁷ Statement by the Federal Republic of Germany, Statement by Germany at the UN General Assembly Meeting “Prevention of Armed Conflict” Debate on the International, Impartial and Independent Mechanism (IIIM) (New York: Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen, 25. April 2023), abgerufen am 8. Dezember 2023, <https://new-york-un.diplo.de/un-en/-/2594226>.

Diese Ansicht von Richterin von Arnim wird durch die Erklärung von Annette Ludwig, politische Beraterin bei der Ständigen Vertretung Deutschlands bei den Vereinten Nationen, bestätigt, in der sie die Leiterin des IIIM für ihre Arbeit und ihr Engagement für Gerechtigkeit und gegen Straffreiheit für die schwersten Verbrechen in Syrien lobte: „Wir sind Frau Marchi-Uhel und ihrem Team sehr dankbar für ihr anhaltendes Engagement“, sagte sie.²¹⁷ Der IIIM hat einen greifbaren Einfluss. Am 23. Februar 2023 verurteilte das OLG Berlin einen Angeklagten zu lebenslanger Haft, unter *anderem* wegen eines besonders schweren Kriegsverbrechens und vierfachen Mordes, die 2014 in Syrien begangen wurden. Es wurde festgestellt, dass der Täter eine Granate in eine auf Essen wartende Menge von Zivilisten in Damaskus geworfen hatte. „Diese Verurteilung basierte auf Beweisen, die vom IIIM zur Verfügung gestellt wurden, und wurde dank der hervorragenden Zusammenarbeit zwischen dem Mechanismus und dem deutschen Generalbundesanwalt ermöglicht.“²¹⁸

In seiner Rede vor den Vereinten Nationen bezeichnete Kreß das juristische Eingreifen Deutschlands in Syrien und den Koblenzer Prozess als ein modernes Beispiel für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei internationalen strafrechtlichen Ermittlungen. Er erläuterte, wie die deutschen Behörden während der Ermittlungen ein deutsch-französisches Ermittlungsteam einsetzten, um Zeugenaussagen in Frankreich einzuholen.²¹⁹ Sie profitierten auch von den Erkenntnissen der Unabhängigen Internationalen Untersuchungskommission der Vereinten Nationen zur Arabischen Republik Syrien, die 2011 vom UN-Menschenrechtsrat (UNHRC) eingesetzt wurde. Der Koblenzer Prozess stützte sich auf drei Berichte der Kommission als Beweismittel.²²⁰ Paulo Sergio Pinheiro, der Vorsitzende der Kommission, sagte dazu: „Urteile wie das heutige stellen einen dringend benötigten Fortschritt auf dem Weg zur Gerechtigkeit für die Opfer und Überlebenden von Kriegsverbrechen in Syrien dar – trotz der Tatsache, dass die Wege zur Verantwortlichkeit in Syrien und im UN-Sicherheitsrat weiterhin beschnitten sind.“²²¹

²¹⁸ Ebd.

²¹⁹ Bemerkungen von Claus Kreß vor der Arria-Formelsitzung des UN-Sicherheitsrats zur Verantwortlichkeit in der Arabischen Republik Syrien.

²²⁰ UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, UN Panel Welcomes Landmark Guilty Verdict in Germany’s Prosecution of Former Syrian Intelligence Officer for Crimes Against Humanity (New York: United Nations, 2022).

²²¹ Ebd.

Abschnitt 6

Analyse des deutschen Systems der Weltrechtspflege

6. Brücken bauen im Kampf gegen Straffreiheit: Die Rolle der zivilgesellschaftlichen Organisationen

6. Brücken bauen im Kampf gegen Straffreiheit: Die Rolle der zivilgesellschaftlichen Organisationen

Ein weiterer zentraler Bestandteil des deutschen Systems des Weltrechtsprinzips ist die aktive Rolle der Zivilgesellschaft und von Advocacy-Gruppen [also auf Interessenvertretung spezialisierten Organisationen; Anm. des Übersetzers]. Der deutsche Fall bietet eine einzigartige Gelegenheit, darüber zu reflektieren, wie zivilgesellschaftliche Akteure am formalen Prozess der internationalen Strafgerichtsbarkeit auf nationaler Ebene teilnehmen. Natürlich sind die Beziehungen zwischen den staatlichen Behörden und der Zivilgesellschaft nicht immer unkompliziert. Im deutschen Fall erwies sich das Verständnis der Rollen und Funktionen der zahlreichen Akteure, die an der Ausübung des Weltrechtsprinzips in Deutschland beteiligt sind, als ein ziemlich langer Prozess. In den Jahren 2008 und 2014 berichteten beispielsweise Amnesty International und Human Rights Watch über die anfänglichen Herausforderungen bei der Zusammenarbeit mit den Justizbehörden, insbesondere in den ersten Jahren nach der Verabschiedung des VStGB.²²² Diese Berichte beanstandeten das in § 153f VStGB eingeräumte Verfahrensermessen und Entscheidungen, einen Sachverhalt nicht zu untersuchen.²²³



Berlin, Deutschland. 01. May 2017. Wolfgang Kaleck, Rechtsanwalt und Menschenrechtsaktivist sowie Gründer des European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR), in Berlin. @ Photo: Michael Kappeler/dpa/Alamy Live News

Voss-Kyeck erinnerte sich an diese Schwierigkeiten, die auftraten, als die ersten Fälle nach dem Weltrechtsprinzip bei deutschen Behörden auftauchten.²²⁴ Sie erörterte einen der ersten strittigen Fälle, bei dem es um die mutmaßlichen Verbrechen gegen die Menschlichkeit des ehemaligen usbekischen Innenministers im Jahr 2006 ging, und beschrieb, wie dies „die erste ernsthafte Diskussion darüber auslöste, wie Deutschland ein echter Verfechter des Weltrechtsprinzips werden könnte“. ²²⁵ Voss-Kyeck stellte auch fest, dass sich die Situation geändert hat. Bei der Bewertung der Fortschritte und Herausforderungen von 2006 bis 2022 – das Jahr, in dem der Koblenzer Fall entschieden wurde – erkannte sie wichtige Entwicklungen, die Zeit, Praxis und internationale Zusammenhänge erfordern.²²⁶

²²² Deutschland: Strafflosigkeit beenden durch universelle Gerichtsbarkeit. Kein sicherer Hafen, Berlin, Amnesty International, 2008, 1-118; The Legal Framework of Universal Jurisdiction in Germany (Vereinigte Staaten von Amerika: Human Rights Watch, 2014).

²²³ Ebd.

²²⁴ Ebd.

²²⁵ Silke Voss-Kyeck, Interview.

²²⁶ Ebd.

Trotz dieser Herausforderungen haben sich Anwältinnen und Anwälte und deutsche Justizbehörden in den vergangenen Jahren meisterhaft auf verschiedene Dynamiken eingelassen, um neue Wege der Zusammenarbeit und Möglichkeiten zu finden, den Opfern von Völkerrechtsverbrechen Gerechtigkeit zu verschaffen. Wie in dieser Studie dokumentiert, entwickelten sich die Interaktionen zwischen den Akteuren, Institutionen und der Regierung positiv, als die Rollen für die Umsetzung des VStGB klar definiert waren. Diesbezüglich bemerkte Wolfgang Kaleck: „Wir spielen unterschiedliche Rollen. Wichtig ist, dass wir das so professionell wie möglich tun, und das bedeutet, dass wir auch versuchen zu verstehen, wie die Staatsanwaltschaft arbeitet. Es ist wichtig, eine gute Balance zwischen Kritik und Zusammenarbeit zu finden. Im Laufe der Jahre haben wir ein gegenseitiges Verständnis für unsere unterschiedlichen Ansätze entwickelt. Das ist etwas Positives. Wir [die Zivilgesellschaft] haben wichtige Impulse erhalten, und manchmal haben wir erfolgreich in Gerichtsverfahren interveniert.“²²⁷

²²⁷ Wolfgang Kaleck, Interview durch die Autorin, Telefonat, 27. Oktober 2023



Koblenz, Deutschland, 23. April 2020. Nebenkläger:innen stehen vor Beginn des Prozesses im Gerichtssaal des Oberlandesgerichts neben den Anwalt:innen des ECCHR zwischen Corona-Schutzscheiben. Heute beginnt der Prozess gegen zwei Angeklagte, denen eine Beteiligung an Folter im syrischen Staatsapparat vorgeworfen wird. © Alamy Stock Photo

Was die Funktionen der Zivilgesellschaft betrifft, so haben Jeßberger und Steinl eine bahnbrechende Untersuchung durchgeführt, in der sie die verschiedenen Rollen von NGOs, die sich in strategischen Prozessen für die internationale Strafrecht engagieren, hervorheben.²²⁸ Diese reichen von der Sensibilisierung der Öffentlichkeit, der Anregung von Debatten und der Suche nach Gesetzesreformen bis hin zur Dokumentation von Rechtsverletzungen, der Unterstützung von Überlebenden und der Ermutigung anderer, sich der Sache anzuschließen. Den Befragten zufolge sind zivilgesellschaftliche Akteure und Opferrechtsgruppen zu wichtigen Akteuren in Deutschlands Bemühungen gegen die Straffreiheit und Wiedergutmachung für die Opfer von Gräueltaten geworden. Deutsche NGOs haben mit

²²⁸ Florian Jeßberger und Leonie Steinl, "Strategic Litigation in International Criminal Justice: Facilitating a View from Within", Journal of International Criminal Justice 20, Nr. 2 (Mai 2022), 379–401, abgerufen am 6. Oktober 2022, <https://doi.org/10.1093/jicj/mqac008>; Florian Jeßberger; Julia Geneuss, "Litigating Universal Jurisdiction - Introduction", Journal of International Criminal Justice 13, Nr. 2 (Mai 2015): 205–208.

anderen Organisationen in der strategischen Prozessführung zusammengearbeitet, um nützliche Strategien zur Verfolgung umfassenderer Ziele im Kampf gegen Straflosigkeit zu entwickeln und schwere Menschenrechtsverletzungen zu untersuchen und zu dokumentieren.²²⁹ Seit 2007 spielt das in Berlin ansässige ECCHR eine entscheidende Rolle bei der Durchsetzung des Weltrechtsprinzips im Namen von Opfern weltweit.²³⁰ Wolfgang Kaleck, der Generalsekretär des ECCHR, betonte, dass sich die Rolle des Zentrums nicht auf strategische Gerichtsverfahren beschränkt: „Neben unserer juristischen Arbeit reichen wir auch Beschwerden ein, schreiben Artikel oder Bücher und organisieren Workshops und Schulungen.“²³¹

Wie Andreas Schüller feststellte, „wären diese Fälle [nach dem Weltrechtsprinzip] ohne die Zivilgesellschaft nicht möglich.“²³² Faszinierenderweise wies er darauf hin, dass die deutschen Advocacy-Gruppen auch Brücken bauen und das Vertrauen zwischen den Opfern und den deutschen Justizbehörden fördern. „Wir [das ECCHR] sind Vermittler zwischen den Überlebenden und der Polizei und Staatsanwaltschaft. [...] Aufgrund ihrer Erfahrungen in ihren Heimatländern sind die Überlebenden natürlich misstrauisch gegenüber der ausländischen Polizei, und auch die deutsche Polizei hat ihre Grenzen, wenn es darum geht, auf sie zuzugehen.“ Im Laufe der Jahre hat das ECCHR solide Verbindungen in beide Richtungen aufgebaut, indem es mit Exilgemeinschaften zusammengearbeitet: mit den Anwältinnen und Anwälten der Aktivisten dieser Gemeinschaften, aber auch mit den Staatsanwältinnen und -anwälten, zu denen es eine professionelle Beziehung unterhält. Schüller beschrieb, wie sein Team den Opfern Sicherheit und Stabilität, rechtliche Unterstützung in Asylverfahren und psychologische Betreuung bietet: „In der richtigen Umgebung sind die Opfer eher bereit, sich zu engagieren, und ihre Aussagen sind stärker oder konzentrierter, insbesondere wenn sie sich von Mitgliedern der NGOs begleitet fühlen.“²³³

²²⁹ „Internationale Justiz: What Role for Civil Society?“ Trial International, Schweiz, 16. Juli 2021, abgerufen am 6. Oktober 2023, <https://trialinternational.org/latest-post/international-justice-what-role-for-civil-society/>.

²³⁰ Tatjana Coerschulte, „Kriegsverbrechen in der Ukraine dem Generalbundesanwalt gemeldet“, Frankfurter Rundschau, 26. Juni 2023, Zugriff [8. Juli 2023], <https://www.fr.de/politik/kriegsverbrechen-in-der-ukraine-beim-generalbundesanwalt-angezeigt-92365544.html>.

²³¹ Ebd.

²³² Ebd.

²³³ Ebd.

Die Aussagen der Opfer sind ein wichtiges Beweismittel und dienen der Zeugenidentifizierung. Darüber hinaus haben die Mitglieder der NGOs oft aus erster Hand einen Zugang zu privaten Bildern und Videos der Opfer. „Sobald wir Beweise von den Opfern erhalten, stellen wir sicher, dass diese von den zuständigen Behörden gesichert werden“, erklärte Schüller.²³⁴ Richterin von Arnim wies auch auf die Rolle der zivilgesellschaftlichen Organisationen hin und beschrieb die Beziehungen zwischen Staatsanwälten, dem ECCHR und Yazda –, einer NGO, die bei der Sammlung von Informationen über Fälle hilft.²³⁵ Diese Verbindungen ermöglichen es den Staatsanwältinnen und -anwälten, den Sachverhalt zu ermitteln und ihre Anklagen zu untermauern.

Mit Blick auf den entscheidenden Ausgang des Koblenzer Verfahrens beschrieb Kaleck, wie zivilgesellschaftliche Akteure aus Syrien mit Unterstützung aus Deutschland und anderen Ländern Beweise und Zeugenaussagen gesammelt haben, die sowohl innerhalb als auch außerhalb des Gerichtssaals vorgelegt wurden.²³⁶ „Ohne den unermüdlichen und mutigen Einsatz von syrischen Aktivistinnen und Aktivisten, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Überlebenden der Gewaltdiktatur hätte das Verfahren wahrscheinlich nicht stattgefunden“, so Kaleck im Bericht des ECCHR.²³⁷ Hervorzuheben ist auch ihre wesentliche Rolle, förderliche Bedingungen für die Medien zu schaffen, damit diese die Ergebnisse von Gerichtsverfahren veröffentlichen können. Die NGOs leisten in der Regel eine umfangreiche Medienarbeit, nachdem die Entscheidung des Gerichts ergangen ist. In Anbetracht der Tatsache, dass es für Opfer nicht einfach ist, vor der Kamera über diese Themen zu sprechen, war die Rolle der NGOs von zentraler Bedeutung, indem sie für die Opfer einen Raum des Vertrauens schufen, um ihre Erfahrungen mit Journalistinnen und Journalisten teilen zu können. Die Arbeit des ECCHR hat entscheidend dazu beigetragen, dass die Geschichten über diese Prozesse an die Öffentlichkeit gelangten.

²³⁴ Kaleck, Interview.

²³⁵ Schüller, Interview.

²³⁶ Ebd.

²³⁷ Ebd.

²³⁸ Richterin Bianca Von Arnim, Interview.

²³⁹ Folter in Syrien vor Gericht in Koblenz. Eine Dokumentation des Al-Khatib-Verfahrens, (Berlin: ECCHR, 2020), 1–240.

²⁴⁰ Ebd.

Abschnitt 6

Analyse des deutschen Systems der Weltrechtspflege

7. Unabhängige Medienberichterstattung im Gerichtssaal



Koblenz, Deutschland, 23. April 2020. Oberstaatsanwalt Jasper Klinge (links) spricht nach dem Ende des heutigen Verhandlungstages mit Journalisten am Gerichtsgebäude in Koblenz. @ Alamy Stock Photo

7. Unabhängige Medienberichterstattung im Gerichtssaal

Ein weiterer wichtiger Bestandteil des *Systems* sind die Medien. Eine wachsende Zahl von Studien veranschaulicht, dass die Gerichte von einer professionellen, objektiven Beziehung zu den Medien profitieren für die Veröffentlichung der Ergebnisse.²³⁸ Während sich Vertreterinnen und Vertreter der Exekutive und der Legislative oft direkt an die Öffentlichkeit wenden, um sicherzustellen, dass ihre Botschaften weit verbreitet werden, sind gerichtliche Stellungnahmen in der Regel langatmig, technisch komplex und für die Öffentlichkeit unzugänglich, insbesondere wenn sie in Fremdsprachen verfasst sind.²³⁹ Die Medien sind daher für die Gerichte unerlässlich, um ihre Urteile der Öffentlichkeit zu erläutern. Journalistinnen und Journalisten übersetzen Rechtsfragen in Laiensprache, sensibilisieren für Menschenrechtsfragen und fördern gemeinsam mit Organisationen der Zivilgesellschaft soziales Handeln.

Deutschland ist ein Beispiel für diesen kritischen Schnittpunkt. Nach Schüller „[unterstützen] die Medien die aktuellen Bemühungen und tragen dazu bei, Gerichtsurteile zu hinterfragen, um die öffentliche Debatte zu fördern. Die Medien sind von grundlegender Bedeutung, wenn es darum geht, internationale Organisationen und die im Ausland befindlichen Überlebenden über die Ergebnisse von Fällen [nach dem Weltrechtsprinzip] zu informieren.“²⁴⁰ Die Medien sind von essenzieller Bedeutung. Insbesondere erklären die Journalistinnen und Journalisten der Öffentlichkeit, „warum die deutschen

Gerichte über diese Fälle entscheiden. Warum werden diese Fälle in Deutschland verfolgt? Wir erklären die Hintergründe dieser Fälle.“ Markus Sehl, ein Rechtsjournalist, stimmte zu, dass diese Fragen relevant sind, und fügte hinzu: „Als Rechtsjournalist sehe ich mich in der Rolle des Übersetzers von Gerichtsentscheidungen. Es ist wichtig, diese Gerichtsverfahren nach dem Weltrechtsprinzip Menschen zu erklären, die möglicherweise keinen juristischen Hintergrund haben. Außerdem muss man die Erwartungen an das, was diese Verfahren erreichen können, realistisch halten.“²⁴¹

In einem separaten Interview unterstrich Geneuss diesen Punkt ebenfalls: „Die Medien spielen eine sehr wichtige Rolle, wenn es darum geht, der Opfergruppe den Ausgang der Entscheidungen zu vermitteln, aber die Medien müssen auch der deutschen Öffentlichkeit vermitteln, warum es wichtig ist, dass diese Verfahren in Deutschland entschieden werden.“²⁴² Sie bezog sich auf die Koblenzer Entscheidung und erklärte, dass diese in den Medien große Beachtung fand und dass es infolgedessen „eine Menge Diskussionen über diese Verfahren gab. Die Medien haben gute Arbeit geleistet, insbesondere bei der Frage, warum die Verfahren in Deutschland stattfinden.“²⁴³

Abschließend ging Sehl auf die Möglichkeit ein, als Journalist über Fälle nach dem Weltrechtsprinzip zu berichten: „Als Rechtsjournalist in Deutschland sind wir in einer privilegierten Position, diese Fälle zu verfolgen. In anderen Ländern ist das bei solch hochpolitischen Prozessen leider keine Selbstverständlichkeit.“²⁴⁴

²³⁸ Katerina Linos und Kimberly Twist, „The Supreme Court, the Media, and Public Opinion: Comparing Experimental and Observational Methods,” *The Journal of Legal Studies* 45, no. 2 (2016), 223–254, DOI: 10.1086/687365.

²⁴⁰ Schüller, Interview.

²⁴¹ Markus Sehl, Interview mit der Autorin, Zoom, 9. November 2023.

²³⁹ Malek, „Wie ein syrischer Kriegsverbrecher in Deutschland vor Gericht gebracht wurde“.

²⁴² Geneuss, Interview.

²⁴³ Ingo Nathusius, HR, „Die schwierige Suche nach den Tätern“, *Tagesschau*, 25. Mai 2023, abgerufen am 15. August 2023, <https://www.tagesschau.de/inland/generalbundesanwalt-ukraine-kriegsverbrechen-100.html>.

²⁴⁴ Sehl, Interview.



8. Unabhängigkeit der Justiz

8. Unabhängigkeit der Justiz

Eine unabhängige Justiz ist ein unverzichtbarer Begleiter der Wahrheit und des deutschen Systems. Völkermord, Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und andere schwere Menschenrechtsverletzungen untergraben das Gefüge ganzer Gesellschaften. Nach solch furchtbaren Ereignissen ist die Wahrheitsfindung über die Begehung von Völkerrechtsverbrechen unerlässlich.²⁴⁵ Die Wahrheitsermittlung gibt den Opfern und ihren Angehörigen ein Gefühl des Abschlusses und gibt ihnen ihre Würde zurück. Diese Bestrebungen können nur durch unabhängige, unparteiische und faire Justizorgane erreicht werden.

Während jedoch in erster Linie die Staaten für die strafrechtliche Verfolgung der in ihrem Hoheitsgebiet begangenen schweren Verbrechen zuständig sind, gibt es in Regionen, in denen es zu massiven Menschenrechtsverletzungen kommt, häufig keine lokalen Justizmechanismen. Wenn sich die Gräueltaten ereignen, sind die Autonomie der Justiz und die Rolle von Polizei und Staatsanwaltschaft bei der Gewährleistung der Gerechtigkeit oft stark beeinträchtigt.²⁴⁶ Wenn Staaten nicht in der Lage oder nicht willens sind, ihre Gerichtsbarkeit auszuüben, wird keine Verantwortung übernommen, und die Straflosigkeit nimmt überhand. Feindlich gesinnte Staaten stellen Staatsanwaltschaften, die versuchen, Straftäter wegen schwerer Völkerrechtsverbrechen zu verurteilen, vor große Herausforderungen. Innerstaatliche Einschüchterung kann in Konfliktregionen besonders problematisch sein, da dort die Rechtsstaatlichkeit oft fragil ist, es keine Gesetze zur Verfolgung von Völkerrechtsverbrechen gibt, die Strafverfolgung unzureichend ist, das Justizsystem geschwächt ist und rechtliche Verfahren missachtet werden. Diese Situation wird häufig durch mangelndes Vertrauen der Öffentlichkeit in die staatlichen Behörden, Korruption und unzureichen-

de personelle und finanzielle Ressourcen zur unparteiischen Untersuchung und Verfolgung von Gräueltaten noch verschärft.

Der Hohe Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte hat berichtet, dass „das Versagen des Rechtssystems beim Schutz der Rechte Einzelner und bei der Verfolgung von Rechtsverletzern häufig entweder eine direkte Ursache oder ein wesentlicher Faktor für den Konflikt darstellt.“²⁴⁷ In einem Interview wies Schüller darauf hin, dass Korruption, Diskriminierungen und Machtmissbrauch in den Justizbehörden das Vertrauen der Öffentlichkeit zerstören und zu Gesetzlosigkeit und Chaos führen kann.

Die Unabhängigkeit der Justiz, Staatsanwaltschaft und Polizei ist ein weiterer Bestandteil des deutschen Systems. Ein autonomes Justizsystem ist eine *sine qua non* Voraussetzung, um Fairness und Glaubwürdigkeit zu gewährleisten und den Gedanken zu stärken, dass die internationale Gemeinschaft auch bei innerstaatlichen Prozessen ein starkes Interesse hat, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen für massive Missbräuche. Der Rechtsstaatlichkeitsindex des World Justice Project für das Jahr 2023 untermauert diese Behauptung. Von 142 Ländern weltweit rangiert Deutschland auf Platz 5 für die stärkste Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit, noch vor Dänemark, Norwegen, Finnland und Schweden,²⁴⁸ auf Platz 4 für effektive Beschränkungen von Regierungsbefugnissen,²⁴⁹ auf Platz 12 für Korruptionsfreiheit,²⁵⁰ auf Platz 13 für eine offene Regierung;²⁵¹ auf Platz 5 für die Achtung der Grundrechte²⁵² und auf Platz 6 für ein effektives Strafrechtssystem.²⁵³ Darüber hinaus zeigt der EU-Justizanzeiger 2023, dass die unabhängigen Justizinstitutionen in Deutschland im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern mit am

²⁴⁵ Navanethem Pillay, "Establishing Effective Accountability Mechanisms for Human Rights Violations", UN Chronicle, 2012, abgerufen am 20. Dezember 2012, <https://www.un.org/en/chronicle/article/establishing-effective-accountability-mechanisms-human-rights-violations>.

²⁴⁶ Neil J. Kritz, "Coming to Terms with Atrocities: A Review of Accountability Mechanisms for Mass Violations of Human Rights", Law and Contemporary Problems 59, no. 4 (1996): 127-52, abgerufen am 20. April. 2023, <https://doi.org/10.2307/1192195>.

²⁴⁷ Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte, Rule-of-Law Tools for Post-Conflict States: Monitoring Legal Systems, (New York & Genf: Vereinte Nationen, 2006), 1-62.

²⁴⁸ Dieser Faktor bezieht sich auf die Macht in dem Maße, in dem die Regierenden an das Recht gebunden sind. Er umfasst die verfassungsmäßigen und institutionellen Mittel, mit denen die Befugnisse der Regierung und ihrer Beamten und Beauftragten begrenzt werden und sie vor dem Gesetz zur Rechenschaft gezogen werden. Dazu gehören auch nichtstaatliche Kontrollen der Regierungsgewalt, wie etwa eine freie und unabhängige Presse. 2023 World Justice Project Rule of

Law Index, 22. Abgerufen am 20. Oktober 2023, <https://worldjusticeproject.org/rule-of-law-index/downloads/WJPIIndex2023.pdf>.

²⁴⁹ Dieser Faktor misst das Ausmaß, in dem die Regierenden an das Recht gebunden sind. Er umfasst die verfassungsmäßigen und institutionellen Mittel, mit denen die Befugnisse der Regierung und ihrer Beamten und Beauftragten begrenzt werden und sie vor dem Gesetz zur Rechenschaft gezogen werden. Dazu gehören auch nichtstaatliche Kontrollen der Regierungsgewalt, wie etwa eine freie und unabhängige Presse. Ebd., 28.

²⁵⁰ Nur vor Dänemark, Norwegen, Singapur, Schweden, Finnland, Neuseeland, den Niederlanden, Luxemburg, Hongkong, Kanada und dem Vereinigten Königreich. Der Faktor berücksichtigt drei Formen der Korruption: Bestechung, unzulässige Beeinflussung durch öffentliche oder private Interessen und Veruntreuung von öffentlichen Geldern oder anderen Ressourcen. Diese drei Formen der Korruption werden in Bezug auf Regierungsbeamte in der Exekutive, der Justiz, dem Militär, der Polizei und der Legislative untersucht. Ebd., 29.

²⁵¹ Dieser Faktor misst die Offenheit der Regierung, definiert durch das

Ausmaß, in dem eine Regierung Informationen weitergibt, die Menschen mit Instrumenten ausstattet, um die Regierung zur Rechenschaft zu ziehen, und die Beteiligung der Bürger an öffentlichen politischen Überlegungen fördert. Dieser Faktor misst, ob grundlegende Gesetze und Informationen über gesetzliche Rechte veröffentlicht werden und bewertet die Qualität der von der Regierung veröffentlichten Informationen. Ebd., 30.

²⁵² Dieser Faktor konzentriert sich auf eine Reihe von Rechten, die in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen fest verankert sind und am engsten mit rechtsstaatlichen Belangen verbunden sind. Ebd., 31.

²⁵³ Mit diesem Faktor wird das Strafrechtssystem eines Landes bewertet. Ein wirksames Strafrechtssystem ist ein Schlüsselaspekt der Rechtsstaatlichkeit, da es den konventionellen Mechanismus zur Behebung von Missständen und zur Verfolgung von Personen wegen Verstößen gegen die Gesellschaft darstellt. Bei der Bewertung der Strafjustiz sollte das gesamte System, einschließlich der Polizei, der Anwälte, der Staatsanwälte, der Richter und der Strafvollzugsbeamten, berücksichtigt werden. Ebd., 35.

besten abschneiden. Weniger als 10 % der deutschen Befragten sehen eine Einmischung oder Druck seitens der Regierung und der Politikerinnen und Politiker auf die Justizfunktion.²⁵⁴ Diese Studie unterstreicht, dass ein unabhängiges Justizsystem nicht nur eine Voraussetzung für Rechtsstaatlichkeit, sondern eine grundlegende Garantie für ein faires Verfahren in internationalen Verfahren ist.²⁵⁵

Wie Thomas Weigend feststellt, legt das deutsche Verfahrenssystem großen Wert auf die Ermittlung der „materiellen Wahrheit“ als Grundlage für einen gerechten und fairen Ausgang eines jeden Strafverfahrens, einschließlich derjenigen, die nach dem Weltrechtsprinzip geführt werden.²⁵⁶ Das Strafverfahren ist als eine Abfolge von zwei unabhängigen Bemühungen um die Wahrheitsfindung konzipiert: zunächst durch die Staatsanwaltschaft und die Polizei und dann durch das Gericht. Grundsätzlich ist die Staatsanwältin oder der Staatsanwalt verpflichtet, zu ermitteln, sobald ihr oder ihm der Verdacht einer Straftat bekannt wird (§ 160 Abs. 1 StPO mit der geltenden Ausnahme des § 153f StPO). Auch die Polizei ist verpflichtet, Straftaten aufzuklären und alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um den Verlust von Beweismitteln zu vermeiden (§ 163 Abs. 1 StPO). Wenn eine Anklage erhoben und zugelassen wird, muss die Richterin oder der Richter alle Beweise in der mündlichen Verhandlung erheben, die zur Feststellung der Schuld oder Unschuld erforderlich sind (§ 244 Abs. 2 StPO).²⁵⁷

Der WJP-Rechtsstaatlichkeitsindex 2023 zeigt, dass Deutschland zu den fünf Ländern weltweit gehört, die die zuverlässigsten und glaubwürdigsten rechtlichen und institutionellen Voraussetzungen für die Wahrung der Rechtsstaatlichkeit bieten. Die deutschen Gesetze und Gerichte gewährleisten das Recht auf ein faires Verfahren, und Staatsanwältinnen und -anwälte und die Polizei sind verpflichtet, sich strikt an sie zu halten. Wie Weigend ausführt, hat das BVerfG wiederholt erklärt, dass das Recht auf ein faires Verfahren Teil des verfassungsrechtlichen Konzepts des Rechtsstaats ist, wie es in den Art. 20 Abs. 3 GG und Art. 28 Abs. 2 GG



Justitia (Lady Justice) sculpture on blurred Römer background, Frankfurt am Main, Germany. @Alamy Stock Photo

garantiert wird.²⁵⁸ Nach deutschem Recht umfasst das Recht auf ein faires Verfahren die Anerkennung und die Beachtung der Rechte sowohl des Opfers als auch der Verdächtigen. Im Gegensatz zu weniger fortschrittlichen Rechtssystemen entscheiden in Deutschland kompetente, unabhängige und unparteiische Gerichte und Strafverfolgungsbeamte über Anklagen, Rechte und Pflichten, wobei ein ordnungsgemäßes Verfahren auf beiden Seiten eingehalten wird, was Deutschland zu einem geeigneten Gerichtsstand für die Ausübung des Weltrechtsprinzips macht. Die befragten Personen bestätigten dies. Bei der Erörterung der verschiedenen Herausforderungen, mit denen deutsche Behörden bei Völkerstrafverfahren konfrontiert sind, sagte Richter Lafleur: „Wir [Richterinnen und Richter] müssen einen Weg finden, um immer ein faires Verfahren zu führen. Wir verurteilen Angeklagte auf der Grundlage solider Beweise für die Begehung der Straftat.“

Richter Diesel gab ebenfalls Einblicke in dieses Thema und beschrieb verschiedene unvorhergesehene Herausforderungen, die sich im Koblenzer Prozess ergaben, insbesondere solche, die das Recht auf ein faires Verfahren und ein ordnungsgemäßes Gerichtsverfahren betrafen – insbesondere den Beschleunigungsgrundsatz, d. h. die gesetzliche Verpflichtung, innerhalb von sechs Monaten nach der Verhaftung ein Gerichtsverfahren einzuleiten; die Zeugenaussagen von im Ausland lebenden Zeugen; und die verschiedenen Drohungen von Mitgliedern der syrischen Sicherheitskräfte gegen Zeugen oder ihre Angehörigen.²⁵⁹ Interessanterweise beschrieb sie auch die Fähigkeit des Gerichts, den prominenten Fall trotz dieser unerwarteten

Hindernisse voranzutreiben und dabei das Recht auf ein faires Verfahren zu wahren: „Das Gericht hat keine rechtliche Handhabe, Zeugen, die außerhalb Deutschlands leben, zu zwingen, nach Koblenz zu kommen, um auszusagen. [...] Wir haben per E-Mail Kontakt zu allen potenziellen Zeugen aufgenommen, um sie zu ermutigen, nach Deutschland zu kommen. Das Gericht führte auch Telefonanrufe mit Hilfe von Übersetzern durch, und wir boten ihnen an, für ihre Flüge und Unterkunft aufzukommen.“²⁶⁰ Richter Diesel beschrieb, wie das Gericht Folteropfern, die ein Trauma erlitten hatten, psychologischen Beistand leistete und sich bereit erklärte, Zeugen, wenn möglich, zu anonymisieren, um ihre persönliche Integrität zu schützen. Sie ging auch auf die Forderung der Öffentlichkeit und von Journalistinnen und Journalisten ein, den Prozess ins Arabische zu übersetzen. Wie bereits erwähnt, wurde dieser Antrag abgelehnt, da die offizielle Gerichtssprache laut Gesetz Deutsch ist und nur die beteiligten Parteien Dolmetscher hinzuziehen durften. „Nach der Entscheidung des BVerfG ist es uns gelungen, diesen Service auch für arabischsprachige Journalistinnen und Journalisten anzubieten. All diese Maßnahmen wurden ergriffen, ohne unsere Unparteilichkeit zu verlieren oder zu beeinträchtigen und unter Berücksichtigung der Rechte der Angeklagten“, erklärte sie.²⁶¹

Die Einhaltung der Standards für ein ordnungsgemäßes Gerichtsverfahren ist nicht ausschließlich ein innerstaatliches Anliegen. Husson unterstrich auch die Grundsätze, nach denen der IIIM Beweise für in Syrien begangene Straftaten sammelt und aufbewahrt.²⁶² „Der IIIM hält sich an strafrechtliche Normen, die eine ge-

naue und vollständige Aufbewahrungskette vorsehen, die eine ordnungsgemäße Identifizierung der Quelle, der Anzahl, des Datums und der Uhrzeit der Sammlung beinhaltet.“²⁶³ Ebenso respektiert der IIIM die Rechte der Opfer, und Husson beschrieb ihn als „eine auf Zustimmung basierende Organisation“.²⁶⁴ Der Mechanismus kann Informationen über Quellen nur mit deren informierter Einwilligung weitergeben. Wenn das Leben des Opfers gefährdet ist, bietet das IIIM nur den anfragenden Staaten Beweise an und hält die persönliche Identifikation zurück.

Bei der Erörterung der Frage, warum Deutschland ein geeigneter Gerichtsstand für Fälle nach dem Weltrechtsprinzip ist, erklärte Voss-Kyeck: „Die Gesetze in Deutschland gelten sowohl für die Opfer als auch für die Angeklagten“²⁶⁵ und, so Kaleck, „[sind] die Rechte der Angeklagten für uns auch Menschenrechte; das ist die richtige Linie“²⁶⁶. Zu diesem Thema führte Sehl aus, dass: „Offensichtlich haben im Koblenzer Prozess [die] deutschen rechtsstaatlichen Institutionen eine Atmosphäre [geschaffen], in der die Zeugen trotz ihrer schrecklichen Erfahrungen und Traumata bereit waren, auszusagen“.²⁶⁷

Ein effektives Justizsystem erfüllt die grundlegenden Anforderungen an die Rechtsstaatlichkeit. Es erfordert detaillierte und kontinuierliche technische Bewertungen von Ermittlungen und Fällen, schützt und verteidigt die Rechte der Opfer, sorgt für ein faires Verfahren für die Angeklagten und überwacht konsequent die Einhaltung der nationalen Gesetze und internationalen Standards für Fairness und ordnungsgemäße Verfahren. Die Rechtsinstitutionen des Landes sind unabhängig, unparteiisch und voll funktionsfähig und verfügen über eine zuverlässige Infrastruktur. Die Gerichte, Richter, Staatsanwälte, Polizei und Verteidiger spielen alle eine entscheidende Rolle bei der Gewährleistung eines fairen und unparteiischen Gerichtsverfahrens. Jede der Institutionen arbeitet effizient und kooperativ und liefert gerechte Ergebnisse auf der Grundlage von Recht und Beweisen. Das deutsche *System* erfüllt alle diese Bedingungen.

²⁵⁴ 254 Europäische Kommission, Generaldirektion Justiz und Verbraucher, Der EU-Justizanzeiger 2023, Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, die Europäische Zentralbank, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. (Europäische Kommission: Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2023), 1– 65, doi:10.2838/33482.

²⁵⁵ In Deutschland ist der Grundsatz der richterlichen Unabhängigkeit in der Verfassung, dem Grundgesetz, verankert: „Die Richter sind unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen“, heißt es in Artikel 97, Absatz 1.

²⁵⁶ Thomas Weigend, “The Potential to Secure a Fair Trial Through Evidence Exclusion: A German Perspective,” in *Do Exclusionary Rules Ensure a Fair Trial? Ius Gentium: Comparative Perspectives on Law and Justice*, Bd. 74, eds. Sabine Gless and Thomas Richter, (Cham: Springer, 2019), abgerufen am 20. Oktober 2023, doi.org/10.1007/978-3-030-12520-2_3.

²⁵⁷ Ebd.

²⁵⁸ Ebd.

²⁵⁹ Richterin Corinna Diesel, Interview.

²⁶⁰ Ebd.

²⁶¹ Ebd.

²⁶² Husson, Interview.

²⁶³ Ebd.

²⁶⁴ Ebd.

²⁶⁵ Voss-Kyeck, Interview.

²⁶⁶ Kaleck, Interview.

²⁶⁷ Sehl, Interview.

Wie in dieser Studie dokumentiert, ist Deutschland aufgrund seines guten Rufs bei der Ermittlung und Verfolgung von Völkerstraftaten zu einer gerichtlichen Alternative geworden, um Recht vor unabhängigen und unparteiischen Instanzen durchzusetzen. Neben der unabhängigen Justiz ist auch die Möglichkeit, zu entscheiden, welche Straftaten verfolgt werden sollen oder nicht, ein wesentlicher Bestandteil der Unabhängigkeit und des Ermessensspielraums der Staatsanwaltschaft. In der Regel muss die Staatsanwältin oder der Staatsanwalt auf nationaler Ebene die Befugnis haben zu entscheiden, ob in bestimmten Fällen auf der Grundlage der relevanten Fakten und Umstände eine Anklage erhoben wird oder nicht.²⁶⁸ Die Ausübung des Weltrechtsprinzips hängt eng mit der institutionellen Legitimität der Generalstaatsanwaltschaft zusammen und der Nachweis ihrer Unabhängigkeit ist für die Vorreiterrolle Deutschlands von wesentlicher Bedeutung. Der Wortlaut des § 147 Nr. 1 Gerichtsverfassungsgesetz (GVG) wirft in dieser Hinsicht jedoch einen Schatten. Diese Vorschrift ist insofern problematisch, als sie zumindest theoretisch die Möglichkeit eröffnet, dass die Entscheidung über die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens wegen einer Völkerstraftat von einer externen Weisung des Justizministers abhängig gemacht werden kann. Obwohl eine solche Weisung bisher nicht erfolgt ist, meinten die in dieser Studie befragten Expertinnen und Experten, dass „die Vermutung, dass Vertreter des Staates die Entscheidung über die Einleitung von Ermittlungen oder die Verfolgung von Völkerrechtsverbrechen politisch beeinflussen könnten, ein unnötiges Misstrauen“ in die zuverlässige Architektur des deutschen Systems des Weltrechtsprinzips schaffen könnte.²⁶⁹ Die einschlägige Rechtsprechung unterstützt diese These.

In dem Gemeinsamen Sondergutachten zum Haftbefehlsurteil des Internationalen Gerichtshofs (IGH) vom Februar 2002 gingen die Richterinnen und Richter auf die Bedeutung einer unabhängigen Justiz ein und bezogen sich dabei auf Richter und Staatsanwälte bei der Ausübung des Weltrechtsprinzips.²⁷⁰ Das Argument verdient es, ausdrücklich zitiert zu werden.

59. Wenn sich ein Staat, wie wir glauben, dafür entscheiden kann, die universelle Strafgerichtsbarkeit in *Abwesenheit* auszuüben, muss er auch dafür sorgen, dass bestimmte Schutzvorkehrungen getroffen werden. [...] Darüber hinaus darf eine solche Anklage nur von einem Staatsanwalt oder einem *Ermittlungsrichter* erhoben werden, der in völliger Unabhängigkeit handelt, ohne Verbindungen zur Regierung des betreffenden Staates oder ohne Kontrolle durch diese.²⁷¹

Mit Blick auf dieses Thema forderte Kreß eine Streichung der in § 147 Nr. 1 GVG normierten Befugnis des Generalbundesanwalts in den Fällen des VStGB in Übereinstimmung mit dem IGH.²⁷² Seiner Meinung nach könnte das Reformgesetz 2024 die institutionelle Unabhängigkeit der Generalbundesanwaltschaft stärken in Bezug auf Deutschlands Kampf gegen die internationale Straffreiheit: „Die Forderung, dass Recht nicht nur getan, sondern auch gesehen werden muss, hat in der von politischen Missbrauchsvorwürfen geprägten Geschichte der internationalen Strafjustiz ein besonderes Gewicht.“²⁷³ Der Verzicht auf die Weisungsbefugnis des Generalbundesanwalts bei der Anwendung des VStGB würde daher die Legitimität der Ausübung des Weltrechtsprinzips in Deutschland stärken. Kreß forderte, „diesen Vorschlag in die Bundestagsdebatte 2024 einzubringen.“²⁷⁴

²⁶⁸ Diego García-Sayán, Die Unabhängigkeit der Staatsanwälte, (Genf: UN-Sonderberichterstattung für die Unabhängigkeit von Richtern und Anwälten: 2020) <https://documents-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/G20/071/25/PDF/G2007125.pdf?OpenElement>.

²⁶⁹ ECCHR, Stellungnahme zum Referentenentwurf eines Gesetzes zur Fortentwicklung des Völkerstrafrechts in Ergänzung zu den Stellungnahmen, (Berlin: ECCHR, 2023), 26-27.

²⁷⁰ Internationaler Gerichtshof, Haftbefehl vom 11. April 2000 (Demokratische Republik Kongo gegen Belgien, (Standort: Internationaler Gerichtshof, 2000), <http://www.icj.org/>.

²⁷¹ Internationaler Gerichtshof, Gemeinsames Sondergutachten der Richter Higgins, Kooijmans und Buergenthal, (Standort: Internationaler Gerichtshof, 2000), Abs. 81-82, <https://www.icj.org/sites/default/files/case-related/121/121-20020214-JUD-01-05-EN.pdf>.

²⁷² Kreß, Interview; Claus Kreß, „Deutsche Völkerstrafrechtspraxis – Betrachtungen aus aktuellem Anlass.“ Deutsche Richterzeitung, Nr. 2 (2022): 75.

²⁷³ Kreß-Interview.

²⁷⁴ Ebd.



Koblenz, Deutschland, 13. Januar 2022. Oberstaatsanwalt Jasper Klinger spricht auf einer Pressekonferenz nach der Urteilsverkündung im Prozess gegen den Angeklagten Anwar R. Laut dem Generalbundesanwalt handelt es sich um den weltweit ersten Strafprozess wegen staatlicher Folter in Syrien. Der Angeklagte wurde wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu lebenslanger Haft verurteilt.

@Thomas Frey/dpa/Alamy Live News

Schlussfolgerung:

Wie ist die Zukunft des Weltrechtsprinzips in Deutschland?

Wie sieht die Zukunft des Weltrechtsprinzips in Deutschland aus? Die Autorin schloss ihre Interviews mit dieser letzten Frage ab, und alle Befragten stimmten darin überein, dass Deutschland die Zuständigkeit nach dem Weltrechtsprinzip noch über Jahre hinweg ausüben wird.²⁷⁵ Diese Studie bietet eine alternative Erklärung für die ursprüngliche Frage: „Warum Deutschland?“ Die Ergebnisse zeigen, dass Deutschland ein außergewöhnliches System geschaffen hat, um Völkerrechtsverbrecher zu verfolgen und zur Rechenschaft zu ziehen. Dieses System, das hier als „deutsches System der Weltrechtspflege“ bezeichnet wird, besteht aus acht Elementen, die Deutschland zu einem führenden Gerichtsstand für Opfer gemacht haben und es „an die Spitze“ stellen und zu anderen in den letzten Jahrzehnten eine Vorreiterrolle beim Vorgehen gegen Straffreiheit für die schwersten Völkerrechtsverbrechen eingenommen hat.²⁷⁶ Diese Elemente sind: 1) ein solider rechtlicher Rahmen; 2) finanzielle Ressourcen und politische Unterstützung der Regierung; 3) die Entwicklung einer Rechtsprechung, die das Vorgehen gegen Straffreiheit begünstigen; 4) innovative Herangehensweisen, die von der Generalbundesanwaltschaft eingesetzt werden; 5) regionale und internationale Zusammenarbeit; 6) Prozessführung und Lobbyarbeit zivilgesellschaftlicher Organisationen; 7) engagierte Medienberichterstattung; und 8) unabhängige Justizbehörden.

Diese Analyse der verschiedenen Elemente als *System*, nicht als isolierte Einheiten, bietet neue Einblicke in die herausragende Rolle Deutschlands bei der Verfolgung von Völkerrechtsverbrechen und der Entwicklung des Völkerstrafrechts. Wie in dieser Studie dargestellt, diente der Koblenzer Prozess als Katalysator für rechtliche Veränderungen. Die Ermittlungen, die Strafverfolgung und das Gerichtsverfahren waren eingebettet in Lehren, die in die laufenden Reformbemühungen des VStGB einfließen. Diese Studie ist von besonderer Bedeutung, da die deutsche Regierung am 1. November 2023 einen Entwurf zur Änderung und Erweiterung des VStGB verabschiedet hat. Der Entwurf wurde dem Bundesrat zur weiteren Diskussion und Analyse vorgelegt, die offiziell im ersten Quartal 2024 beginnen wird. Im Falle einer Verabschiedung werden diese Reformen eine zweite Neugestaltung des deutschen Strafrechtssystems nach sich ziehen, die die Änderung des VStGB, des StGB und der StPO umfasst.

Auch wenn es bei der Ausübung des Weltrechtsprinzips in Deutschland immer noch Herausforderungen gibt,²⁷⁷ zeigt diese Studie die bedeutenden Anstrengungen Deutschlands und die Offenheit der Mitglieder des Bundestages, eine gemeinsame Basis zu finden, um sicherzustellen, dass das Völkerrecht respektiert wird und Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord nicht toleriert werden. Sie beschreibt auch die Rolle der Architekten, die den Weg zum Koblenzer Prozess geebnet haben, darunter Mitglieder der deutschen Regierung und des Bundestages, die deutschen Unterhändler des IStGH-Statuts und die Verfasser des VStGB, Richter auf den verschiedenen Ebenen, Staatsanwälte, Polizisten, Beamte, Ausländerbehörden, Nebenklägervertreter, Strafverteidiger, Rechtswissenschaftler, Mitglieder der Zivilgesellschaft, internationale und regionale Partner sowie nationale und internationale Rechtsjournalisten. Alles wesentliche Bausteine des deutschen Systems der Weltrechtspflege. Vor allem aber hofft die Autorin, dass diese Studie als Leitfaden dient und andere Rechtssysteme in Europa und anderswo zu weiteren Überlegungen und zum Engagement ermutigen wird, um ihre eigenen Systeme zu stärken und die Bemühungen zur Bekämpfung der Straflosigkeit zu verstärken, wenn die Welt sie am meisten braucht.

²⁷⁵ Während der Erstellung dieser Studie reichte die Clooney Foundation for Justice am 26. Oktober 2023 drei Fälle bei der deutschen Bundesanwaltschaft ein und beantragte eine Untersuchung der in der Ukraine begangenen Verbrechen. Die Organisation reichte detaillierte Dossiers gegen die Täter ein und vertritt 16 Überlebende und Familien der Opfer. Eine der Klagen wurde gemeinsam mit dem langjährigen Partner der CFJ, der ukrainischen NGO Truth Hounds, eingereicht.

²⁷⁶ Clooney Foundation for Justice, CFJ erhebt in Deutschland Klage gegen russische Kommandeure wegen in der Ukraine begangener Verbrechen, Pressemitteilung, 26. Oktober 2023.

²⁷⁷ Insbesondere die kürzlich erfolgte Abweisung einer Strafanzeige gegen die Generäle Myanmars wegen anhaltender Gräueltaten, abgerufen am 30. November 2023, <https://www.fortifyrights.org/mya-inv-2023-11-30/>.

Die im November 2023 vorgeschlagene Novelle des VStGB bewältigt in bemerkenswerter Weise verschiedene anhängige Herausforderungen, die von den für diese Studie befragten Rechtsexperten und Anwälten erörtert wurden. Diese sind hauptsächlich auf die Koblenzer Fälle zurückzuführen, was, wie Dr. Silke Voss-Kyeck betont, Anlass zu Optimismus gibt.²⁷⁸

Nach den Expertinnen und Experten gehen die Vorschläge in die richtige Richtung, forderten aber auch, noch mutigere gesetzgeberische Schritte zu debattieren, insbesondere im Bereich der sexuellen und geschlechtsspezifischen Gewalt; in Form einer offiziellen Bestätigung der Nichtanwendung des Grundsatzes der funktionalen Immunität in Verfahren wegen angeblicher Straftaten nach dem VStGB; durch eine Ausnahme von der Befugnis, externe Weisungen zu erteilen, wie sie in § 147 Nr. 1 GVG in Bezug auf Verfahren nach dem VStGB enthalten ist; in der Notwendigkeit einer Prozessdokumentation für die Aufklärung der Vergangenheit und künftiger Generationen, und so einfach es scheint, aber mehr das Hinzufügen von mehr Stühlen bzw. die Schaffung von Platz im Gerichtssaal für Rechtsjournalisten und die Zivilgesellschaft würde einen Unterschied in der Berichterstattung über diese bahnbrechenden Fälle machen.²⁷⁹

Der Gesetzesvorschlag zur Änderung des VStGB 2024 enthält folgende Vorschläge:

- 1 Stärkung der Rechte der Opfer. Opfer von Gräueltaten haben folgende Rechte: Sie können sich einem Gerichtsverfahren anschließen und als Nebenkläger auftreten, ihnen wird anwaltlicher Beistand zugewiesen, und sie haben Zugang zu psychosozialer Verfahrensunterstützung und Verfahrensrechte.
- 2 Erleichterung der Öffentlichkeitsarbeit. Die Reform fordert eine bessere Verbreitung der deutschen Völkerstrafrechtsfälle. Vorgeschlagen wird eine Reform des § 185 GVG, die es Medienvertretern ermöglicht, bei Gerichtsverhandlungen Dolmetscher einzusetzen, wenn sie der deutschen Sprache nicht mächtig sind. Das Bundesjustizministerium wird auch die englische Übersetzung bahnbrechender Urteile zum Völkerstrafrecht in Auftrag geben, um ein nicht-deutschsprachiges Publikum in der ganzen Welt zu erreichen. Der Entwurf schlägt außerdem vor, die wissenschaftliche und historische Aufarbeitung von internationalen Verfahren zu erleichtern, einschließlich der Möglichkeit, Verfahren zu filmen und aufzuzeichnen.
- 3 Änderungen im VStGB und im StGB – insbesondere im Hinblick auf sexuelle Gewalt und Verschwindenlassen. § 7 VStGB (Verbrechen gegen die Menschlichkeit) und § 8 VStGB (Kriegsverbrechen gegen Personen) sollten so angepasst werden, dass sie auch die alternativen Straftatbestände der sexuellen Sklaverei, der sexuellen Nötigung und der Zwangsabtreibung umfassen, um eine Angleichung an die entsprechenden Normen des Römischen Statuts des IStGH sicherzustellen. Bei dem Straftatbestand der Verfolgung als Verbrechen gegen die Menschlichkeit (§ 7 VStGB) wird die sexuelle Orientierung als unzulässiger Verfolgungsgrund aufgenommen. Auch die Straftatbestände der Verwendung von Waffen, deren Splitter mit Röntgenstrahlen nicht erkannt werden können, und der Verwendung von dauerhaft blendenden Laserwaffen werden in das VStGB aufgenommen. Beim Verschwindenlassen als Verbrechen gegen die Menschlichkeit (§ 7 VStGB) wird das Erfordernis der Nachfrage gestrichen. Darüber hinaus wird dieses Delikt in § 234b StGB einen eigenen Straftatbestand des Verschwindenlassens enthalten.

Am Ende ihres Interviews gab Richterin Corinna Diesel vom OLG Koblenz eine wertvolle Schlussbetrachtung, die einen würdigen Abschluss dieser Studie darstellt. Bei der Beschreibung eines Falles, der die Richterschaft vor zahlreiche unvorhersehbare und scheinbar unüberwindbare Herausforderungen stellte, sagte sie: „Keine juristische Ausbildung hätte uns darauf vorbereiten können. [...] Wie Sie sehen, mussten wir uns einigen Herausforderungen stellen, aber nach 108 Tagen [des Koblenzer Prozesses] haben wir das geschafft.“²⁸⁰

²⁷⁸ Voss-Kyeck, Interview.

²⁷⁹ Stefanie Bock, Vorsichtige Schritte in die richtige Richtung – Überlegungen zum Entwurf eines Gesetzes zur Fortentwicklung des Völkerstrafrechts in Kripoz 5, (2003) 349–359, Zugriff am 19. Oktober 2023 <https://kripoz.de/wp-content/uploads/2023/09/bock-ueberlegungen-zum-entwurf-eines-gesetzes-zu-fortentwicklung-des-völkerstrafrechts.pdf>.

²⁸⁰ Richter Diesel, Interview.



Das Mahnmal für die Opfer von Krieg und
Gewaltherrschaft, Berlin, Deutschland.
© Alamy Stock Photo



